



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Elemente und Mechanismen von „Orientalisierung“  
im Schreiben über Roma-Communities.

Eine Analyse am Beispiel von Berichten des United  
Nations Development Programme.

Verfasserin

Johanna Lindner

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Zulassungsbescheid:

Internationale Entwicklung

Betreuer:

Dr. Hakan Gürses



# Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	5
2	Methodisches Vorgehen.....	15
	2.1 Kritische Diskursanalyse nach Siegfried Jäger.....	15
	2.2 Das Vorgehen in dieser Arbeit.....	20
3	Edward Saids Orientalismus.....	25
	3.1 Zur postkolonialen Theorie.....	26
	3.2 „Orientalism“.....	32
	3.3 Kritik an Said.....	39
	3.4 Orientalisierung.....	47
4	Aushandlungsprozesse um die Situation von Roma-Communities.....	51
	4.1 Problematisierung von Identitätszuschreibungen und Geschichtsdarstellungen. .	52
	4.2 Konzeptionen von Roma-Identität.....	56
	4.3 Punktuelle Parallelen zwischen einer Wissensproduktion über Roma- Communities und Orientalismus.....	60
	4.4 Akteur_innengruppen.....	63
5	Von den Millennium Development Goals zur Decade of Roma Inclusion 2005 - 2015.....	79
	5.1 Die Millennium Development Goals.....	82
	5.2 Die Decade of Roma Inclusion 2005-2015.....	88
6	Analyse.....	95
	6.1 Vorstellung der Berichte.....	96
	6.2 Analyse.....	99
	6.3 Parallelen zu Elementen und Mechanismen von Orientalisierung.....	127
7	Conclusio.....	137
8	Quellenverzeichnis.....	143
9	Anhang.....	155
	Abkürzungsverzeichnis.....	155
	Abstract.....	156
	Lebenslauf.....	158



---

## 1 – Einleitung

Roma-Communities<sup>1</sup> gerieten in den letzten Jahren zunehmend in den Blick einer europäischen Öffentlichkeit. Einen wichtigen Punkt markiert hier der Beitritt zur Europäischen Union (EU) von zehn mehrheitlich mittel- und osteuropäischen Ländern (EU-10) im Jahr 2004, seitdem gelten Roma-Communities als größte Minderheit innerhalb der EU<sup>2</sup>. Durch verschiedene internationale Institutionen erfahren diese Gruppen und ihre Rechte jedoch schon seit längerem ein erhöhtes Maß an Aufmerksamkeit.

Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus stieg das Interesse an der Lage von Minderheiten in Europa während der 1990er Jahre deutlich an, Institutionen wie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der Europarat und die EU zeigten Engagement (vgl. KOVATS 2001: 3, RINGOLD et al. 2005: 4), auch internationale wie nationale und lokale Nichtregierungsorganisationen (NROs) hatten Anteil daran, dass die Situation von Roma-Communities stärker ins politische wie mediale Licht gerückt wurde (vgl. VERMEERSCH 2006: 196).

Bereits zu Beginn der 1990er beschäftigten sich die OSZE (damals noch Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) und der Europarat mit der Thematik um Roma-Communities. Dabei standen insbesondere Sicherheitsbedenken (vgl. SOBOTKA 2007: 135) und Erwägungen bezüglich der Stabilität der postsozialistischen Gesellschaften und ihres Funktionierens innerhalb der Marktwirtschaft im Vordergrund (vgl. KOVATS 2001: 3). Diese Entwicklung ist auch im Kontext des Balkankonfliktes zu sehen, der dazu führte, dass die Missachtung von Minderheitenrechten als ernsthafte Bedrohung der Stabilität Europas wahrgenommen wurde (vgl. JUTILA 2009: 640).

Die EU hatte im Zuge der Beitrittsverhandlungen mit den EU-10 direkt die Möglichkeit, Einfluss auf die zukünftigen Mitgliedsstaaten zu nehmen. Bereits in den 1993 vom Europäischen Rat

---

1 Die Wahl dieses Begriffs wird weiter unten noch thematisiert werden.

2 Zur Anzahl der Angehörigen von Roma-Communities in Europa können keine genauen Angaben gemacht werden, was mit der Tatsache, dass verschiedene Konzepte von Zugehörigkeit existieren, korrespondiert. Die Ergebnisse von Volkszählungen und Angaben von Nichtregierungsorganisationen liegen häufig weit auseinander (vgl. Deiringer 2006: 24f., Vermeersch 2006: 17f.). Schätzungen bewegen sich meist im Bereich zwischen sechs und neun Millionen (vgl. Ringold et al. 2005:xiv, Kirova 2007: 36, Swiss Agency for Development and Cooperation/World Bank 2009: 9).

---

beschlossenen Kopenhagener Kriterien zeigte sich, dass der Situation von Minderheiten eine wichtige Rolle im Beitrittsprozess zukommen würde. Schon im ersten Absatz ist die Forderung nach „Achtung und Schutz von Minderheiten“ (EUROPÄISCHE KOMMISSION o.J., online) zu finden. Auch in den Berichten der Europäischen Kommission, die jährlich den Fortschritt der Beitrittsländer bezüglich dieser Kriterien dokumentieren sollten, kam der Lage von Minderheiten, und dabei insbesondere den Roma-Communities, große Bedeutung zu (vgl. z.B. EUROPÄISCHE KOMMISSION 1998a: 8f., 11ff., EUROPÄISCHE KOMMISSION 1998b: 12ff, 51, EUROPÄISCHE KOMMISSION 2001: 27ff., 30, 118).

Als dominante Perspektive, aus der die Situation von Roma-Communities betrachtet und beurteilt wurde und aus der die Maßnahmen der internationalen Institutionen Rechtfertigung erfuhren, etablierte sich im Laufe der 1990er-Jahre der Diskurs um Menschenrechte, der den anfänglichen, von Sicherheitsbedenken geprägten Zugang ablöste (vgl. SOBOTKA 2007: 135).

Gegen Ende der 1990er-Jahre wurde der Nachdruck, mit dem die Situation von Roma-Communities im Zuge der EU-Beitrittsprozesse adressiert wurde, noch verstärkt, was teils als Reaktion auf (befürchtete) zunehmende Migration dieser Gruppen nach Westeuropa interpretiert wird (vgl. ATANASOSKI 2009: 207, PETROVA 2003: 148, TAMÁS 2007: 172), teils aber auch als Erfolg von NROs, die sich durch die Zusammenarbeit mit OSZE und Europarat Gehör verschaffen konnten (vgl. VERMEERSCH 2006: 196).

Viele der Aktivitäten der internationalen Institutionen werden in wissenschaftlichen Aufarbeitungen jedoch kritisch beurteilt, besonders deutlich fallen die Problematisierungen der Maßnahmen der EU aus (vgl. ATANASOSKI 2009, JUTILA 2009, PETROVA 2003, SIMHANDL 2004, VERMEERSCH 2006).

Der wohl am häufigsten genannte Kritikpunkt am Vorgehen der EU bezieht sich darauf, dass von den EU-10 Maßnahmen zum Schutz von Minderheiten gefordert wurden, während die EU selbst keine festgeschriebenen Standards besaß. Auch die Diskussion des Themas im Verlauf des Beitrittsprozesses hatte keine Konsequenzen für die Länder, die bereits Teil der Union waren (vgl. ATANASOSKI 2009: 207, VERMEERSCH 2006: 198). In diesem Zusammenhang wird beispielsweise von „double standards“ (JUTILA 2009: 641, PETROVA 2003: 148) oder „double language“ (DEDIU zitiert nach ATANASOSKI 2009: 207) gesprochen.

Die Kritik bezieht sich aber nicht nur auf die EU, auch das Engagement der OSZE wurde problematisiert, und beispielsweise dafür kritisiert, dass sie das 1992 geschaffene Instrument des

Hohen Kommissars für nationale Minderheiten so konzipierte, dass sich dieser ausschließlich mit Situationen in Mittel- und Osteuropa befasste (vgl. JUTILA 2009: 642f.).

Das Vorgehen dieser Institutionen bringt zum Ausdruck, dass Minderheiten, deren Schutz und die Gewährleistung ihrer Rechte vor allem als Aufgaben mittel- und osteuropäischer Staaten angesehen werden. Dieser Zugang und insbesondere die Vorgehensweise der EU-Institutionen im Zusammenhang mit Roma-Communities wurden in verschiedener Hinsicht kritisiert. Dabei wurden Essentialisierungen problematisiert (vgl. SIMHANDL 2004: 4f.) und die Instrumentalisierung von Roma-Communities im Zusammenhang mit der Konstruktion des ‚Ostens‘ als geprägt von Rückständigkeit (vgl. SIMHANDL 2004: 14f.) und irrationalen, aggressivem Nationalismus kritisiert (vgl. JUTILA 2009: 638).

Außer EU, OSZE und Europarat befassen sich auch noch weitere internationale Regierungsorganisationen mit der Situation von Roma-Communities in Europa. Der im Jahr 2003 erschienene Bericht „Avoiding the Dependency Trap“ des Entwicklungsprogrammes der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme, UNDP) stellt den Ausgangspunkt neuer politischer Anstrengungen zur Verbesserung der Lage von Roma-Communities dar. Dieser Bericht befasst sich mit der Situation jener Gruppen in Bulgarien, Rumänien, der Slowakei, Tschechien und Ungarn. Darin heißt es: „The application of the human development paradigm to marginalized minorities is a new framework for Roma issues and includes a focus on human rights.“ (UNDP 2003: 1). Die Situation von Roma-Communities in Europa unter dem Vorzeichen von Entwicklung zu betrachten stellt einen neuen Zugang dar, der als Erweiterung des auf Grundrechten basierenden Ansatzes der EU interpretiert wird (vgl. KIROVA 2007: 37). Dadurch wird ein Konzept von Entwicklungschancen auf den Plan gerufen, und die Frage nach der Umsetzbarkeit der Millennium Development Goals (MDGs) in diesem Kontext wird aufgeworfen (vgl. UNDP 2003: 2).

Als eine Reaktion auf diese Frage kann die Decade of Roma Inclusion 2005-2015 (DoRI) gesehen werden, die vom Bericht des UNDP wesentlich inspiriert wurde (vgl. KIROVA 2007: 37). Diese mobilisiert eine große Anzahl bedeutender Akteur\_innen, neben den Regierungen von zwölf Ländern<sup>3</sup> nehmen der Europarat, die Weltbank, das UNDP und die Stiftung Open Society Institute daran teil. Involviert ist außerdem eine Vielzahl an zivilgesellschaftlichen

---

<sup>3</sup> Nämlich Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Rumänien, Serbien, Slowakei, Spanien, Tschechien und Ungarn.

---

Organisationen, zu denen beispielsweise das European Roma Rights Center, das European Roma Information Office und das European Roma and Travellers Forum gehören (vgl. DoRI o.J.a, online). Die DoRI fokussiert auf „education, employment, health, and housing, and commits governments to take into account the other core issues of poverty, discrimination, and gender mainstreaming“ (DoRI o.J.a, online). Dieser „inclusive approach“ (RINGOLD et al. 2005: 185) soll durch die Entwicklung und Umsetzung von nationalen Aktionsplänen realisiert, durch Evaluierungen sollen Fortschritte transparent gemacht werden (vgl. DoRI 2005: 3f.).

Arturo ESCOBAR schreibt über den Entwicklungsdiskurs:

„[...] development can best be described as an apparatus that links forms of knowledge about the Third World with the deployment of forms of power and intervention, resulting in the mapping and production of Third World societies.“ (ESCOBAR 1995: 213)

ESCOBAR beschreibt Entwicklung als Mechanismus, der aus der westlichen Moderne heraus die Vorstellung von „entwickelten“ und „unterentwickelten“ Gesellschaften hervorbrachte. Die daraus entstehende Vorstellungswelt ist fest verankert in verschiedenen Formen der Wissensproduktion, in politischen Strategien, den Institutionen der Entwicklungsplanung und Entwicklungszusammenarbeit. Die Lebensrealität der Menschen in als „unterentwickelt“ beschriebenen Ländern wird durch Akteur\_innen, die an diesen Prozessen teilhaben, definiert und festgeschrieben, in Plänen und Strategien werden zu erreichende Ziele festgelegt, Projekte durchgeführt, neue Studien erstellt, neue Programme und Strukturen implementiert, neue Agenturen und Institutionen geschaffen. Entwicklung ist das allgegenwärtige Konzept, das nicht nur die Entwicklungsindustrie hervorbrachte, sondern auch die Selbstwahrnehmung jener prägte, die in diesem Zusammenhang als „unterentwickelt“ charakterisiert werden (vgl. ESCOBAR 1995: 212ff.).

Der Entwicklungsdiskurs ermöglichte es nach ESCOBAR auf umfassende Art und Weise, Länder als „unterentwickelt“ zu konstruieren, zu kontrollieren, zu verwalten, zu entwickeln. Er beschreibt hier eine strukturelle Parallele zum Orientalismusdiskurs, wie ihn Edward SAID in seinem Werk „Orientalism“ beschrieb und untersuchte (vgl. ESCOBAR 1995: 213). Im Zentrum von SAIDS Analyse stehen die Prozesse, durch die westliche Wissens- und Kulturproduktion Repräsentationen des Orients erzeugten, die dessen koloniale Beherrschung erleichterten und legitimierten. Er beschäftigt sich mit der Konstruktion von Gesellschaften und Territorien und untersucht den Prozess, der es dem Westen ermöglichte, den Orient als sein Gegenbild zu

konstituieren. Dabei versteht er Orientalismus als:

„[...] enormously systematic discipline by which European culture was able to manage – and even produce – the Orient politically, sociologically, militarily, ideologically, scientifically, and imaginatively“ (SAID 2003 [1978]: 3)

Die vorliegende Arbeit hat es nun zum Ziel, die Repräsentationen von Roma-Communities zu untersuchen, die im dominanten Entwicklungsdiskurs erzeugt werden, und dabei möglichen Parallelen zu dem von SAID beschriebenen Prozess der Orientalisierung nachzugehen. Meine Forschungsfragen lauten daher folgendermaßen:

Auf welche Art und Weise werden Roma-Communities im dominanten Entwicklungsdiskurs als Kategorie repräsentiert und konstituiert?

Welche Elemente und Mechanismen von ‚Orientalisierung‘ der Roma-Communities lassen sich in diesem Prozess finden?

Diese Fragen sollen beantwortet werden, indem zunächst eine Auseinandersetzung mit der postkolonialen Theorie und insbesondere mit SAIDS „Orientalism“ erfolgt. Darüber hinaus werden die Berichte des UNDP, welche sich mit der Situation von Roma-Communities in Mittel-, Ost- und Südosteuropa beschäftigen, einer Analyse unterzogen. Diese Berichte stammen aus dem Entwicklungskontext und haben es zum Ziel, eine Bestandsaufnahme über die Lebensbedingungen von Roma-Communities der genannten Regionen zu geben. Aus diesen Gründen sind die Dokumente für eine Analyse, wie ich sie in dieser Arbeit anstrebe, geeignet.<sup>4</sup>

SAID orientiert sich in „Orientalism“ an FOUCAULTS Diskursverständnis und behandelt und untersucht den Orientalismus als Diskurs. Es liegt daher nahe, sich methodisch ebenfalls diskursanalytisch auszurichten.

Im Anschluss an die Einleitung wird daher in Kapitel 2 zunächst Siegfried JÄGERS Konzept der Kritische Diskursanalyse vorgestellt. Aufgrund des hohen Arbeitsaufwandes, das eine solche Vorgehensweise mit sich bringt, mussten jedoch einige Anpassungen vorgenommen werden, welche im Anschluss daran beschrieben werden.

Kapitel 3 beschäftigt sich mit den theoretischen Grundlagen dieser Arbeit. Nach einem kurzen Einblick ins Feld der postkolonialen Theorie wird zunächst SAIDS „Orientalism“ behandelt, daraufhin folgt ein Überblick über jene Kritikpunkte, die häufig an SAIDS Werk gerichtet werden.

---

4 Auf die Auswahl der Berichte wird in Kapitel 2.2 noch genauer eingegangen.

---

Abschließend wird auf Basis von SAIDS Ausführungen und der Kritik daran ein Konzept von „Orientalisierung“ für diese Arbeit definiert.

Das vierte Kapitel gibt einen Einblick in die komplexen Aushandlungsprozesse der Situation von Roma-Communities in Europa. Dabei erfolgen eingangs einige Überlegungen zur Darstellung der Geschichte von Roma-Communities und zur Konstitution von Roma-Identitäten. Im Anschluss daran werden drei schematische Konzeptionen von Roma-Identität beleuchtet. Es folgen einige punktuelle Parallelen, die sich bereits an dieser Stelle zwischen der Wissensproduktion zu Roma-Communities und dem Prozess der Orientalisierung ziehen lassen. Weiterhin stelle ich drei jener Akteur\_innengruppen vor, welche die politischen Aushandlungsprozesse um die Situation von Roma-Communities in Mittel- und Osteuropa maßgeblich beeinflussen.

Kapitel 5 widmet sich dem dominanten Entwicklungsdiskurs, darin werden einerseits die MDGs als wichtigster Referenzrahmen des aktuellen Diskurses vorgestellt und einer Kritik unterzogen. Andererseits wird das Engagement des UNDP in Bezug auf Roma-Communities in Mittel- und Osteuropa betrachtet, das in diesen Kontext eingebettet ist. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Initiative der DoRI gelegt.

In der Analyse laufen die Überlegungen der vorigen Kapitel schließlich in Kapitel 6 zusammen. Nach einer kurzen Vorstellung der Berichte des Materialkorpus werden zunächst die wichtigsten Themen der Berichte, sowie insbesondere deren Verknüpfungen betrachtet. Daraufhin werden einige konkrete Fragen an die Berichte gestellt, die am ersten Teil der Forschungsfrage ausgerichtet sind. Im Anschluss daran sollen die Ergebnisse der bisherigen Analyse auf Parallelen zu dem erarbeiteten Konzept von Orientalisierung hin untersucht werden, um auf den zweiten Teil der Forschungsfrage einzugehen.

Im letzten und siebten Kapitel werden die Ergebnisse noch einmal resümierend zusammengefasst.

Bevor im nächsten Kapitel das methodische Vorgehen der Arbeit erläutert wird, sollen an dieser Stelle noch einige dafür zentrale Begriffe thematisiert werden. Ergänzend dazu werde ich in Kapitel 3.1 noch auf die spezifische Terminologie der postkolonialen Theorie eingehen.

### **Roma-Communities**

Die Frage nach möglichen Bezeichnungen für die Gruppen, die ich in der vorliegenden Arbeit als

„Roma-Communities“ benennen möchte, wird sehr kontrovers diskutiert. Im Laufe meiner Recherchen sind mir unter anderem Bezeichnungen begegnet wie „Roma“, „Roma und Sinti“, „Zigeuner“, „Gypsies“, oder „Gitanes“. Obwohl diesen Benennungen im jeweiligen Kontext unterschiedliche Kriterien für Zugehörigkeit zugewiesen werden, handelt es sich hier eher um Bezeichnungen, die eine vereinheitlichende Wirkung haben, die beispielsweise auf Gruppen in ganz Europa oder der ganzen Welt bezogen sind. Manchmal werden sie in Kombination von Bezeichnungen verwendet wie: „travellers“, „itinerants“, „Landfahrer“, „Fahrende“, „vagrants“, „vagabonds“ oder „bohemians“, was häufig eine Unterscheidung zwischen autochthonen, wandernden Gruppen und ethnisch definierten Gruppen suggerieren soll. Judith OKELY (1994a) sowie Annemarie COTTAAR et al. (1998) haben jedoch gezeigt, dass diese Unterscheidung zumindest in Frage zu stellen ist. Eine Anzahl weiterer Bezeichnungen bezieht sich auf verschiedene regionale Gruppen, wie z.B. „Lovara“, „Kalderash“, „Sinti“, „Roma“, „Manush“, „Kalé“, „Dom“ oder „Ashkali“. Diese werden oft als „Untergruppen“ einer größeren Einheit angesehen, hier ist beispielsweise von einem „Mosaik“ oder „Kaleidoskop der Ethnien“ (LIÉGEOIS zitiert nach MAYALL 2004: 9) die Rede. Dies stellt einen Versuch dar, mit der großen Heterogenität der Gruppen umzugehen, lässt jedoch die Frage offen, durch welche Kriterien eine in sich so diverse Gruppe vom Rest der Gesellschaft abzugrenzen wäre (vgl. MAYALL 2004: 10). Trotz der Vielfalt an Benennungen ist zu beobachten, dass die häufig als politisch korrekt geltende Bezeichnung „Roma“ an Bedeutung gewinnt (SIMHANDL 2004: 11). Kritiker\_innen problematisieren, dass dieser Begriff dabei gleichzeitig für eine regionale Gruppe und für eine angenommene Gesamtheit verwendet wird, beanstandet wird außerdem die homogenisierende Wirkung dieser Begriffswahl (vgl. KLÍMOVÁ-ALEXANDER 2005:13, SIMHANDL 2002: 12).

Ilona KLÍMOVÁ-ALEXANDER kommentiert in diesem Kontext: „[...] the homogeneous Romani identity is a political project rather than reality“ (KLÍMOVÁ-ALEXANDER 2005: 13). Der erste Welt-Roma-Kongress 1971 in London kann als Ausgangspunkt dieses Projekts gesehen werden. Dort wurden Benennungen wie „Zigeuner“, „Gypsies“, „Tsiganes“ oder „Gitanos“ als abwertend zurückgewiesen, und die Bezeichnung ‚Roma‘ als die angemessene definiert (MAYALL 2004: 204). Das Propagieren einer gemeinsamen Identität unter dem Label „Roma“ steht im Zusammenhang mit der Strategie vieler Aktivist\_innen, als eigene Ethnie und transnationale Minderheit Rechte zu erstreiten (OKELY 1994a: 13, WILLEMS 1998: 17).

Nicht nur die Bezeichnung „Roma“ ist politisch aufgeladen, dies trifft auch auf die anderen Benennungen zu. Dennoch ist es nicht möglich, einem bestimmten Begriff eine spezifische

---

politische Strategie zuzuordnen. Mit der Frage nach der Bezeichnung gehen Diskussionen um die Kriterien für eine Gruppenzugehörigkeit einher, um „Authentizität“, oder um die entscheidenden Faktoren für die gesellschaftliche Konstruktion von Identität und ihren Grenzen. Ein großer Teil der Literatur zu Roma-Communities kommt nicht daran vorbei, sich auf die eine oder andere Weise mit diesen Fragen zu beschäftigen (vgl. z.B. GUY 2001, COTTAAR et al. 1998, KLÍMOVÁ-ALEXANDER 2005: 13f., MAYALL 2004, VERMEERSCH 2006: 13ff.). In Kapitel 4 werde ich darauf zurückkommen und unter Bezugnahme auf David MAYALL (2004) drei Typen von Identitätskonzeption beschreiben, die in verschiedenen Variationen sehr häufig in der Literatur zu Roma-Communities zu finden sind.

Für den Begriff „Roma“ habe ich mich nun deshalb entschieden, da er der am weitesten akzeptierte zu sein scheint. Der Zusatz „Communities“ soll wenigstens andeuten, dass die Gruppen, die ich unter diese Bezeichnung fasse, sehr heterogen sind. In meiner Arbeit beschäftige ich mich damit, wie Roma-Communities als Kategorie in Texten aus dem Entwicklungskontext entlang einer Differenz zu anderen Gruppen konstituiert werden. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass die in diesen Texten geschaffenen Repräsentationen auf Menschen bezogen werden, und reale Entwicklungsinterventionen rechtfertigen.

Ein Dilemma stellt die Tatsache dar, dass auch die Autor\_innen, auf die ich mich beziehe, verschiedene Begrifflichkeiten verwenden. Diese sind sich zum Teil ähnlich, ihre Unterschiede gehen in indirekten Zitaten dennoch verloren.

### **Imaginative Geographie**

In meiner Arbeit tauchen des Öfteren scheinbar geographische Bezüge auf, besonders oft wird von „Ost und West“, von „Orient und Okzident“, von „Ost- und Westeuropa“, oder auch von „Europa und der außereuropäischen Welt“ sowie „Süd und Nord“ die Rede sein. Es handelt sich hierbei jedoch nicht um neutrale Bezeichnungen, vielmehr sind mit ihnen Ideen, Vorstellungen und Bewertungen verbunden. Auffällig ist, dass es sich dabei immer um Begriffspaare handelt, die einander gegenüber stehen. SAID versteht die Prozesse, die eine solche Opposition bilden, als ein Abgrenzen des „eigenen“, vertrauten Raumes von einem Territorium, das als „fremd“ und bedrohlich, aber auch anziehend empfunden wird. Dies geschieht auf Basis der Annahme, dass alles, was außerhalb der Grenzen des *Eigenen* liegt, *anders* wäre. Auf diese Art und Weise wird die eine Sphäre jeweils durch die andere definiert (vgl. SAID 2003 [1978]: 54, siehe auch Kapitel 3.2). Das Ergebnis der Verknüpfungen von geographischen Bezeichnungen mit Assoziationen

und Bewertungen wird von SAID als „imaginative Geographie“ [imaginative geography] beschrieben (SAID 2003 [1978]: 54).

Stuart HALL betrachtet beispielsweise die Idee des „Westens“ als historisches Konstrukt, das auch einen bestimmten Gesellschaftstypus bezeichnet, mit dem Charakteristika wie „modern“, „industrialisiert“, „kapitalistisch“ oder „entwickelt“ verbunden werden. Diese stark verallgemeinerte und vereinfachte Vorstellung des Westens wurde zu einem Referenzmodell, das Kategorisierungen und Vergleiche mit anderen Gesellschaftsformen ermöglicht. Die außereuropäische Welt gilt dann als „traditionell“, „nicht-industrialisiert“, „unterentwickelt“ (vgl. HALL 1994: 137ff.).

Die vorgestellten Dichotomien gründen auch auf der Vorstellung einer „geteilten Geschichte“ der beiden Sphären, die von Gesellschaften als feststehende Einheiten ausgeht und die Entwicklungen durch deren inhärente Charakteristika zu erklären versucht (CONRAD/RANDERIA 2002: 12ff.)<sup>5</sup>. Oppositionen wie die oben genannten sind daher nicht einfach als natürliche geographische Einheiten zu verstehen, vielmehr „signalisieren [sie] diskursive Abgrenzungen, die als Ergebnis einer ‚geteilten Geschichte‘ entstanden und im alltäglichen und wissenschaftlichen Sprachgebrauch festgeschrieben wurden“ (CONRAD/RANDERIA 2002: 11). Meine Arbeit stellt auch einen Versuch dar, solche diskursiven Abgrenzungen zu thematisieren, sichtbar zu machen und in Frage zu stellen.

---

5 Sebastian Conrad und Shalini Randeria schlagen im Gegensatz dazu das Konzept der „verwobenen Geschichten“ [entangled histories] (Conrad/Randeria 2002: 17) vor, in Kapitel 3 werde ich darauf kurz zurückkommen.

---

---

## 2 – Methodisches Vorgehen

Eine Fülle unterschiedlicher sozial- und geisteswissenschaftlicher Ansätze beschäftigt sich mit der Forschung zu und der Analyse von Diskursen. Auch SAID spricht in seiner Arbeit von einem Orientalismuskurs. Wie so viele andere Wissenschaftler\_innen, die sich mit Diskursen beschäftigen, bezieht er sich dabei auf Michel FOUCAULT, und zwar nach eigenen Aussagen genauer auf das Diskursverständnis, welches dieser in „Archäologie des Wissens“ (1969) oder in „Überwachen und Strafen“ (1975) beschrieben hat (vgl. SAID 2003 [1978]: 3).<sup>6</sup> Demnach werden Gegenstände erst durch das Sprechen konstituiert, Diskurse werden als „Praktiken [behandelt], die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen“ (FOUCAULT 1973 [1969]: 74). Den gemeinsamen Referenzpunkt von Diskursforschung und -analyse beschreibt KELLER folgendermaßen:

„Der Bezug auf den Begriff ‚Diskurs‘ erfolgt dann, wenn sich die theoretischen Perspektiven und die Forschungsfragen auf die Konstitution und die Konstruktion von Welt im konkreten Zeichengebrauch und auf zugrunde liegende Strukturmuster oder Regeln der Bedeutungs(re-)produktion beziehen.“ (KELLER 2007: 7)

Hinsichtlich der konkreten Vorgehensweise, dem Verständnis von Diskursen und anderen relevanten Begrifflichkeiten unterscheiden sich die jeweiligen Zugänge jedoch stark voneinander. Daher möchte ich im Folgenden zunächst den Ansatz Siegfried JÄGERS und sein Konzept der Kritischen Diskursanalyse vorstellen, im Anschluss soll das daran angelehnte und adaptierte methodische Vorgehen dieser Arbeit beschrieben werden.

### 2.1 Kritische Diskursanalyse nach Siegfried Jäger

JÄGER knüpft bei der Entwicklung seiner Methode der Kritischen Diskursanalyse ebenfalls bei FOUCAULT an, beziehungsweise bei der Rezeption FOUCAULTS durch Jürgen LINK. Einen weiteren

---

<sup>6</sup> Said weicht jedoch auch in mancher Hinsicht von Foucault ab, siehe dazu beispielsweise Young (vgl. 2004: 385ff.) oder Kennedy (vgl. 2000: 24ff.). Hussein thematisiert darüber hinausgehend Saids Aneignung von Konzepten Foucaults in mehreren von Saids Arbeiten (vgl. Hussein 2002: 128ff.).

---

wichtigen Bezug stellt das Tätigkeitskonzept von Aleksej N. LEONTJEW dar. Einen Diskurs versteht JÄGER als „Praxis [...], die soziale Verhältnisse nicht passiv repräsentiert, sondern diese [...] aktiv konstituiert und organisiert“ (JÄGER 2004: 23), weiters werden Diskurse beschrieben als:

„*Flüsse von sozialen Wissensvorräten durch die Zeit [...], die die Applikationsvorgaben für die Gestaltung der gesellschaftlichen Wirklichkeit enthalten und in diese gegenständlich umgesetzt werden*“ (JÄGER 2004: 158; Hervorhebung im Original)

Dies impliziert, dass Diskurse immer auch schon auf eine gewisse Art und Weise strukturiert, reglementiert und sozial verfestigt sind. Sie beinhalten also jeweils spezifische Regelungen, die beachtet werden müssen, wenn eine Äußerung innerhalb eines bestimmten Diskurses getätigt werden soll (vgl. JÄGER 2004: 129). Diskurse sind außerdem institutionalisiert und an bestimmte Handlungen gekoppelt, das heißt, sie stellen die Vorgaben für die Gestaltung von Wirklichkeit dar (vgl. JÄGER 2004: 128, 149).

Nach JÄGER entstehen Diskurse durch menschliche Tätigkeit, die sich aus historischem, weitergegebenem Wissen speist, und dieses „kommunizierend/gestaltend/arbeitend“ weitervermittelt (JÄGER 2004: 78). Tätigkeit fasst JÄGER in Anlehnung an LEONTJEW<sup>7</sup> als Bedeutungszuweisung auf, die zwischen Subjekt und Objekt vermittelt. Diese Tätigkeiten können ebenso auf das Verfassen eines Textes wie auf das Binden eines Buches gerichtet sein, in beiden Fällen wird Gegenständen ihre Bedeutung zugewiesen, sie bekommen ihre Bedeutung erst durch das tätige Subjekt. Dieses ist wiederum in Diskurse eingebunden, und verfügt daher über einen jeweils spezifischen Anteil am gesammelten Erfahrungsschatz des soziokulturellen Erbes, des als objektiv anerkannten Wissens einer Gesellschaft, auf den das Subjekt zurückgreifen, den es bearbeiten kann (vgl. JÄGER 2004: 88ff., 116).

Diskurse stellen also eine eigene Wirklichkeit dar und besitzen eine eigene Materialität (vgl. JÄGER 2004: 116, 146f.). Sie üben darüber hinaus „Machtwirkungen“ aus, indem sie Ausschlüsse erzeugen oder Verstöße gegen die jeweiligen Diskursregeln sanktionieren (JÄGER 2004: 128; Hervorhebung im Original).

Ausschlüsse entstehen notwendigerweise, „[w]enn eine diskursive Formation sich als ein begrenztes ‚positives‘ Feld von Aussagen-Häufungen beschreiben läßt [sic]“ (LINK/LINK-HERR zitiert nach JÄGER 2004: 130). Dementsprechend werden bestimmte Zugänge und Problemstellungen von einem spezifischen Diskurs ausgeschlossen, was sich in der Gestaltung

---

<sup>7</sup> Eine eingehendere Auseinandersetzung mit Jägers Argumentation in Bezug auf Leontjew ist im Rahmen dieser Arbeit leider nicht möglich. Siehe dazu Jäger 2004: 78ff.

der Wirklichkeit, in Handlungen und Institutionalisierungen fortsetzen und verstärken kann (vgl. JÄGER 2004: 130). Verstöße gegen die Regeln eines Diskurses können auch Elemente eines Gegendiskurses darstellen, also nach dessen Regelungen funktionieren (vgl. JÄGER 2004: 129). Auf diese Art und Weise formen Diskurse die Strukturen der Machtverhältnisse in Gesellschaften mit (vgl. JÄGER 2004: 149).

Da Diskurse durch die gesamtgesellschaftlichen Tätigkeiten stetig (re)produziert werden, sind sie nicht stabil, sondern sie können herausgefordert werden. Um zum Beispiel hinterfragen zu können, was zu einem bestimmten Zeitpunkt als wahr und objektiv angesehen wird, gilt es, die Entstehungsbedingungen dieses Wissens zu untersuchen.

Einer Diskursanalyse geht es nun um „die Analyse institutioneller Regulierungen von Aussagepraktiken und deren performative[r], wirklichkeitskonstituierende[r] Macht“ (KELLER 2007: 8). Indem das in einer Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt Sagbare untersucht wird, sollen die Regelungen und Strategien, die dazu führten, dass diese oder jene Aussage gemacht werden konnte, verdeutlicht werden. Ebenso sollen die damit verbundenen Einschränkungen, die ein Feld des Sagbaren definieren, ermittelt werden (vgl. JÄGER 2004: 130).

Der kritische Anspruch einer Diskursanalyse besteht nach JÄGER darin, danach zu fragen:

„[...] mit welchen Mitteln und für welche ‚Wahrheiten‘ in einer Bevölkerung Akzeptanz geschaffen wird, was als normal und nicht normal zu gelten habe, was sagbar (und tubar) ist und was nicht.“ (JÄGER 2004: 223)

Weiters gilt es, diese Normalitäten und ihre Machtwirkungen offenzulegen, sowie zu verdeutlichen, welche Gruppen einer Gesellschaft davon profitieren und welche dabei auf der Strecke bleiben (vgl. JÄGER 2004: 228).

Um eine solche Analyse leisten zu können, spezifiziert JÄGER zunächst einige Begriffe. Er unterscheidet nach LINK unterschiedlich reglementierte Spezialdiskurse (z.B. naturwissenschaftliche oder humanwissenschaftliche Spezialdiskurse) sowie „ein stark selektives kulturelles allgemein-wissen, dessen gesamtheit hier *interdiskurs* genannt wird“ (LINK zitiert nach JÄGER 2004: 131; Hervorhebung und Kleinschreibung im Original). Als Teil dieses Interdiskurses werden auch die nicht-wissenschaftlichen Diskurse angesehen (vgl. JÄGER 2004: 159). Die verschiedenen Spezialdiskurse sind dabei miteinander verflochten, überschneiden und verschränken sich, stellen ein „diskursives Gewimmel“ (JÄGER 2004: 132) dar.

---

Als „Diskursfragmente“ definiert JÄGER Texte, oder einzelne Teile davon, die sich mit einem bestimmten Thema auseinandersetzen. Diskursfragmente, die sich auf das gleiche Thema beziehen, bilden wiederum einen „Diskursstrang“. Auch die Diskursstränge verschränken sich, was zum Beispiel zur Folge haben kann, dass ein Strang einen anderen stützt (vgl. JÄGER 2004: 159ff.).

Ereignisse, die einen bestimmten Diskursstrang wesentlich prägen, die von den Medien breit diskutiert werden, werden als „diskursive Ereignisse“ bezeichnet. JÄGER unterscheidet des Weiteren verschiedene „diskursive Ebenen“, wie beispielsweise die Wissenschaften, Politik oder Alltag, auch diese sind ineinander verflochten (vgl. JÄGER 2004: 162f.). Diskursebenen können „als die *sozialen Orte* bezeichnet werden, von denen aus jeweils ‚gesprochen‘ wird“ (JÄGER 2004: 163; Hervorhebung im Original).

Eine „Diskursposition“ wiederum bezieht sich auf die ideologische oder politische Position eines Mediums oder einer Person, die durch die jeweilige diskursive Eingebundenheit und deren Verarbeitung entsteht (vgl. JÄGER 2004: 164f.).

Das konkrete Vorgehen besteht nach JÄGERS Konzeption in einer Strukturanalyse, die der Materialaufbereitung dient, und einer darauf folgenden Feinanalyse, welcher ausgewählte Diskursfragmente unterzogen werden.

Für die **Strukturanalyse** soll zunächst der diskursive Kontext des ausgewählten Diskursstrangs ermittelt werden, dabei sind insbesondere diskursive Ereignisse von Bedeutung, die den Diskurs strukturieren (vgl. JÄGER 2004: 190). Als zweiten Schritt erfolgt die Ermittlung eines der Fragestellung entsprechenden Materialkorpus. Daraufhin werden die Themen, Unterthemen und Kernbotschaften der einzelnen Texte gesammelt, ebenso wie Diskursverschränkungen, Bebilderung, Kollektivsymbolik und ähnliches registriert. Die Zusammenführung dieser Ergebnisse ermöglicht eine Analyse der Grundstruktur eines Diskursstranges (vgl. JÄGER 2004: 191). Anhand der Themen und Unterthemen, die gesammelt wurden, kann ein Dossier erstellt werden. In den dafür ausgewählten Texten sollen alle festgehaltenen Themen auftauchen, diese also in der qualitativen Breite erfasst werden, wobei auch auf Häufungen von Themen Rücksicht zu nehmen ist (vgl. JÄGER 2004: 192). Auf Basis der bisherigen Schritte können anschließend Diskursfragmente ermittelt werden, die im Hinblick auf die Ergebnisse der Strukturanalyse als typisch definiert werden können (vgl. JÄGER 2004: 193).

Diese Fragmente sollen dann einer **Feinanalyse** unterzogen werden, die es zum Ziel hat, die

inhaltliche und formale Gestaltung eines Diskurses offenzulegen. Im Fokus stehen daher seine Strategien, Widersprüchlichkeiten und Fluchtlinien (vgl. JÄGER 2004: 172). Die Diskursfragmente werden dabei nicht als „individuelle Leistungen, sondern als Bestandteile eines (sozialen) Diskurses“ (JÄGER 2004: 173) betrachtet.

JÄGER unterscheidet folgende fünf Schritte der Feinanalyse (JÄGER 2004: 175):

1. Institutioneller Rahmen: Diskursfragmente werden in ihrem institutionellen Kontext betrachtet. Dieser schließt z.B. das Medium, indem es veröffentlicht wurde ein, oder seine Rubrik, seine Autor\_innen oder Ereignisse, die für die Erscheinung wichtig waren.
2. Text-,Oberfläche’: die grafische Strukturierung (z.B. durch Überschriften) und die grafische Ausgestaltung durch Bebilderung und ähnliches werden beschrieben und mit den Sinneinheiten des Textes in Bezug gesetzt.
3. Sprachlich-rhetorische Mittel: Argumentationsstrategien, Logik und Komposition, Implikate und Anspielungen, Kollektivsymbolik, Redewendungen, Wortschatz etc. werden analysiert.
4. Inhaltlich-ideologische Aussagen: Fragen z.B. nach Menschenbild, Gesellschaftsverständnis oder Technikverständnis, die im Diskursfragment zum Ausdruck kommen, werden gestellt.
5. Interpretation: Die Ergebnisse der vorhergehenden Schritte werden aufeinander bezogen und ermöglichen dadurch eine systematische Darstellung eines Diskursfragments.

Wie ersichtlich handelt es sich bei der Kritischen Diskursanalyse um eine überaus arbeitsintensive Methode. Da der vorliegenden Arbeit in Bezug auf Zeit und Umfang Grenzen gesetzt sind, ist es notwendig, das Vorgehen so anzupassen, dass es einerseits im Rahmen einer Diplomarbeit bewältigbar, andererseits jedoch immer noch aussagekräftig ist. Im folgenden Kapitel wird daher das an die Umstände angepasste Vorgehen beschrieben.

---

## 2.2 Das Vorgehen in dieser Arbeit

Das methodische Vorgehen wird von einer relativ eng gefassten Fragestellung geleitet. Diese bezieht sich auf einen Ausschnitt des Entwicklungsdiskurses, der sich mit dem Diskurs um Roma-Communities verschränkt. Diese Verschränkung wird auf der Diskursebene internationaler Institutionen untersucht, wobei ein Akteur, nämlich das United Nations Development Programme (UNDP) ausgewählt wurde, da dieses im Hinblick auf die Betrachtung der Situation von Roma-Communities aus einer Entwicklungsperspektive eine Vorreiterrolle einnimmt. Darüber hinaus stellt das UNDP eine der wichtigsten internationalen Institutionen im Bereich der Entwicklungspolitik dar. Die gewählten Berichte des UNDP setzen es sich durchgängig zum Ziel, mittels empirischer Studien Datenmaterial zu gewinnen, welches ein für Roma-Communities in den Regionen Mittel-, Ost- oder Südosteuropas repräsentatives Bild ergibt. Diese Auswahl verspricht daher, die Überschneidung zwischen Entwicklungsdiskurs und dem Diskurs um Roma-Communities gut widerzuspiegeln.

Für die Analyse herangezogen werden alle Berichte des UNDP, die sich seit der Erscheinung des ersten Berichts 2003, der die beiden Bereiche miteinander verknüpfte, mit der Lage von Roma-Communities in den genannten Regionen auseinandersetzen. Es handelt sich dabei um folgende Dokumente:

- UNDP (2003): Avoiding the Dependency trap. The Roma Human Development Report.
- UNDP (2005): Faces of Poverty, Faces of Hope. Vulnerability Profiles for *Decade of Roma Inclusion* countries.
- UNDP (2006a): At Risk: Roma and the Displaced in Southeast Europe.
- UNDP (2006b): National Vulnerability Report for Macedonia. Focus on Roma.
- UNDP (2006c): At Risk: The Social Vulnerability of Roma in Albania.
- UNDP (2006d): At Risk: The Social Vulnerability of Roma, Refugees and Internally Displaced Persons in Montenegro.
- UNDP Serbia (2006e): At Risk: The Social Vulnerability of Roma, Refugees and Internally Displaced Persons in Serbia.
- UNDP (2007a): Report on the Living Conditions of Roma in Slovakia.
- UNDP Moldova (2007b): Roma in the Republic of Moldova.

JÄGER unterscheidet nach synchronen und diachronen Diskursschnitten (vgl. JÄGER 2004: 200ff.). Wie ersichtlich ist, stammt zwar die Mehrzahl der erwähnten Berichte aus einer relativ kurzen Zeitspanne, dennoch soll bei der Analyse darauf Rücksicht genommen werden, dass der Bericht „Avoiding the Dependency Trap“ einige Jahre vor den anderen Berichten erschienen ist. Nicht nur in dieser Hinsicht ist der Bericht besonders. Wie in der Einleitung bereits kurz angedeutet wurde, stellte dieser Report einen wichtigen Anstoß für die Initiative der Decade of Roma Inclusion 2005-2015 (DoRI) dar. Die DoRI ist auch eine Reaktion auf die Beobachtung, dass die Staaten Mittel- und Osteuropas zwar die Millennium Development Goals voraussichtlich erfüllen werden. Einzelne Gruppen jedoch, wie insbesondere die Roma-Communities, wären von der Erreichung dieser Ziele weit entfernt (vgl. UNDP 2003: 46), weshalb zusätzliche Aktivitäten als notwendig erachtet werden. Alle genannten Berichte sind im Kontext der DoRI und dem zentralen Bestreben, Datenmaterial über die Lebensbedingungen von Roma-Communities zu gewinnen, zu sehen. In Kapitel 5.2 wird auf die DoRI noch ausführlicher eingegangen.

Die Analyse, die in Kapitel 6 dieser Arbeit vorgenommen wird, orientiert sich zunächst an der von JÄGER vorgeschlagenen Strukturanalyse. Im ersten Schritt werden daher die Themen erfasst, die die Berichte dominieren, sowie insbesondere auch, durch welche Argumentationslinien und -strategien diese verknüpft sind.

Strukturierende, diskursive Ereignisse im Sinne JÄGERS können für den untersuchten Zeitraum des Diskursstranges nicht ausgemacht werden. Der EU-Beitritt der EU-10 könnte, obwohl er nicht unmittelbar JÄGERS Kriterien entspricht, trotzdem als solches gelten. Dieser stieß klarerweise auf große mediale Resonanz, wenn auch nur nebensächlich im Zusammenhang mit Roma-Communities. In diesem Kontext waren jedoch insbesondere die Jahre vor dem Beitritt, die Verhandlungen darüber und die EU-Konditionen von Bedeutung. Der Beitritt selbst markiert das Ende des damit verbundenen Engagements. Daher besteht Grund zur Annahme, dass der EU-Beitritt für die analysierten Texte keine Brüche zur Folge hatte, denn der Beitritt der EU-10 war zum Zeitpunkt des Erscheinens von „Avoiding the Dependency Trap“ absehbar, ebenso wie seine wesentlichen Auswirkungen in Bezug auf Roma-Communities, nämlich das Auslaufen von Programmen und Monitoringmechanismen. Vielmehr ist anzunehmen, dass eben die vorhersehbare Verminderung von Engagement der EU in diesem Zusammenhang ein wichtiger

---

Auslöser für die Aktivitäten des UNDP waren.<sup>8</sup>

Entgegen dem Vorschlag JÄGERS wird im Anschluss an die Strukturanalyse kein Dossier erstellt, da die eher geringe Anzahl von Texten es weiterhin ermöglichte, alle zu behandeln. Darüber hinaus werden zwar verschiedene Aspekte der Feinanalyse berücksichtigt, im Zentrum steht aber der explizite Bezug auf den ersten Teil der Fragestellung dieser Arbeit, nämlich die Untersuchung der Kategorie der „Roma-Communities“. Dazu werden folgende konkrete Fragen an die Dokumente des UNDP gerichtet:

- (a) Welche Benennungen für Angehörige von Roma-Communities werden in den Berichten verwendet, mit welcher Begründung?
- (b) Wie wird Roma-Identität theoretisch konzipiert?
- (c) Wie werden Roma-Communities beschrieben und dargestellt?
- (d) Wie werden die Stichproben für die Untersuchungen erstellt?

Jene Schritte, die JÄGER im Rahmen der Feinanalyse vorsieht, werden bei der Beantwortung in unterschiedlichem Maße berücksichtigt, keiner jedoch in dem von ihm vorgesehenen Detaillierungsgrad, denn auch dies wäre für die Arbeit zu aufwendig gewesen. Der Schwerpunkt liegt vielmehr darauf, Argumentationslinien aufzuzeigen sowie Widersprüche und Grundannahmen offenzulegen. So wurde beispielsweise die grafische Strukturierung der Berichte nicht miteinbezogen, da sich diese als äußerst geradlinig erwies und in Bezug auf die Kategorisierung von Roma-Communities keine Rückschlüsse zu erwarten waren. Sehr wohl berücksichtigt wurde unter Frage (c) jedoch die Illustration der Berichte. JÄGERS Feinanalyse beinhaltet auch die Bezugnahme auf den institutionellen Kontext der Diskursfragmente. Im Falle dieser Arbeit wird dies teilweise in Kapitel 5 geleistet, in dem auf das UNDP und die Verflechtungen zwischen Entwicklungsdiskurs und dem Diskurs um Roma-Communities genauer Bezug genommen wird. Eine ausführlichere Beschäftigung mit den genaueren Umständen der Entstehung der verschiedenen Dokumente, den nationalen und internationalen Kontexten sowie den einzelnen Autor\_innen wäre mit Sicherheit aufschlussreich, übersteigt jedoch die Möglichkeiten dieser Arbeit.

---

<sup>8</sup> Zweifellos als diskursives Ereignis gelten kann die Affäre um die Ausweisung Angehöriger von Roma-Communities aus Frankreich im Herbst 2010, welches jedoch nicht mehr in den untersuchten Zeitraum fällt.

Um schließlich auf den zweiten Teil der Fragestellung der vorliegenden Auseinandersetzung eingehen zu können, werden die Ergebnisse des bisher geschilderten Vorgehens auf Parallelen zu einem Prozess der „Orientalisierung“ hin untersucht. Dabei werden die Ergebnisse vor dem Hintergrund der verschiedenen Aspekte von Orientalisierung interpretiert. Um dies zu ermöglichen soll im folgenden Kapitel ein entsprechendes, auf der Arbeit SAIDS basierendes Konzept erarbeitet werden.



---

### 3 – Edward Saids Orientalismus

Den Ausgangspunkt für die Erarbeitung der theoretischen Grundlagen meiner Arbeit, die in diesem Kapitel erfolgen soll, stellt ein Werk von Edward SAID dar, nämlich „Orientalism“ (1978). In diesem setzt sich SAID insbesondere mit der Frage nach Repräsentation und ihrer Instrumentalisierung auseinander. Damit einhergehend beschäftigt er sich mit der wechselseitigen Konstitution von Territorien und Gruppen in Situationen, die von asymmetrischen Machtverhältnissen gekennzeichnet sind. Dabei entwickelte er das Konzept des Orientalismus, das als eines der Schlüsselkonzepte der postkolonialen Theorie gilt (vgl. CASTRO VARELA/DHAWAN 2005: 30).

Edward SAID wurde 1935 in Jerusalem geboren, er wuchs dort und in Kairo in einer christlich-palästinensischen Familie auf. Im Alter von 16 Jahren migrierte er in die USA, und studierte am Mount Hermon College, später an den Universitäten in Princeton und Harvard, wo er seinen Doktor in Literaturwissenschaften machte. Im Anschluss daran trat er eine Stelle als Assistenzprofessor für Vergleichende Literaturwissenschaften an der Columbia Universität an, er lehrte dort bis zu seinem Lebensende 2003. SAIDS Veröffentlichungen sind zahlreich, ebenso die Auszeichnungen, die er dafür erhielt (vgl. CASTRO VARELA/DHAWAN 2005: 29, KENNEDY 2000: 4). Der arabisch-israelische Krieg 1967 und die antiarabischen Ressentiments, die für SAID daraufhin spürbar wurden, gaben ihm den Anstoß dazu, westliche Imperialismuskurse genauer zu untersuchen. Seine Auseinandersetzung mit dem palästinensisch-israelischen Konflikt führten zur Erarbeitung einer Trilogie, zu der neben „Orientalism“ (1978) auch „The Question of Palestine“ (1979) sowie „Covering Islam“ (1981) gehören (vgl. CASTRO VARELA/DHAWAN 2005: 29ff.). Zentrale Themen seiner Publikationen sind neben den politischen Auswirkungen von Kolonialismus, Imperialismus und dominanten westlichen Repräsentationen der außereuropäischen Welt auch Analysen zum Nahostkonflikt. Einen dritten Schwerpunkt stellen Betrachtungen zur Rolle und Verantwortlichkeit von Intellektuellen in der Welt dar (vgl. KENNEDY 2000: 1ff.).

Bevor ich auf die wesentlichen Inhalte von „Orientalism“ näher eingehe und SAIDS Konzeption

---

von Orientalismus genauer erläutere (siehe Kapitel 3.2), möchte ich einen kurzen Einblick ins Feld der postkolonialen Theorie geben (siehe Kapitel 3.1), zu deren einflussreichsten Vertreter\_innen SAID gezählt wird. SAID löste durch „Orientalism“ eine breite Debatte aus, ihm kam dadurch nicht nur viel Anerkennung zu, er zog auch vehemente Kritik auf sich. Auf die Beschäftigung mit seinen Untersuchungen soll daher ein Überblick über die wichtigsten Streit- und Kritikpunkte folgen (siehe Kapitel 3.3). Abschließend (siehe Kapitel 3.4) werde ich in Anschluss an SAIDS Orientalismus und unter Berücksichtigung der Kritik den Prozess der Orientalisierung für meine Analyse bestimmen (siehe Kapitel 6).

### 3.1 Zur postkolonialen Theorie

Wie viele andere theoretische Strömungen lässt sich die postkoloniale Theorie nicht als einheitliches, kohärentes Gedankengebäude begreifen, sondern zeichnet sich durch die Heterogenität ihrer Zugänge aus. Kontroverse Debatten entfalten sich bereits um das stark aufgeladene Adjektiv „postkolonial“, dessen Bedeutung offen und mehrdeutig bleibt (vgl. HALL 2002, LOOMBA 1998: 7ff., YOUNG 2004: 57ff., 64, DIRLIK 1998: 54ff., SAN JUAN 1999: 23f.).

Zunächst wurden damit die ehemaligen Kolonien beschrieben, die ihre politische Unabhängigkeit erkämpft hatten. Ab den 1980ern erfuhr der Begriff jedoch eine Erweiterung und bezeichnete dann sämtliche kolonialisierten Regionen, von Beginn der Kolonialisierung bis zur Gegenwart, wodurch die historischen Prozesse dieses Zeitraums, angestoßen durch die Aggression der Kolonialmächte, als Kontinuität dargestellt wurden (vgl. CASTRO VARELA/DHAWAN 2005: 23, ASHCROFT et al. 1989: 2). Problematisiert wird von manchen Seiten in diesem Zusammenhang, dass diese Darstellung den Eindruck erweckt, als sei der Kolonialismus konstituierend für die so bezeichneten Regionen gewesen, da dessen Bedeutung stark in den Vordergrund gerückt wird, während präkoloniale Geschichten und Strukturen außer acht gelassen werden (vgl. CASTRO VARELA/DHAWAN 2005: 23, LOOMBA 1998: 17, YOUNG 2004: 60).

Aus diesem Blickwinkel sollte daher versucht werden, solche Strukturen und ihr Hineinwirken in koloniale Verhältnisse mit einzubeziehen. Postkoloniale Zugänge legen einen Fokus auf die Geschichte der Beziehungen zwischen kolonialisierten Ländern und Kolonialmächten. Dahinter steht die Überzeugung, dass es unmöglich ist, eine Geschichte der *Einen* ohne Bezugnahme auf die *Anderen* zu schreiben – hierfür wurde der Begriff der „verwobenen Geschichten“ [entangled

histories] geprägt, der „die Ambivalenzen einer Geschichte des Austauschs und der Interaktionen zum Ausdruck“ bringen soll (CONRAD/RANDERIA 2002: 17ff.). Dem Anspruch einer solchen „transnationalen Geschichtsschreibung“ gerecht zu werden, kann als eines der vorrangigen Ziele postkolonialer Theorie bezeichnet werden (vgl. CASTRO VARELA/DHAWAN 2005: 23f.).

Postkolonialismus ist als Widerstandsform zu begreifen, die Geschichte nicht als linear und progressiv versteht, sondern nach den widersprüchlichen, unterdrückten Aspekten historischer Prozesse sucht. Nicht nur die Kolonialisierung und ihre Konsequenzen, sondern auch Dekolonialisierung, Neokolonialismus und Tendenzen der Rekolonialisierung werden untersucht, wodurch sich die postkoloniale Theorie als höchst aktuell erweist (vgl. CASTRO VARELA/DHAWAN 2005: 24). Aus der Sicht Robert YOUNGS ist der Bezug zur Gegenwart eines der zentralen Anliegen der postkolonialen Theorie (vgl. YOUNG 2004: 4, 11).

Postkolonialismus zeigt sich so als überaus facettenreich und heterogen, und ist ebenso vielschichtig wie die verschiedenen Formen und Ausprägungen der Kolonialisierung (vgl. MOORE-GILBERT 2000: 12). Die Anwendung postkolonialer Perspektiven und Methoden in verschiedenen Zusammenhängen, wie z.B. auch im Bezug auf „interne Kolonien“ (wie Schottland, Irland und Wales) oder Widerstandsformen in westlichen Metropolen, machen die Notwendigkeit eines kontextsensiblen Umgangs deutlich (vgl. CASTRO VARELA/DHAWAN 2005: 23f., MOORE-GILBERT 2000: 9). Ohne einen solchen besteht die Gefahr, dass die vielfältige Anwendung der postkolonialen Theorie zu einer gewissen Beliebigkeit führen könnte, wie es in den Augen von SAN JUAN bereits teilweise der Fall ist (SAN JUAN 1999: 2). Andere kritische Stimmen vermuten wiederum, dass Bezüge zu Postkolonialität unter anderem deswegen so häufig hergestellt würden, weil auf diese Art und Weise schärfere Begriffe wie Imperialismus oder Rassismus umgangen werden könnten (vgl. BRENNAN 2008: 45).

Wesentlicher Bestandteil der postkolonialen Theorie ist die Analyse kolonialer Diskurse, bei der Kolonialgeschichte auf eine neue Art und Weise gelesen wird, indem nach dem Beitrag kultureller Dimensionen zur Etablierung und Aufrechterhaltung von Dominanzverhältnissen gefragt wird.<sup>9</sup> Literatur und andere Kunstformen werden beispielsweise nicht als Produkte einer autonomen, ästhetischen Sphäre betrachtet. Postkoloniale Theoretiker\_innen sehen es als notwendig an, diese in Verbindung mit politischen, sozialen und geschichtlichen Kontexten zu untersuchen, also disziplinübergreifend zu arbeiten. Texte nicht ohne Kontexte zu analysieren

---

<sup>9</sup> Diese Vorgehensweise wurde von Said in „Orientalism“ angewandt und begründet. Er bezieht sich dabei auf Foucaults Verständnis von Diskursen, welches ihm dazu dient, jenes System von Wissensbeständen und Überzeugungen zu beschreiben, in das koloniale Handlungen eingebettet sind (vgl. Ashcroft et al. 1998: 41f., siehe auch Kapitel 3.2).

---

bedeutet für die postkoloniale Theorie insbesondere, dominante Repräsentationsmuster im Zusammenhang mit kolonialen Praxen zu untersuchen (vgl. MOORE-GILBERT 2000: 8).

Als „postkoloniale Theorie“ fanden die zugehörigen Perspektiven und Herangehensweisen erst relativ spät Eingang in die westlichen akademischen Institutionen. So gab es im Laufe des 20. Jahrhunderts und auch schon davor eine Vielzahl an Denker\_innen, die in vielen Teilen der Welt Formen der Kulturanalyse praktizierten, die nun als Wegbereiter\_innen der postkolonialen Theorie oder als ihr nahestehend gelten (vgl. BRENNAN 2008: 37f., YOUNG 2004: 68).<sup>10</sup> Auch die Commonwealth Literary Studies werden als Vorläufer\_innen angesehen, die sich mit der Literaturanalyse des britischen Empires auseinandersetzten (vgl. MOORE-GILBERT 2000: 5f., CASTRO VARELA/DHAWAN 2005: 22ff.).

Dennoch wird die postkoloniale Theorie heute vor allem mit drei Denker\_innen verbunden, die mitunter als „heilige Dreifaltigkeit“ (YOUNG zitiert nach CASTRO VARELA/DHAWAN 2005: 25) bezeichnet werden, nämlich Edward SAID, Gayatri Chakravorty SPIVAK und Homi BHABHA. MOORE-GILBERT macht hier eine Spaltung des postkolonialen Feldes aus, die diese drei Figuren vom Rest der Theoretiker\_innen abhebt. Zum Teil habe dies damit zu tun, dass SAID, SPIVAK und BHABHA selbst nur recht spärliche Bezüge zu ihren Vorgänger\_innen und anderen postkolonialen Theoretiker\_innen herstellen. Zum anderen Teil würde den dreien jedoch auch in der Rezeption durch Kritiker\_innen eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Manchmal entsteht der Eindruck, als sei die Analyse kolonialer Verhältnisse erst durch SAID begonnen worden. Seine Innovation bestand jedoch eher in der Verknüpfung dieser Fragen mit der französischen Theorietradition (vgl. MOORE-GILBERT 2000: 15f., AHMAD 1994: 13, 177).

Vor allem die Arbeiten der französischen Denker Jaques DERRIDA, Jaques LACAN und Michel FOUCAULT stellen für SAID, SPIVAK und BHABHA wichtige Bezüge dar. Gerade diese Bezugnahmen geben auch Anlass für hitzige Debatten. Besonders Aijaz AHMAD kritisierte die postkoloniale Theorie heftig, und bezeichnete sie als zutiefst konservativ, da sie selbst nur ein Ausdruck westlicher Dominanz sei, und durch sie Herrschaftsverhältnisse neu eingeschrieben würden (vgl. MOORE-GILBERT 2000: 17). Ähnlich scharf kritisiert Arif DIRLIK, dass postkoloniale Perspektiven Machtverhältnisse verschleiern würden, anstatt strukturelle ökonomische Ungleichheiten zu benennen und anzugreifen (vgl. DIRLIK 1998: 69ff.).

Reproduziert würden bestehende Machtverhältnisse beispielsweise durch den Fokus auf die koloniale Diskursanalyse, durch die wieder der Kanon westlicher Literatur im Zentrum steht

---

<sup>10</sup> Moore-Gilbert nennt hier neben Frantz Fanon beispielsweise auch Chinua Achebe, Anta Diop oder Ranajit Guha (vgl. Moore-Gilbert 2000: 5).

(vgl. MOORE-GILBERT 2000: 18ff.). Durch die Anwendung der prestigeträchtigen westlichen Theoretiktradition sind die entstehenden Texte nicht nur häufig sehr voraussetzungsvoll (vgl. YOUNG 2004: 67), es geraten außerdem andere Formen der postkolonialen Kulturanalyse ins Hintertreffen, da sie als weniger elaboriert bewertet werden. Einmal mehr würden westliche Vorgaben als Maßstab gelten (vgl. MOORE-GILBERT 2000: 18).

YOUNG entgegnet diesem Vorwurf jedoch, dass wichtige Elemente dieser Theoretiktradition nicht westlichen Ursprungs wären, oder zumindest als „anti-westlich“ gelten könnten (YOUNG 2004: 67f.). Er argumentiert:

„Postcolonialism is neither western nor non-western, but a dialectical product of interaction between the two, articulating new counterpoints of insurgency from the long-running power struggles that predate and post-date colonialism.“  
(Young 2004: 68)

Darüber hinaus bewertet YOUNG die epistemologische, kulturelle und politische Verortung der Theoretiker\_innen als wesentlich wichtiger als ihre geographische. Gleichzeitig verweist er auf die grundlegenden Beiträge südlicher Denker\_innen zur postkolonialen Theorie (YOUNG 2004: 62f.).

Die Eingebundenheit der postkolonialen Theoretiker\_innen in westliche Institutionen gibt Anlass für weitere Kritik von AHMAD. Er problematisiert deren Abgehobenheit von den Lebensrealitäten der Menschen postkolonialer Regionen und ihren Widerstandskämpfen. Die Arbeit dieser Theoretiker\_innen würde in gewisser Weise die internationale Arbeitsteilung widerspiegeln, indem ‚Rohmaterial‘ in den Westen importiert würde, um dann verfeinert, für eine westliche Elite aufgearbeitet und in begrenztem Maße in die Metropolen der Länder des Südens zurück exportiert zu werden. So würde die sogenannte ‚Dritte Welt‘ wieder und gerade durch und für die postkolonialen Theoretiker\_innen zu einer Karriere (vgl. AHMAD 1994: 196f., MOORE-GILBERT 2000: 18).<sup>11</sup> YOUNG weist hier jedoch wiederum darauf hin, dass es eine Notwendigkeit darstellen würde, die Kämpfe um dominante Ideologie ins Zentrum der ehemaligen Kolonialmächte zu tragen (vgl. YOUNG 2004: 65).

Auch DIRLIK zeigt sich misstrauisch gegenüber dem Aufstieg der postkolonialen Theorie und den damit verbundenen Karrieren südlicher Intellektueller und kritisiert, dass durch postkoloniale Ansätze von einer Vielzahl von Problemen abgelenkt würde (vgl. DIRLIK 1998: 53f.). Der Fokus auf Kritik am Eurozentrismus der postkolonialen Theorie würde strukturelle Veränderungen der globalen Wirtschaft und die Auswirkungen des Kapitalismus vernachlässigen oder sogar von

---

<sup>11</sup> Ähnlich argumentiert Dirlik (vgl. Dirlik 1998: 65f.).

---

diesen ablenken (vgl. DIRLIK 1998: 9f.):

„[...] it is arguable that the apparent end of Eurocentrism is an illusion, because capitalist culture as it is has taken shape has Eurocentrism built into the very structure of its narrative, which may explain why even as Europe and the United States lose their domination of the capitalist world economy, culturally European and American values retain their domination“ (DIRLIK 1998: 71)

In ähnlicher Art und Weise sieht SAN JUAN, mit Bezug auf AHMAD, die postkoloniale Theorie als logische Ergänzung eines globalen Kapitalismus (SAN JUAN 1999: 5):

„Viewed from the perspective of late-capitalist political economy, the figures of difference, fragmentation, liminality and diaspora that Lawrence Grossberg (1996) considers the principals of identity for postmodern cultural studies (of which postcolonialism is a subspecies) are modes of regulating the social relations of production, in particular the division of global social labor and its reproduction.“ (SAN JUAN 1999: 9)

Die Rezeption der postkolonialen Theorie ist daher umstritten und fällt höchst unterschiedlich aus.<sup>12</sup> Von vielen wird ihre Bedeutung dennoch als beträchtlich eingeschätzt (vgl. CASTRO VARELA/DHAWAN 2005: 26, MOORE-GILBERT 2000: 8):

„[...] postcolonialism has nonetheless had [...] a major impact upon current modes of cultural analysis, bringing to the forefront of concern the interconnection of issues of race, nation, empire, migration and ethnicity with cultural production“ (MOORE-GILBERT 2000: 6)

Die Frage nach diesen Zusammenhängen steht auch bei SAIDS Studie zum Orientalismuskurs im Zentrum. Wie bereits erwähnt schuf er durch die Verbindung der kritischen französischen Theorie und ihren Methoden mit anglophoner Texttradition und Kulturgeschichte (vgl. CASTRO VARELA/DHAWAN 2005: 31) einen der bedeutendsten Texte der postkolonialen Theorie, der vielen als Beginn der Debatte um Postkolonialität innerhalb westlicher Akademien gilt (vgl. MOORE-GILBERT 2000: 35). Die wesentlichsten Inhalte und Konzepte aus „Orientalism“ sollen im Folgenden dargestellt werden. Zuvor werden jedoch noch einige für die postkoloniale Theorie entscheidende Begriffe angesprochen.

Eines der zentralen Konzepte der postkolonialen Theorie ist das der „Repräsentation“. Auffallend ist, dass dieser Begriff in vielen Texten der und auch zur postkolonialen Theorie vorausgesetzt

---

<sup>12</sup> Eine ausführlichere Auseinandersetzung mit den Diskussionen um die postkoloniale Theorie ist im Rahmen dieser Arbeit leider nicht möglich. Siehe dazu z.B.: Castro Varela/Dhawan 2005, Moore-Gilbert 2000, Kennedy 2000, Dirlik 1998. Auf Kritik, die speziell an Said und „Orientalism“ gerichtet wird, soll jedoch in Kapitel 3.3 noch genauer eingegangen werden.

und nicht explizit definiert wird. Für diese Arbeit soll festgehalten werden, dass sich Repräsentation auf die Darstellung von Wissen bezieht, die vielfältigen Dynamiken unterliegt. Wie auch im Zusammenhang mit der Kritischen Diskursanalyse JÄGERS deutlich wurde (siehe Kapitel 2.1), wird „Wissen“ oder „Realität“ nicht einfach passiv wiedergegeben oder abgebildet, sondern diskursiv erzeugt, bearbeitet und mit Bedeutung belegt. Die Prozesse und Ergebnisse solcher Bearbeitungen können als Repräsentationen bezeichnet werden, sie speisen sich aus dem bereits anerkannten Wissen einer Gesellschaft und spiegeln verschiedene Perspektiven wider. Daher sind sie meist nicht eindeutig, sondern häufig umstritten:

„In der Praxis der Repräsentation werden jedoch ständig Versuche unternommen, in die vielen potentiellen Bedeutungen [eines] Bildes zu intervenieren und einer davon zu einem privilegierten Status zu verhelfen.“  
(HALL 2004: 110)

Repräsentationen besitzen, wie CONRAD und RANDERIA in Bezug auf SAID und SPIVAK bemerken (und wie im Folgenden noch deutlich werden wird), also auch eine politische Dimension (vgl. CONRAD/RANDERIA 2002: 23). ASHCROFT bemerkt in diesem Zusammenhang: „Representation can be defined as the process of giving concrete form to ideological concepts“ (ASHCROFT 2001:2). Verschiedene Akteur\_innen versuchen daher ihre Interessen voranzutreiben, indem sie Repräsentationen mit Bedeutungen belegen, die ihren Zwecken dienlich sind und ihren Handlungen Legitimation verleihen. Im weiteren Sinn können diese strategischen Investitionen in Bedeutung als Repräsentationspolitiken verstanden werden.

Im Kontext der postkolonialen Theorie beziehen sich derart legitimierte Handlungen oder Interventionen häufig auf die gewaltvollen Eingriffe von Kolonialmächten in die Belange der von ihnen beherrschten Regionen. Bedeutsam ist dabei, dass die Interessen und das entsprechende Vorgehen jener Akteur\_innen, die aufgrund einer machtvollen Position über Diskurse bestimmen können, innerhalb dieser als Sachzwänge erscheinen.

Die Kämpfe um die Besetzung von Repräsentationen werden im Zusammenhang der postkolonialen Theorie oft als Verhandlungen oder Aushandlungen bezeichnet. Auch dies verweist auf die Auffassung, dass Bedeutungen nicht stabil und vorgegeben sind, sondern erst im Diskurs durch die verschiedenen Beteiligten produziert werden.

---

### 3.2 „Orientalism“

Im Fokus von SAID'S Studie zum Orientalismuskurs stehen insbesondere die Zusammenhänge zwischen westlichen Beschreibungs- und Repräsentationssystemen mit materiellen Interessen und Politik (vgl. MOORE-GILBERT 2000: 34). SAID betrachtet daher einerseits, wie der Orient<sup>13</sup> mittels dieser Beschreibungen und Repräsentationen durch den Westen<sup>14</sup> konstruiert wurde, und andererseits, wie das so gewonnene Wissen zur Rechtfertigung für die Kolonialisierung diene. Er untergliedert seinen Text in eine Einleitung, in der bereits viele seiner zentralen Gedanken angesprochen werden, und drei weitere Kapitel.

SAID beginnt in der **Einleitung** mit einer Erläuterung seines zentralen Konzeptes von Orientalismus, das als eines der Schlüsselkonzepte der postkolonialen Theorie gilt (vgl. CASTRO VARELA/DHAWAN 2005: 30). Dabei handelt es sich um eine sehr komplexe Konzeption, die SAID mehrfach definiert, wobei er unterschiedliche Akzente setzt. Zunächst bezeichnet er sie als „a mode of discourse, with supporting institutions, vocabulary, scholarship, imagery, doctrines, even colonial bureaucracies and colonial styles“ (vgl. SAID 2003 [1978]: 2).

SAID differenziert dieses Konzept dann in einer dreifachen Definition aus. Die erste Bedeutung von Orientalismus bezieht sich auf die Orientalistik, eine traditionsreiche wissenschaftliche Disziplin, die sich mit der Beschreibung und Kategorisierung des Orients, seiner Geschichte, seiner Kulturen und Sprachen befasst, dabei wissenschaftliche Objektivität beansprucht und sich auf wissenschaftliche Traditionen und Institutionen beruft, die dem so generierten Wissen Autorität verleihen (vgl. SAID 2003 [1978]: 2).

Als zweiten Punkt beschreibt SAID ein breiteres Verständnis von Orientalismus, das in einer bestimmten Art und Weise [style] besteht, mit dem Orient umzugehen. Diese ist von der

---

13 Gleich zu Beginn bezeichnet Said den Orient als „almost a European invention“ (Said 2003 [1978]: 1). Die Spannungen zwischen einer Auffassung des Orients als Idee oder Vorstellung und einem konkreten, materiellen Orient durchziehen das gesamte Buch und werfen Widersprüche auf, die in Kapitel 3.3 der vorliegenden Arbeit aufgegriffen werden. Aus pragmatischen Gründen trifft Said eine Einschränkung, die sein Gebiet etwas spezifiziert. So behandelt er hauptsächlich „the Anglo-French-American experience of the Arabs and Islam, which almost a thousand years together stood for the Orient“ (Said 2003 [1978]: 17).

14 Der Begriff des „Westens“ wird von Said nicht näher erläutert. Wie in Fußnote 14 erwähnt, behandelt er vor allem die Erfahrungen Großbritanniens, Frankreichs und der USA. Ahmad kritisiert jedoch beispielsweise, wie selbstverständlich Said vom „Westen“, dem „Okzident“ oder „Europa“ spricht, und dabei von unveränderlichen, stabilen Einheiten ausgeht (vgl. Ahmad 1994: 183). Essentialisierungen dieser Art werden von vielen Kritiker\_innen beanstandet (vgl. z.B. Castro Varela/Dhawan 2005: 39, Moore-Gilbert 2000: 45).

Annahme einer radikalen Differenz zwischen Ost und West geprägt, die sämtlichen Beschreibungen und Betrachtungen zu den verschiedensten Aspekten des Orients zugrunde liegt, die so eine Vorstellungswelt organisiert, die nach SAID in Texten aller Art zu finden ist, von geschichtlichen Werken über politische Texte bis hin zu Reiseliteratur und anderen literarischen Gattungen (vgl. SAID 2003: [1978]: 2f.).

Zwischen diesen beiden Orientalismen findet ein beständiger, regulierter Austausch statt. Dieser wird strukturiert durch den Orientalismuskurs, der das dritte Verständnis von Orientalismus darstellt. SAID bezeichnet den Orientalismus als einen Diskurs im Sinne FOUCAULTS, wie in Kapitel 2 bereits angesprochen wurde. Er macht dies, um zeigen zu können, welche immense Systematik dieser entfaltet. Diese wiederum ermöglichte es, den Orient nicht nur politisch, militärisch, wissenschaftlich oder literarisch zu dominieren, sondern ihn auch erst zu *erschaffen*. Folglich bestimmt der Orientalismus zwar nicht im Einzelnen, was über den Orient gesagt wird, er wirkt jedoch als höchst komplexer und wirkmächtiger Regulationsmechanismus, der Wissen und Handeln zum Orient strukturiert und reglementiert (vgl. SAID 2003 [1978]: 3).

SAID überträgt die Erkenntnis, dass Menschen Schöpfer\_innen ihrer Geschichte sind, auf die Geographie, die er ebenso als erst *gemacht* begreift, und nicht als naturgegeben. Orient wie Okzident sind daher als Ideen zu begreifen, die im Laufe der Geschichte konstruiert und entwickelt wurden, die in dynamischer Wechselbeziehung stehen, sich in Abgrenzung voneinander konstituieren (vgl. SAID 2003 [1978]: 5). Dies korrespondiert mit dem zweiten Punkt des oben beschriebenen Verständnisses von Orientalismus, das sich auf eine ontologische und epistemologische Unterscheidung zwischen Orient und Okzident bezieht (vgl. KENNEDY 2000: 22).

SAID gibt jedoch zu bedenken, dass es falsch wäre, den Orient ausschließlich als Idee und Schöpfung des Westens zu begreifen. Er betont dabei, dass er sich in seiner Analyse mit der inneren Strukturiertheit des Orientalismuskurses auseinandersetzt, unabhängig davon, welche Zusammenhänge es zwischen diesem und den Realitäten des Orients geben könnte (vgl. SAID 2003 [1978]: 5).

Von entscheidender Bedeutung ist es des Weiteren, die Beziehungen und Verstrickungen zwischen Orient und Okzident als machtförmiges Verhältnis zu verstehen, das von der Dominanz des Westens geprägt ist. Der Orient wurde auch deshalb zum „orientalisierten Orient“, weil er

---

dazu gemacht, weil er repräsentiert werden konnte – und selbst scheinbar schwieg (vgl. SAID 2003 [1978]: 5f.).

Darüber hinaus darf Orientalismus nicht als ein komplexes Netz an nicht wahrheitsgemäßen Aussagen missverstanden werden, die einfach widerlegt werden könnten. Vielmehr sollte er begriffen werden als „a sign of European-Atlantic power over the Orient“ (SAID 2003 [1978]: 6), in das sozioökonomische und politische Institutionen eng verflochten sind, und das eine hohe Beständigkeit aufweist (vgl. SAID 2003 [1978]: 6).

In Anlehnung an Antonio GRAMSCI macht SAID deutlich, welche Rolle kulturelle Praxen oder kulturelle (Re-)Produktion (MOORE-GILBERT nennt hier als Beispiele „humanistische“ Forschung oder Belletristik, MOORE-GILBERT 2000: 37) bei der Herstellung und Stützung eines Dominanzverhältnisses spielen. Ermöglichen sie es doch, die Zustimmung der beherrschten Bevölkerung vergleichsweise subtil durch Erziehung und kulturelle Mechanismen herzustellen, anstatt durch direkten Zwang (vgl. SAID 2003 [1978]: 7). SAID untersucht in der Folge, wie Macht durch kulturelle Formen vermittelt wird, und fragt nach dem Beitrag, der westlichen Repräsentations- und Beschreibungssystemen bei der Etablierung westlicher Herrschaft zukommt (vgl. SAID 2003 [1978]: 7). Der Aufstieg Europas ab der Spätrenaissance und die Überzeugung von der eigenen Überlegenheit ermöglichten es Europäer\_innen beispielsweise, sich auf verschiedenste Art und Weise in Beziehung zum Orient zu setzen, ohne dabei die Übermacht zu verlieren. Sie konnten mit den unterschiedlichsten Motiven und in verschiedensten Funktionen in den Orient reisen, über ihn sprechen und schreiben, wodurch ein komplexer Orient entstand, der auf vielfältigste Art und Weise und mittels diverser Medien repräsentiert wurde (vgl. SAID 2003 [1978]: 8).

In **Kapitel 1 „Die Bandbreite des Orientalismus“** gibt SAID einen Überblick über das Feld, mit dem er sich auseinandersetzen wird. Er beschäftigt sich zunächst mit dem Orientalismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Um zeigen zu können, welche Rolle das überlieferte Repertoire an Darstellungen des Orients bei der Bildung von orientalistischen Traditionen, Diskursen und Institutionen spielte und wie sich eine systematische, professionelle Disziplin mit ihren eigenen Terminologien und Praxen entwickelte, bezieht SAID jedoch auch frühere Repräsentationen des Orients mit ein.

Zentral sind SAIDS Betrachtungen der Verstrickungen von Wissen und Macht im Zusammenhang

mit der kolonialen Expansion. Er stellt fest, dass die Phase, in der der Orientalismuskurs entscheidend an Bedeutung und Umfang gewann, und seine Institutionalisierung schnell voranschritt, mit der Zeit der größten Expansionen Europas zusammenfällt, nämlich der Zeit von 1815 bis 1914. Der Orientalismus diente hier ebenso zur Legitimation westlicher Herrschaftsansprüche wie zur Rationalisierung der Herrschaft selbst (vgl. SAID 2003 [1978]: 39, 41).

Legitimierend wirkte der Orientalismuskurs deshalb, weil darin dem Orient jegliche Fähigkeit zur Selbstverwaltung sowie Rationalität generell abgesprochen wurde. Die angenommene Überlegenheit Europas würde es zu einer Verpflichtung machen, sich der orientalischen Länder anzunehmen, so die orientalistische Argumentation, und für sie zu entscheiden, wie sie am besten zu verwalten wären. Sollte dies auf Widerstand stoßen, so läge dies daran, dass es den Bewohner\_innen des Orients an der vernünftigen Einsicht mangle, zu erkennen, was das Beste für sie sei (vgl. SAID 2003 [1978]: 32f.).

Wissen über den Orient zu besitzen erwies sich auch als entscheidend für eine effektivere Organisation der Kolonialverwaltung, was in einen Kreislauf mündete. Mehr Wissen ermöglichte stärkere Kontrolle und den Ausbau von Macht. Diese verlangte wiederum nach mehr Informationen (vgl. SAID 2003 [1978]: 36). Ein solche Dynamik, die es noch dazu schaffte vorzugeben, dass dies alles zum Besten des Orients geschehen würde, war laut SAID deshalb möglich, weil das Verhältnis zwischen Orient und Okzident von zwei Elementen geprägt war.

Als erstes nennt er hier das systematische Wissen, das europäische Wissenschaftler\_innen über den Orient generierten. Anreize hierfür stellten sowohl die kolonialen Begegnungen wie das Interesse für das *Andere*, das Ungewöhnliche, dar. Hinzu kam eine beträchtliche Menge an Literatur, die von Dichter\_innen<sup>15</sup>, Literat\_innen, Übersetzer\_innen oder Reisenden geschaffen wurde. Als zweites Element nennt Said die Dominanz und Herrschaft Europas. Die Verbindung beider Faktoren führte zu einer Situation, in der der Westen aus einer hegemonialen Position heraus Wissen über den Orient generieren konnte. Die darin enthaltenen Repräsentationen des Orients wurden dabei durch westliche Beschreibungssysteme und Wahrnehmungsmuster gefiltert und durch westliche Interessen geformt (vgl. SAID 2003 [1978]: 40).

---

15 Said bezieht sich in seinen Untersuchungen fast ausschließlich auf Männer, er bezeichnet den Orientalismus auch als „exclusively male province“ (Said 2003 [1978]: 207). Diese Annahme, nach der Frauen nicht an der Kolonialisierung beteiligt gewesen waren, ist höchst fragwürdig und wurde oft kritisiert, in Kapitel 3.3. soll darauf zurückgekommen werden. Für eine Diskussion von Orientalismus als vergeschlechtlichem Diskurs siehe z.B. Lewis (1996).

---

SAID beschreibt verschiedene Formen, die der Orientalismus im 19. und 20. Jahrhundert annahm. Zunächst verweist er auf eine Art Orientbegeisterung, die Ende des 18., bzw. Anfang des 19. Jahrhunderts einsetzte, und dazu führte, dass sich eine große Anzahl von Wissenschaftler\_innen, Schriftsteller\_innen und Künstler\_innen mit der Vielfalt an europäischen Texten, die sich mit dem Orient befassten, auseinandersetzten (vgl. SAID 2003 [1978]: 43).

Ereignisse wie die Invasion Napoleons in Ägypten 1798 stellten Anlässe dar, dieses Wissen zu modernisieren, es durch zeitgemäße Ansätze und entsprechende Terminologie den aktuellen Realitäten anzupassen und ihm so neue Autorität zu verleihen, was SAID als zweite orientalistische Form sieht. Es fand eine Ausdifferenzierung in verschiedene Fachgebiete des Orientalismus statt, durch die Schaffung von Lehrstühlen für Orientalistik, die Gründung von orientalistischen Gesellschaften und Zeitschriften nahm die Institutionalisierung zu (vgl. SAID 2003 [1978]: 42f.).

Als dritte Form beschreibt SAID ab dem Ende des 18. Jahrhunderts die Entstehung eines Orientalismus, der als Diskurs die Aussagen, die zum Orient innerhalb der ersten beiden Formen gemacht werden konnten, reglementierte und strukturierte. Hier steht wieder die hierarchische Binarität im Zentrum, durch den Orientalismus wurden die Sphären des Ostens und des Westens entlang einer Dichotomie konstruiert, die eine absolute Differenz einerseits und die Überlegenheit des Westens andererseits voraussetzte (vgl. SAID 2003 [1978]: 43f.):

„On the one hand there are the Westerners, and on the other there are Arab-Orientals; the former are (in no particular order) rational, peaceful, liberal, logical, capable of holding real values, without natural suspicion; the latter are none of these things.“ (SAID 2003 [1978]: 49)

SAID prägt hier den Begriff „imaginative Geographie“ [imaginative geography] (SAID 2003 [1978]: 54). So bezeichnet er das Ergebnis der Praxis, die Welt in bekannte und unbekannte Sphären zu unterteilen, und eine Grenze zwischen beiden zu bestimmen. Während die Orientalistik einen geographischen, scheinbar objektiven Bezug suggeriert, beschreibt SAID einen Prozess des Abgrenzens und Definierens von Raum, bei dem ein Territorium als das *Eigene* bestimmt und vom *Fremden* abgegrenzt wird, wobei keinerlei Beteiligung, geschweige denn Zustimmung, von Seiten der *Fremden* notwendig ist:

„It is enough for ‚us‘ to set the boundaries in our minds; ‚they‘ become ‚they‘ accordingly, and both their territory and their mentality are designated as ‚different‘ from ‚ours‘. To a certain extent modern and primitive societies seem thus to derive a sense of their identity negatively. [...] The geographic boundaries accompany the social, ethnic, and cultural ones in expected ways. Yet often the sense in which someone feels himself to be not-foreign is based

on a very unrigorous idea of what is ‚out there‘ beyond one’s own territory. All kinds of suppositions, associations, and fictions appear to crowd the unfamiliar space outside one’s own.” (SAID 2003 [1978]:54)

Territorien werden also mit Ideen und Bildern verknüpft, es haftet ihnen ein imaginatives Moment an. So war auch der Orient von Anfang an mit verschiedene Assoziationen besetzt (vgl. SAID 2003 [1978]: 55f.).

Die Haltung der Orientalist\_innen charakterisiert SAID als eine „textliche“ [textual] (vgl. SAID 2003 [1978]: 92), womit er das Denken meint, das einer systematisierten, kohärenten, schriftlichen Darstellung höhere Autorität und höheren Wahrheitsgehalt einräumt als eigenen, oft widersprüchlichen Begegnungen mit der Realität. Orientalistische Texte prägten so die Vorstellungen des Orients, und in der Folge ebenso eine Erwartungshaltung, die als sich selbst erfüllende Prophezeiung wirkte. Der Orient als imaginiertes Raum entwickelte auf diese Art und Weise ein Eigenleben, er wurde geschaffen aus einer Tradition von orientalistischen Texten (vgl. SAID 2003 [1978]: 93f.).

Im **zweiten Kapitel „Strukturen und Strukturierungen des Orients“** zeichnet SAID nach, wie sich der Orientalismus im 19. Jahrhundert weiter institutionalisierte, ein eigenes Vokabular, eigene Kategorien und Praxen entwickelte. Er bespricht dies anhand der Werke von Orientalisten wie Ernest RENAN, Edward LANE oder Gustave FLAUBERT, und beschreibt deren Beitrag und jeweiligen Zugang zum Orient.

Demnach stützte sich die Orientalistik als Disziplin weniger auf das Ansammeln von Wissen als auf die Anwendung einer spezifischen Methodik, die auf Rekonstruktion und Wiederholung angelegt war, sowie auf die Tradierung bestimmter Strukturen, nach denen der Orient geformt wurde. Eine eigene Terminologie und fachspezifische Begrifflichkeiten dienten als Nachweis der rationalen, wissenschaftlichen Fundierung der Orientalistik und legitimierten und verstärkten ihre Autorität (vgl. SAID 2003 [1978]: 122).

Während Gelehrte wie Silvestre de SACY oder Ernest RENAN durch die Aufbereitung von Anthologien, Grammatiken oder philologischen Systematisierungen einen kanonischen Orient gewissermaßen aus den Bibliotheken heraus erschufen, existierte auch die Tradition der Pilger\_innenfahrten in den Orient. Texte, die im Zuge solcher Reisen entstanden, bezogen ihre Legitimität aus der Begegnung mit dem Orient, mussten jedoch erst den Anstrich persönlicher Erfahrungen loswerden, um als allgemeine Aussagen von weiterer Gültigkeit anerkannt zu

---

werden. Beide Traditionen spielten zusammen: während einerseits durch die Reisen neues Material für die Gelehrten der Bibliotheken entstand, stellte die Orientalistik Vokabular, Kategorien und Strukturierungen bereit, die es ermöglichten, autobiographische Beschreibungen in Kontext zu setzen und zu verallgemeinern (vgl. SAID 2003 [1978]: 156f.).

Innerhalb der Texte, die während oder als Folge von Reisen in den Orient entstanden, differenziert SAID zwischen vorrangig philologisch-klassischen (als Beispiel wird Edward William LANE: „Manners and Customs of the Modern Egyptians“ diskutiert), vorrangig ästhetisch-literarischen Formen (z.B. Gérard de NERVAL: „Voyage en Orient“) und Mischformen (z.B. Richard Francis BURTON: „Pilgrimage to al-Madinah and Meccah“) (vgl. SAID 2003 [1978]: 157ff.). Außerdem versucht Said dabei, grundlegende Unterschiede zwischen einer britischen und einer französischen Tradition des Orientalismus plausibel zu machen (vgl. SAID 2003 [1978]: 166ff.).

Die orientalistischen Texte des 19. Jahrhunderts erlangten ihre Autorität jedoch vor allem durch Bezüge auf Texte von Vorgänger\_innen. SAID beschreibt Ketten gegenseitiger Verweise, durch die die Repräsentationen des Orients kanonisiert und immer weiter wiederholt wurden, während ein moderner Orient systematisch gelöscht wurde (vgl. SAID 2003 [1978]: 176f.):

„In the system of knowledge about the Orient, the Orient is less a place than a *topos*, a set of references, a congeries of characteristics, that seems to have its origin in a quotation, or a fragment of text, or a citation from someone's work on the Orient, or some bit of previous imagining, or an amalgam of all these.“  
(SAID 2003 [1978]: 177; Hervorhebung im Original)

Im **dritten Kapitel „Orientalismus heute“** befasst sich SAID mit dem Orientalismus ab dem späten 19. Jahrhundert, mit der Verdrängung der Großmächte Frankreich und Großbritannien durch die USA und – nichtsdestotrotz - dem Fortwirken des tradierten Orientalismus. Eine wichtige Veränderung besteht jedoch laut SAID darin, dass sich der Orientalismus dieser Zeit von den vorhergehenden Formen dahingehend unterschied, als er nicht mehr hauptsächlich von einer textlichen, akademischen sondern einer „instrumentellen“ Einstellung geprägt war, und expliziter in den Dienst des Kolonialismus gestellt wurde (vgl. SAID 2003 [1978]: 205, 246):

„What we must reckon with is a long and slow process of appropriation by which Europe, or the European awareness of the Orient, transformed itself from being textual and contemplative into being administrative, economic, and even military.“ (SAID 2003 [1978]: 210)

SAID trifft außerdem eine Unterscheidung zwischen manifestem und latentem Orientalismus. Ersterer bezieht sich auf die Oberflächendetails, die verschiedenen Variationen, die es innerhalb

des Orientalismus geben kann, die Form von Texten und den Stil verschiedener Autor\_innen, er umfasst also die veränderlichen Elemente. Latenter Orientalismus bezeichnet hingegen die stabilen, dauerhaften Aspekte, die sich auf die tieferliegenden, unbewussten Ideen zum Orient beziehen, also auf seine Abgetrenntheit vom Westen, seine Unterlegenheit, etc. (vgl. SAID 2003 [1978]: 206). SAID versucht hier zu erklären, wie sich bestimmte Aspekte verändern konnten, während der Kern des Orientalismus gleich blieb. Er gibt diese Unterscheidung jedoch bald wieder auf, indem er behauptet, beide Formen würden zusammenlaufen (vgl. SAID 2003 [1978]: 222f.).

Kurz darauf führt SAID jedoch eine weitere Unterscheidung ein, nämlich zwischen „narrative“ und „vision“. Letzteres bezeichnet eine umfassende, statische Vorstellung des Orients, die auf den homogenisierenden, reduzierenden Kategorien der orientalistischen Tradition basiert. Eine solche Vorstellung schließt Veränderung aus, das „narrative“ übt daher Druck aus, da in einer Erzählung der Orient im Fluss, in Bewegung und Wandel dargestellt werden kann, wodurch ein instabiles Spannungsverhältnis entsteht (vgl. SAID 2003 [1978]: 239f.). SAID verfolgt jedoch auch diese Unterscheidung nicht weiter.

Mit dem Übergang von europäischer zu US-amerikanischer Dominanz nach dem Zweiten Weltkrieg verändere sich auch der Orientalismus, SAID beschreibt dies folgendermaßen:

„[...] the new reality – the new specialized style – was, broadly speaking, Anglo-American, and more narrowly speaking, it was American Social Scientist. In it, the old Orientalism was broken into many parts; yet all of them served the traditional Orientalist dogmas.“ (SAID 2003 [1978]: 284)

Schließlich widmet sich SAID den zeitgenössischen Repräsentationen von Araber\_innen und dem Islam in den USA, die noch immer von den tradierten Motiven durchzogen sind und mit außenpolitischen Interessen korrespondieren (vgl. SAID 2003 [1978]: 285ff., 295).

### **3.3 Kritik an Said**

SAIDS Arbeit wurde in mehr als 30 Sprachen übersetzt und breit rezipiert, diskutiert und in vielerlei Hinsicht kritisiert. Einige zentrale Vorwürfe wiederholen sich dabei in verschiedenen Varianten immer wieder. Diese betreffen insbesondere SAIDS Tendenz, den Diskurs um den Orientalismus zu homogenisieren, Orient wie Okzident zu essentialisieren und dadurch die Dichotomie zwischen beiden zu verstärken. Problematisiert werden eine Reihe von

---

Widersprüchen, die oft darauf zurückgeführt werden, dass SAID versucht, FOUCAULTS Konzeption von Diskursen mit Aspekten der Theorien GRAMSCIS zu verbinden. Zudem wurde auch von Seiten verschiedener Historiker\_innen Kritik an SAID geübt, einerseits zweifelten diese seine Kompetenzen in ihrer Disziplin an (vgl. AHMAD 1994: 173). Andererseits zeigten manche Unbehagen gegenüber SAIDS Bestrebungen, Fragen um Repräsentation und Interpretation in dieses Feld zu tragen und dadurch Geschichte als objektive Wissenschaft in Frage zu stellen (vgl. YOUNG 2004: 390). Auch die mangelnde Berücksichtigung von Widerstand gegen koloniale Diskurse, bzw. der Frage nach den Möglichkeiten von Widerstand überhaupt, wird SAID vorgeworfen. Ein weiterer wichtiger Punkt der Kritik an „Orientalism“ ist das fast völlige Ausblenden der Bedeutung von Geschlechterrollen, und schließlich wirft auch SAIDS Festhalten am Humanismus Fragen auf. Im Folgenden soll auf einige dieser Punkte noch etwas näher eingegangen werden.

Einer der gewichtigsten Kritikpunkte an „Orientalism“ ist der Vorwurf, dass SAID seine plausible Darstellung des Orientalismus nur aufgrund von Verallgemeinerungen und Essentialisierungen durchhalten konnte. Mitunter bekommt man den Eindruck, als ob es zwischen dem Orientalismus Frankreichs und Großbritanniens im 19. Jahrhundert und dem der USA im 20. Jahrhundert keine nennenswerten Unterschiede gegeben habe (vgl. SAID 2003 [1978]: 16, CASTRO VARELA/DHAWAN 2005: 39). Von James CLIFFORD werden die Kontinuitäten, die SAID dabei hervorhebt, darüber hinaus als ungeschickt konstruiert und wenig überzeugend bewertet (vgl. CLIFFORD 1988: 268). SAID verabsäumt es also, die kolonialen Traditionen auszudifferenzieren, zwischen verschiedenen Regionen, historischen Epochen und kulturellen Traditionen zu unterscheiden (vgl. MOORE-GILBERT 2000 [1997]: 45, YOUNG 2004: 391).

Diese Homogenisierungstendenzen zeigen sich auch darin, dass SAID beispielsweise keine orientalistischen Positionen miteinbezieht, die die Kulturen des Orients als überlegen ansahen (CASTRO VARELA/DHAWAN 2005: 39) oder sich kritisch zum kolonialen Vorgehen äußerten. Vielmehr spricht er Europäer\_innen jegliche Fähigkeit ab, den Orient auf mitfühlende und respektvolle Art und Weise zu repräsentieren, und sieht derartige Versuche letzten Endes immer durchkreuzt durch das Wirken der scheinbar unüberwindbaren Strukturen des Orientalismus (vgl. SAID 2003 [1978]: 204, MOORE-GILBERT 2000 [1997]: 50, YOUNG 2004: 392, AHMAD 1994: 178). SAID ignoriert oder schmälert hier die Arbeiten von Orientalisten, die sich zumindest in der

Einschätzung von CLIFFORD durch die aufrichtige Suche nach Verständigung ausgezeichneten<sup>16</sup> (vgl. CLIFFORD 1988: 261). Darüber hinaus würde SAID durch sein flexibles Verständnis von Orientalismus, das an seine jeweilige Argumentationslinie angepasst werde, selbst in Okzidentalismus verfallen (vgl. CLIFFORD 1988: 271).

In seinem Beharren auf der Beständigkeit des Orientalismus kann SAID auch nicht schlüssig erklären, wie dieser sich entwickelte, unter welchen Umständen und aus welchen Gründen er sich veränderte, und gerät dabei immer wieder in Widersprüchlichkeiten. Einerseits macht er bestimmte Zeitpunkte fest, an denen es zu scheinbar grundlegenden Brüchen in den Traditionen des Orientalismus kam, andererseits behauptet SAID, der Orientalismus könne sich nicht verändern und würde beständig die selben Repräsentationen erzeugen (vgl. MOORE-GILBERT 2000 [1997]: 48, CASTRO VARELA/DHAWAN 2005: 41). Nach CASTRO VARELA und DHAWAN übersieht SAID, dass Machtverhältnisse stetig neu verhandelt werden, und die Bilder und Stereotypen, die der Orientalismus hervorbrachte, dementsprechend Veränderungen unterworfen waren (vgl. CASTRO VARELA/DHAWAN: 2005:41).

Immer wieder versucht SAID jedoch, verschiedene Formen des Orientalismus zu differenzieren, beispielsweise, indem er unterschiedliche Traditionen zwischen französischem und britischem Orientalismus herausarbeitet. So ziele der französische Orientalismus vorrangig auf die Entwicklung von Strategien zur kulturellen Beeinflussung ab. Die britische Ausprägung setze sich hingegen stärker mit den Erfordernissen auseinander, die direkte Machtausübung mit sich bringe (vgl. SAID 2003 [1978]: 211f., 244, MOORE-GILBERT 2000: 47). Er vernachlässigt aber auch hier die Vielgestaltigkeit und die Gegenläufigkeiten des Diskurses zugunsten der Hervorhebung der Kontinuitäten. SAIDS Charakterisierungen sind unter der Einbeziehung der Kolonialgeschichte Nordafrikas, die er ignoriert, wenig nachvollziehbar (vgl. CASTRO VARELA/DHAWAN: 2005: 39f., MOORE-GILBERT 2000: 46f.).

MOORE-GILBERT argumentiert allerdings, dass SAID die Fragmentiertheit des Orientalismuskurses wenigstens stellenweise anerkennen würde, und dass viele seiner Widersprüchlichkeiten gerade aus dieser teilweisen Anerkennung resultieren würden. Da SAID den Orient auch als unterbewussten, ausgelagerten Aspekt des Westens konzipiert, sei eine Spaltung des Orientalismus offenkundig. MOORE-GILBERT sieht sie fortgeführt in einer Reihe

---

<sup>16</sup> Clifford nennt an dieser Stelle Louis Massignon, Sylvain Lévi, Marcel Mauss und Henry Corbin (vgl. Clifford 1988: 261).

---

weiterer konfliktierender Oppositionen (latent – manifest, wissenschaftlich – ästhetisch, „vision“ – „narrative“, textliche Einstellung – gelebte Erfahrung), die Repräsentationsmuster erzeugen, die in Spannung zueinander stehen und entsprechende Uneindeutigkeiten und Widersprüche produzieren. SAID würde zwischen der Überzeugung von der Beständigkeit des Orientalismuskurses und der Anerkennung seiner Wandelbarkeit und Vielfältigkeit pendeln (vgl. MOORE-GILBERT 1997 [2000]: 44f., KENNEDY 2000: 24).

Dennoch sind es die Homogenisierungen, die überwiegen. Diese werden von Kritiker\_innen auch darauf zurückgeführt, dass SAID die Komplexität von FOUCAULTS Diskurskonzeption nicht genügend berücksichtige, die verschiedene Formen diskursiver und institutioneller Praxen vorsieht (vgl. KENNEDY 2000: 30) und „der zufolge westliche Wissensregimes gewalttätig und *unstetig* waren“ (CASTRO VARELA/DHAWAN 2005: 40; Hervorhebung im Original).

SAID weicht darüber hinaus noch in anderen Punkten von FOUCAULT, der einen seiner wichtigsten Bezüge darstellt, ab. Differenzen zwischen den beiden betreffen insbesondere die Wirkungsmechanismen von Macht, das Verhältnis zwischen Theorie und Praxis sowie das Verständnis der Notwendigkeit oder Möglichkeit von Widerstand.

Im Gegensatz zu FOUCAULT betrachtet SAID die Ausübung von Macht als etwas Intendiertes, als bewusstes Vorgehen. In „Orientalism“ identifiziert SAID gleichzeitig eine Quelle, von der diese Macht ausgeht: den Westen. SAID beharrt außerdem auf der Bedeutung des einzelnen Textes für den Diskurs, womit er wenigstens theoretisch individuelle Handlungsmacht erhält (vgl. SAID 2003 [1978]: 23, KENNEDY 2000: 26, MOORE-GILBERT 2000 [1997]: 36f.).

Während FOUCAULT die Möglichkeit „wahrheitsgetreuer“ Repräsentation zurückweist, da diese unweigerlich von Machtverhältnissen geprägt sei (KENNEDY 2000: 26), bleibt SAID diesbezüglich widersprüchlich. Dies führt zu der Frage, ob er von der Existenz eines „realen“ Orients ausgeht oder diesen als diskursives Erzeugnis begreift. SAID betont einerseits, dass er sich nicht damit auseinandersetzen würde, in welchem Zusammenhang die Repräsentationen des Orients im Orientalismus mit einem „realen“ Orient stehen würden. Dieser Zusammenhang sei auch nicht entscheidend, da er diese Repräsentationen als Schöpfungen westlicher Wissenschaft, Literatur, etc. betrachten und als Ausdruck westlicher Vorherrschaft untersuchen würde (vgl. SAID 2003 [1978]: 5f.). An anderen Stellen wiederum spricht SAID davon, dass der Orient falsch repräsentiert und sein Bild verzerrt werde, was die Existenz eines „realen“ Orients voraussetzt (vgl. SAID 2003 [1978]: 67, KENNEDY 2000: 28, YOUNG 2004: 388f.).

Dieses Hin- und Herwechseln zwischen der Annahme eines tatsächlichen, materiellen Orients und der Behauptung, es handle sich beim Orient um ein diskursives Erzeugnis ist einer der Punkte, für die SAID vielfach stark kritisiert wurde (vgl. MOORE-GILBERT 2000 [1997]: 42, CASTRO VARELA/DHAWAN: 2005: 44f., LEWIS 1996: 17, AHMAD 1994: 193, YOUNG 2004: 388f., CLIFFORD 1988: 260).

Daraus entsteht noch ein weiteres Problem, denn wenn SAID behauptet, die orientalistischen Repräsentationen hätten nichts mit der Realität des Orients zu tun, bleibt unklar, worin deren entscheidende Bedeutung für die Kolonialisierung begründet liegt, die er ihnen attestiert (vgl. CASTRO VARELA/DHAWAN: 2005: 44f.). Des Weiteren widerspricht sich SAID in Bezug auf das Verhältnis zwischen Orientalismus und Kolonialismus. Er verdeutlicht nicht, ob die wissenschaftliche und literarische Erschließung des Orients der kolonialen vorausging, ob Orientalismus ein konstituierendes Element der kolonialen Aggression war, oder eher ein Effekt davon (vgl. MOORE-GILBERT 2000: [1997]: 41, AHMAD 1994: 181, KENNEDY 2000: 24).

Ein weiterer wichtiger Bezug für SAID sind die Theorien GRAMSCIS. SAID ergänzt FOUCAULTS Vorstellungen von Diskursen mit GRAMSCIS Konzept von Hegemonie, die mittels Kultur im Feld der Zivilgesellschaft gewonnen wird und so politische Herrschaft stützt. Hierbei wird eine Verortung von Macht vorgenommen, die von einer gesellschaftlichen Gruppe oder dem Staat ausgeht, Macht wird als zielgerichtet und von materiellen Interessen bestimmt definiert, was in Widerspruch zu FOUCAULTS Verständnis steht (vgl. MOORE-GILBERT 2000 [1997]: 41).

In Anlehnung an GRAMSCI sieht SAID sich des Weiteren dazu verpflichtet, seine eigene Position, seinen Hintergrund und seinen persönlichen Bezug transparent zu machen. Er weist dafür auf seine Kindheit in Jerusalem und Kairo, sein Studium in den USA sowie auf sein Bewusstsein darüber hin, „orientalisch“ zu sein (vgl. SAID 2003 [1978]: 25ff.). SAID leitet daraus eine besondere Position für sich selbst ab, seine persönlichen Erfahrungen sollen seine Untersuchungen durch Authentizität legitimieren. Hier handelt es sich um eine Argumentation, die SAID anderswo zurückweist (vgl. SAID 2003 [1978]: 322). Auch scheint es SAID möglich zu sein, an Prozessen teilzuhaben, und gleichzeitig dank seines „kritischen Bewusstseins“ eine Beobachterposition außerhalb davon einzunehmen (vgl. SAID 2003 [1978]: 26f.). SAID nimmt dabei beständig die Fähigkeit für sich in Anspruch, von außen auf den westlichen Orientalismus blicken und ein wahrhaftiges Bild davon zeichnen zu können (vgl. MOORE-GILBERT 2000 [1997]: 42). Darüber hinaus bezeichnet sich SAID aufgrund seiner westlichen Bildung als privilegiert,

---

gleichzeitig stellt er seine Erfahrungen als verallgemeinerbar für „orientalische“ Individuen dar (vgl. KENNEDY 2000: 33).

Von Kritiker\_innen wird außerdem vorgebracht, dass SAID nicht darauf eingehen würde, wie Widerstand möglich sein, wie andere, nicht gewaltvolle Formen der Repräsentation und der Wissensproduktion aussehen könnten. Dies wird teilweise durch seinen Bezug auf FOUCAULT erklärt, dessen Theorien eine solche Analyse nicht möglich machen würden (vgl. CASTRO VARELA/DHAWAN: 2005: 42f.).

Eine Variation des Kritikpunktes der fehlenden Berücksichtigung von Widerstand ist der Vorwurf an SAID, diesen zu übersehen, während der westliche Diskurs durchaus Herausforderungen seiner Macht registrierte, und das Repertoire an orientalistischen Repräsentationen entsprechend abwandelte (vgl. MOORE-GILBERT 2000 [1997]: 50).

SAIDS Fokus auf den westlichen Diskurs der Kolonialisierung führt sogar zu einer Reproduktion der vermeintlichen Passivität der Bewohner\_innen kolonialisierter Regionen (KENNEDY 2000: 30). In „Orientalism Reconsidered“ wiederholt SAID noch, dass der Orient der Vorherrschaft des Westens nichts entgegenzusetzen hatte (SAID 1985: 93), Aussagen, die wenig dazu geeignet sind, das Stereotyp des schweigenden Orients zu brechen (vgl. MOORE-GILBERT 2000 [1997]: 51). Auch DIRLIK weist SAIDS diesbezügliche Darstellungen zurück und regt dazu an, Orientalismus als Beziehung [relationship] zu verstehen, was es ermöglicht, nach dem Beitrag orientalischer Selbstrepräsentationen zum Orientalismus zu fragen (vgl. DIRLIK 1998: 108f.).

SAIDS Auslassungen in Bezug auf Geschlechterverhältnisse und Klasse sind ein weiterer Punkt, der oft problematisiert wird.

KENNEDY merkt an, dass SAID zumindest in einigen wenigen Zusammenhängen die Bedeutung der Vergeschlechtlichung des Orientalismuskurses anerkennt und thematisiert. So bezeichnet er eine Begegnung zwischen Gustave FLAUBERT und der ägyptischen Tänzerin Kuchuk HANEM als exemplarisch für das Verhältnis zwischen West und Ost (vgl. KENNEDY 2000:37f., 40, SAID 2003 [1978]: 6). SAID beschreibt dies folgendermaßen:

„He was foreign, comparatively wealthy, male, and these were historical facts of domination that allowed him not only to possess Kuchuk Hanem physically but to speak for her and tell his readers in what ways she was ‚typically Oriental.‘“ (SAID 2003 [1978]: 6)

Über weite Strecken von „Orientalism“ begreift SAID jedoch Orient und Okzident als „man-

made“ (SAID 2003 [1978]: 5), ohne aber den Teil dieser Aussage zu berücksichtigen, der besagt, dass diese Konstrukte Produkte einer männlich geprägten Gesellschaft und ihrer kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen sind (vgl. KENNEDY 2000: 41).

Orientalistinnen bezieht SAID in seine Untersuchungen kaum mit ein, und wenn er es tut, so geht er davon aus, dass sie dem Orient in gleicher Weise gegenüberstanden wie ihre männlichen Kollegen, was für LEWIS folgende Fragen aufwirft:

„[...] how can a Western woman, who is feminized as the symbolic inferior other at home (a placement that is also class-specific), exercise the classificatory gaze over the Orient that Said describes? What access does a white European woman have to the enunciative position of a white superiority that is implicitly male?“ (LEWIS 1996: 18)

KENNEDY macht deutlich, dass die Perspektiven von Orientalistinnen ein breites Spektrum abdecken, das von der Reproduktion klassisch orientalistischer Positionen über selektive Identifikation mit Bewohnerinnen des Orients bis hin zu Kritik an Imperialismus und Patriarchat reicht (vgl. KENNEDY 2000: 40f.). SAID berücksichtigt den Faktor Gender für die Konstitution von Subjektpositionen nicht. Gleiches gilt für den Faktor Klasse, beides trägt zur weiteren Homogenisierung des Orientalismuskurses bei.

Aber auch die Stellung von Frauen als kolonialisierte Subjekte gerät nicht in SAIDS Blickfeld, deren Erfahrungen können jedoch weder mit denen von östlichen Männern noch von westlichen Frauen gleichgesetzt werden<sup>17</sup>. So werden östliche wie westliche Frauen fast vollständig ignoriert, als wären sie nie mit den kolonialen Realitäten in Berührung gekommen (vgl. KENNEDY 2000: 41, 44).

KENNEDY sieht hier eine Parallele zwischen SAIDS Beschreibung des westlichen Blickes auf den Orient und einem männlichen Blick auf ein weibliches Stereotyp, „the East is to the West what the woman is to the man, at least in the conventional view of the man“ (KENNEDY 2000: 41f.). SAID reproduziert hier eine ähnliche Binarität wie jene, die er kritisieren möchte (vgl. KENNEDY 2000: 43).

Viel kritisiert wird weiters SAIDS Rückgriff auf einen Humanismus westlicher Prägung, welchen KENNEDY unter Bezugnahme auf Raymond WILLIAMS folgendermaßen charakterisiert:

„Western humanism can be defined as the set of values and ideas associated with post-Enlightenment ideas of history as ‚secular and progressive human

---

<sup>17</sup> Spivak (1985, 2008) beschäftigt sich mit der Situation von Frauen in kolonialen Kontexten und stellt dar, wie komplex sich diese Aufarbeitung gestaltet, wie wirkungsvoll deren Erfahrungen durch patriarchale Systeme einerseits und imperialistische Diskurse andererseits vereinnahmt wurden.

---

self-development'. As such, it involves an emphasis on the importance of the individual subject and of individual rights such as equality before the law, freedom of expression and freedom to participate in civil society.“ (KENNEDY 2000: 33).

Dieser Wertekanon entstand im Europa des 18. und 19. Jahrhunderts, das von starken sozialen Hierarchien gekennzeichnet war. Er wurde zwar als universell erachtet, de facto wurden diese Rechte jedoch nur dem weißen, männlichen Individuum der Mittel- und Oberklasse zuteil. Abgeleitet wurden sie von der vermeintlich überlegenen Zivilisiertheit westlicher Kultur gegenüber den außereuropäischen Kolonien. Wenn SAID sich also auf humanistische Werte beruft, um den Orientalismus anzugreifen, verweist er paradoxerweise auf ein Wertesystem, das diesen selbst hervorgebracht hat (vgl. AHMAD 1994: 164). So bezeichnet er den Orientalismus auch als „department“ des liberalen Humanismus (vgl. SAID 2003 [1978]: 254). Dennoch hält SAID an seiner oppositionellen Version fest, möchte den Humanismus vom Eurozentrismus, dem imperialistischen Ballast, der Geringschätzung außereuropäischer Kulturen befreien und so zu einem tatsächlich universellen Ideal machen (vgl. KENNEDY 2000: 33f.). CLIFFORD sieht die Widersprüchlichkeit, wonach SAID den Maßstab seiner Kritik jener Tradition entnimmt, die er gleichzeitig angreift, aus einer Situation erwachsen, die SAID selbst als „a generalized condition of homelessness“ (SAID nach CLIFFORD 1988: 275) bezeichnete. CLIFFORD bezieht sich dabei auf SAIDS wechselhafte Lebensumstände, die eine klare Verortung seiner Perspektive verunmöglichen, darüber hinaus arbeitet SAID selbst auf die Auflösung verschiedener Kategorien hin (vgl. CLIFFORD 1988: 275). Die Brüche in SAIDS Arbeit führt CLIFFORD auch darauf zurück, dass das Einnehmen eines kulturellen oder politischen Standpunktes „außerhalb des Okzidents“ zunehmend schwieriger werde, diese müssten daher auch als eine Folge der sich verändernden globalen Situation gesehen werden (CLIFFORD 1988: 11, 256). Abdirahman A. HUSSEIN sieht in SAIDS diesbezüglicher Gespaltenheit eine Zuspitzung, die sich durch sein gesamtes Werk zieht:

„Said's various writings are premised on a prolonged, dramatic confrontation between two opposing attitudes: a deep-seated commitment to secular principles of humanism and an equally deep-seated disillusionment with the profound disparities created in the name of those principles.“ (HUSSEIN 2002: 296)

SAIDS Werk wurde von einer Vielzahl an Wissenschaftler\_innen aufgegriffen, die an verschiedene Aspekte angeschlossen und diese in unterschiedliche Richtungen weiterentwickelten (vgl. KENNEDY 2000: 1, AHMAD 1994: 173). SAID selbst kommentierte dies in einem Nachwort: „*Orientalism*, in almost a Borgesian way, has become several different books“ (SAID 2003 [1978]: 330; Hervorhebung im Original).

### 3.4 Orientalisierung

Obwohl SAIDS Analysen in mancher Hinsicht inkonsistent und einige seiner Aussagen widersprüchlich sein mögen, so gelang es ihm dennoch, die Instrumentalisierung von Repräsentationspolitiken aufzuzeigen und die Verstrickungen zwischen Kulturproduktion und politischen und materiellen Interessen zu verdeutlichen. SAID machte Themenbereiche auf, die in der postkolonialen Theorie bis heute verhandelt werden. Die drängendsten davon drehen sich um die Möglichkeiten gewaltfreier Wissensproduktion und Repräsentation sowie um den Umgang mit Differenz.

Für meine Arbeit ist besonders entscheidend, wie Gruppen durch Texte repräsentiert und konstituiert und wie durch diese Darstellungen Interventionen legitimiert werden. SAID zeigte diese Mechanismen anhand der britischen und französischen Kolonialherrschaft im Orient auf. Inwieweit ähnliche Muster in Bezug auf Roma-Communities im Entwicklungskontext wirken, soll in dieser Arbeit untersucht werden.

Dazu ist es notwendig, den Begriff der „Orientalisierung“ genauer zu bestimmen. SAID spricht fast immer von „Orientalismus“, vergleichsweise lakonisch heißt es zur Orientalisierung: „the Orient was created – or, as I call it, ‚Orientalized‘“ (SAID 2003 [1978]: 5). In meiner Arbeit bevorzuge ich aber den Begriff der Orientalisierung, da er unterstreicht, dass es sich dabei um einen *Prozess* handelt, welcher in Verhältnisse münden kann, die SAID als Orientalismus beschreibt. Nichtsdestoweniger stellt SAIDS Orientalismus den Ausgangspunkt für mich dar, weshalb ich die zentralen Elemente dieses Konzeptes an dieser Stelle noch einmal zusammenfassen möchte.

Ein grundlegendes Moment des von SAID beschriebenen Orientalismus besteht in einem asymmetrischen Machtverhältnis zwischen zwei Gruppen, das den *Einen* ermöglicht, sich in Abgrenzung von Anderen zu konstituieren<sup>18</sup>. Dabei wird durch verschiedene kulturelle und

18 Spivak beschreibt diesen Prozess als „othering“ (Spivak 1985), bei dem die *A/anderen* des kolonialen Diskurses erzeugt werden. Nach Lacan bezeichnet das *andere* das Gegenüber, das dem Selbst ähnlich ist und zur Erkenntnis des Selbst als abgetrenntes Individuum führt, wie dies z.B. bei einem Kind durch die Betrachtung seines Spiegelbildes geschehen kann. Das große *Andere* hingegen konstituiert die Identität des Subjekts und stellt dessen absoluten Referenzpunkt dar. Das Subjekt gewinnt seine Identität durch seine Existenz im Blick des *Anderen*, für ein Kind können Mutter oder Vater dieses *Andere* darstellen (vgl. Ashcroft et al. 1998: 170). Im kolonialen Kontext findet das „othering“ als dialektischer Prozess statt, das heißt, das *andere* und das *Andere* werden parallel konstituiert. Der koloniale Diskurs oder das koloniale Zentrum stellt das *Andere* dar, das die Bedingungen für die Identitätsfindung des *anderen* vorgibt, und den Bezugsrahmen für die Interpretation der Welt bestimmt und außerdem klar in der überlegenen Position ist: „In colonial discourse, the subjectivity of the colonized is continually located in the gaze of the imperial Other“ (Ashcroft et al. 1998: 171).

---

wissenschaftliche Mittel allgemein akzeptiertes, hegemoniales Wissen über die *Anderen* erzeugt. Dieses Wissen ist durch die Wahrnehmungs- und Beschreibungskonventionen der dominanten Gruppe gefiltert und produziert verschiedene Ideen, Vorstellungen, Bilder und Stereotypen, durch welche die *Anderen* festgeschrieben und dadurch als Gruppe definiert werden. Zentral an der daraus entstehenden Vorstellungswelt ist eine angenommene, radikale Differenz zwischen den Gruppen, die eine Grenze zwischen beiden festlegt. Die zugeschriebenen Charakteristika essentialisieren und konstituieren die Gruppen in Abgrenzung voneinander, wobei die *Anderen* hierbei der dominanten Gruppe als Projektionsfläche für Ängste, Begehren und Wünsche, sowie als negatives Gegenbild dienen. Die Gruppe wird dabei auf eine Art und Weise repräsentiert, die Interventionen der dominanten Gruppe legitimiert.

Binäre Oppositionen spielen im Orientalismus, besonders bei der Konstitution von Differenz, eine wichtige Rolle, da sie bei der Produktion von linguistischen und symbolischen Systemen grundlegend zu sein scheinen. Laut Ferdinand DE SAUSSURE erlangen Zeichen nicht durch ihren Bezug zu Objekten eine Bedeutung, sondern durch ihre Differenz von anderen Zeichen, bzw. den Assoziationen, die mit diesem Zeichen in Abgrenzung von anderen einhergehen. Eine binäre Opposition (z.B. Orient-Okzident) stellt die extremste Form der Differenz dar, wobei durch solche Oppositionspaare Uneindeutigkeiten, Überschneidungen und Zwischenräume überdeckt oder unterdrückt, und diese so zu sozialen Tabus werden. Zudem beinhalten diese Oppositionen immer eine dominante Seite, die positiv konnotiert ist, während die andere mit negativen Eigenschaften assoziiert wird (vgl. ASHCROFT et al. 1998: 23f.). Diese Oppositionen verdecken jedoch oft die Komplexität der Beziehung zwischen ihren beiden Polen. Daher ist es wichtig, im Blick zu behalten, dass es sich bei der Idee des Westens, sowie der Idee seiner *Anderen*, um grobe Vereinfachungen handelt, die durch binäre Oppositionen „eine absolut vereinfachte Konzeption von ‚Differenz‘“ erzeugen (vgl. HALL 1994: 140f.).

Wie im Kapitel zur Kritik an SAIDS Orientalismus deutlich wurde, gibt es Anlass dazu, den Orientalismus als wesentlich wandelbarer zu begreifen, als SAID dies vermittelt. Das bedeutet auch, dass die orientalistischen Repräsentationen vielgestaltiger waren und sich Aspekte von Orient und Okzident manchmal weniger frontal gegenüberstanden, als SAID dies beschreibt. Daher möchte ich Orientalisierung als ambivalenten, umkämpften Prozess fassen, der entlang einer „absolut vereinfachte[n] Konzeption von ‚Differenz‘“ (HALL 1994: 140f.) eine dominante

Gruppe und ihre *Anderen* konstituiert. Zu berücksichtigen bleiben Herausforderungen und Neuverhandlungen eines Dominanzverhältnisses, welche zur Abänderung des Repertoires an Darstellungen und Repräsentationen führen. Zu Bedenken sind außerdem unterschiedliche Subjektpositionen innerhalb des Diskurses, die von vielfältigen hierarchischen Verhältnissen betroffen sein können, die sich überlagern und häufig wesentlich komplexer sind als das bipolare Verhältnis, welches SAID beschreibt. Spannungen entstehen darüber hinaus auch durch das einerseits bewusste Vorgehen der dominanten Gruppe, das auf bestimmte politische und/oder materielle Ziele ausgerichtet ist, und andererseits weniger intendierten Aspekten dieses Verhältnisses.

Orientalismus stellt einen Modus dar, mittels dem Gruppenidentitäten sowie die Grenzen und Verhältnisse zwischen diesen Gruppen ausgehandelt werden können. Ungleiche Machtverhältnisse können *einer* Gruppe dabei nicht nur große Definitionsmacht über eine *andere* geben: „to know, to fix the other in discourse is to maintain a far-reaching political control“ (ASHCROFT et al. 1998: 169).

Das folgende Kapitel soll sich nun um die Aushandlungsprozesse drehen, die Identität, Geschichte und die aktuelle Situation von Roma-Communities betreffen, sowie um die Akteur\_innen, die an diesen Vorgängen beteiligt sind.



---

## 4 – Aushandlungsprozesse um die Situation von Roma-Communities

Dieses Kapitel verfolgt zum einen das Ziel, einige jener Felder genauer zu untersuchen, die für die Aushandlungsprozesse um Roma-Communities von Bedeutung sind. Einen ganz entscheidenden Punkt stellt dabei die Frage der Identität(en) von Roma-Communities dar. Diese Frage betrifft jedoch nicht nur die aktuelle Diskussion, in der Geschichtsschreibung und Forschung zu Roma-Communities wurden darauf bereits verschiedene Antworten gegeben. Dass durch das Beschreiben und Erforschen bestimmter Gruppen oder Regionen kein neutrales Wissen generiert wird, zeigte SAID am Beispiel des Orients. Auch die Geschichtsschreibung zu Roma-Communities ist kontextuell geprägt und stellt einen Beitrag zur Identitätskonstitution von Roma-Communities dar, da sie Vorstellungen, Bilder und Stereotypen erzeugte, die tief verwurzelt und auch für die aktuellen Aushandlungsprozesse mitbestimmend sind. Daher werde ich im Folgenden einige grundlegende Überlegungen zur Konstitution von Roma-Identität und der Darstellung der Geschichte von Roma-Communities anstellen (siehe Kapitel 4.1), und anschließend drei schematische Konzeptionen von Roma-Identität vorstellen, die in Diskussionen um Roma-Communities häufig in verschiedenen Varianten auftauchen (siehe Kapitel 4.2). Der dadurch anskizzierte Umgang mit Roma-Communities und ihrer Geschichte lässt außerdem bereits an dieser Stelle punktuelle Parallelen zu SAIDS Orientalismus erkennen, weshalb ich diese kurz aufzeigen möchte (siehe Kapitel 4.3).

Das zweite Ziel dieses Kapitels ist es, die wichtigsten Akteur\_innen vorzustellen, die an den politischen Aushandlungsprozessen zur Situation von Roma-Communities ab Beginn der 1990er Anteil haben (siehe Kapitel 4.4). Dabei soll außerdem verdeutlicht werden, dass die Formen der Geschichtsschreibung und das ihnen zugrundeliegende Identitätsverständnis bis heute bedeutend sind für die Zugänge dieser Akteur\_innen, sowie für die von ihnen geplanten Aktivitäten. Mittels dem Konzept des *framing*, das VERMEERSCH in diesem Kontext fruchtbar macht und das vorgestellt werden wird (VERMEERSCH 2006: 150f.), sollen diese Zusammenhänge schließlich nachvollzogen werden.

---

## 4.1 Problematisierung von Identitätszuschreibungen und Geschichtsdarstellungen

Betrachtet man Texte zur Geschichte von Roma-Communities in Europa, so kann man feststellen, dass hier keineswegs Übereinstimmung herrscht. Vielmehr gibt es verschiedene Darstellungen und Ansätze, die sich beispielsweise mit der Herkunft, den Migrationsbewegungen, der Sprache und Kultur dieser Gruppen befassen. Damit einher geht die Frage, wessen Geschichte hier eigentlich geschrieben wird, und was Roma-Identität ausmacht. Denn es besteht keineswegs Eindeutigkeit darüber, wer als zugehörig angesehen wird. Konkurrierende Identitätskonzepte sind von den jeweils vorherrschenden Denk- und Deutungsschemata abhängig, sind geprägt von dominanten Ideologien und Mustern, durch die Identität erst (re)produziert wird. Die Prozesse und Mechanismen, die hier eine Rolle spielen (z.B. Stereotypisierungen und Kategorisierungen), sind jedoch nicht nur in Bezug auf die Identität von Roma-Communities bestimmend, sondern spielen bei Definitionsprozessen von Gruppen immer eine Rolle (vgl. MAYALL 2004: 276). Asymmetrische Machtverhältnisse, von denen Minderheitengruppen häufig betroffen sind, sind dabei von Bedeutung, da nicht alle Beteiligten in gleichem Maße die Möglichkeit haben, an den Aushandlungsprozessen zu Identität und Geschichtsbild teilzuhaben.

MAYALL stellt zu Beginn seiner Untersuchung zur Konstruktion von Roma-Identitäten die Frage „Wer sind die Roma?“, und er beantwortet sie schließlich folgendermaßen: „[...] they are and have been whoever people have wanted them to be. They have been foreigners, nomads, and both a racial and an ethnic group” (MAYALL 2004: 1, 276). Es ist jedoch wichtig zu bedenken, dass Gruppenidentitäten zwar als komplex, fluide und konstruiert charakterisiert werden können, sie aber dennoch real in ihren Auswirkungen sind. Gruppenidentitäten sind daher nach AHMED et al. als Ergebnis eines Wechselspiels aus Zuschreibung und Identifikation zu betrachten (vgl. AHMED et al. 2007: 231ff.). Dabei spielen einerseits Grenzen, die einer Gruppe von außen auferlegt werden eine Rolle, andererseits aber auch das Selbstverständnis dieser Gruppen, und ihr Umgang mit den auferlegten Grenzen. Das Ergebnis dieser Aushandlungsprozesse kann die Basis für kollektive Identitäten und Mobilisierung darstellen (vgl. MAYALL 2004: 277f.).

Die komplizierte Situation in Bezug auf Roma-Communities ergibt sich aus der parallelen Existenz verschiedener Deutungsschemata, die oft andere Charakteristika und Parameter für Zugehörigkeit vorsehen und von unterschiedlichen Akteur\_innen auf verschiedene Art und Weise reproduziert werden (vgl. MAYALL 2004: 278). Dabei können mehrere vorherrschende, historisch gewachsene Konzeptionen von Roma-Communities unterschieden werden. Vorstellungen zur Identität von Roma-Communities weisen eine starke Kontinuität auf, deshalb möchte ich zunächst noch einige jener Aspekte aufgreifen, die die Geschichtsschreibung von Roma-Communities in Europa prägen. Im Anschluss daran möchte ich auf drei der Konzeptionen von Roma-Identität (siehe Kapitel 4.2) näher eingehen.

Zunächst erweist sich die Quellenlage als nicht ganz einfach. Schriftliche Quellen, die sich mit Roma-Communities auf die verschiedenste Art und Weise beschäftigen, existieren etwa seit dem 16. Jahrhundert. Zwar scheint die Menge dieser Texte sehr groß, allerdings sind darunter nur wenige umfassende, ausführliche Werke. Viel problematischer noch ist jedoch die Tatsache, dass die Qualität vieler dieser Texte stark kritisiert wird. Beanstandet werden neben Romantisierungen, Verallgemeinerungen und der Übernahme von Mythen als Fakten auch die stetige, unkritische Wiederholung der Inhalte vorhergehender Werke, oft in Form von Plagiaten (vgl. MAYALL 2004: 37).

Vor allem frühe Quellen beziehen sich nur auf recht spezifische Aspekte, es handelt sich dabei beispielsweise um gesetzliche Regelungen zu Migration und fahrendem Gewerbe, oder um Melde-, Tauf- und Strafregister (vgl. MAYALL 2004: 42, OKELY 1994a: 1, LUCASSEN 1998b: 146ff.). Diese Verordnungen und Register wurden von staatlichen oder lokalen Behörden erlassen, erstellt und durchgesetzt. Es oblag daher auch diesen Stellen zu definieren, auf welche Gruppen diese Regelungen angewendet wurden, was also eine Roma-Community ausmachte, wer ihr zugehörig war und wie das Verhalten dieser Gruppen zu bewerten und gegebenenfalls zu sanktionieren wäre (vgl. MAYALL 2004: 43).

LUCASSEN stellt fest: „it has to be realized that the lower classes only appeared in the sources when they were seen as a problem“ (FINZSCH zitiert nach LUCASSEN 1998b: 138). Bei der Auswertung von Strafregistern kam es jedoch zu problematischen Verallgemeinerungen, da deren Ergebnisse als gültig für Roma-Communities und wandernde Gruppen generell betrachtet wurden, was zur Bildung negativer Stereotype beitrug (LUCASSEN 1998b: 138).

---

Weiteres Quellenmaterial stellen verschiedene literarische Formen dar, wie z.B. die „rogue literature“, die sich mit Kriminellen und der Unterwelt beschäftigt, (MAYALL 2004: 37, 41, LUCASSEN 1998b: 138), die oft auch exotisierende Elemente mit einbringen (OKELY 1994a: 2). Judith OKELY merkt zum Umgang mit Quellen an: „Whether legalistic or exotic, all of the non-Gypsy records and representations can be treated as artefacts to decipher“ (OKELY 1994a: 2).

OKELY spricht hier noch einen zweiten wichtigen Punkt an. Diese Beiträge zur Geschichte von Roma-Communities wurden praktisch alle von Nicht-Angehörigen von Roma-Communities verfasst, geben also eine Außenperspektive wieder. Dies gilt auch für spätere Quellen, wie z.B. für die Untersuchungen der Volkskundler\_innen der 1888 gegründeten Gypsy Lore Society. Das Fehlen von ‚authentischen‘ Quellen wurde von ihnen als Manko bewertet, das durch ihre Pionier\_innenarbeit in der Feldforschung, durch das zeitweilige Leben mit Roma-Communities, ausgeglichen werden sollte (vgl. MAYALL 2004: 37f.). Die Praxis der Feldforschung wirft viele Fragen auf, wie z.B. nach der Ethik dieses Vorgehens, nach methodischen Aspekten, der Position der/des Feldforschenden oder der Aussagekraft der Ergebnisse. Dennoch basieren viele Arbeiten (auch aus jüngerer Zeit), die sich mit Roma-Communities beschäftigen, auf dieser Methode.<sup>19</sup>

Ein weiterer Punkt, der bei der Betrachtung der Geschichtsschreibung zu Roma-Communities berücksichtigt werden muss, sind die Zusammenhänge, in die Roma-Communities dabei durch Wissenschaftler\_innen gestellt werden. Annemarie COTTAAR, Leo LUCASSEN und Wim WILLEMS identifizieren zwei Paradigmen, welche die Perspektive vieler Geschichtsschreibungen zu Roma-Communities bestimmen. Einerseits nennen sie den Themenkomplex Kriminalität, Marginalisierung und Armut, andererseits das Narrativ einer gemeinsamen ethnischen Identität und einer gemeinsamen (nämlich indischen) Herkunft aller Roma-Communities<sup>20</sup> (vgl. COTTAAR et al. 1998: 2ff.). Ist der Blickwinkel auf diese Art und Weise definiert, werden Bereiche wie die sozioökonomischen Funktionen von Roma-Communities oder die große Heterogenität dieser Gruppen ausgeblendet.

MAYALL wie WILLEMS kritisieren des Weiteren die Isolation, in der sich die sogenannten ‚Gypsy studies‘ (auch ‚Gypsyology‘ oder ‚Tsiganology‘, in jüngerer Zeit ‚Romani studies‘)<sup>21</sup> sehr lange

---

19 Siehe z.B. Casa-Nova 2007, Gay y Blasco 1999, Lemon 2000. Für eine Reflexion siehe Okely 1999: Writing Anthropology in Europe: an Example from Gypsy Research. In: Folk 41. S.55-75.

20 Die Entstehung dieses Narratives wird im nächsten Kapitel noch thematisiert werden.

21 Mayall kommentiert: „Such labels as ‚Gypsy studies‘ and ‚Gypsyologists‘ serve the purpose of conveying a degree of academic respectability and purpose to an area which has largely operated on the fringes of mainstream academic activity.“ (Mayall 2004: 23). Bereits im 19. Jahrhundert riefen „Gypsyologists“ dazu auf, der Marginalisierung der Gypsy studies entgegenzuwirken. Nach Mayalls Einschätzung wurden die Perspektiven in diesem Feld jedoch erst in den letzten Jahrzehnten diverser und berücksichtigten auch weiter gefasste Fragestellungen und unterschiedliche Disziplinen (Mayall 2004: 23, 25).

befunden haben. Diese führte zu einer sehr engen und oft ahistorischen Perspektive, bei der politische wie soziale Kontexte kaum Berücksichtigung fanden (vgl. MAYALL 2004: 23ff., WILLEMS 1998: 17f.). Um ein vollständigeres Bild über die geschichtlichen Lebensrealitäten verschiedener Roma-Communities zu bekommen, sind nach Ansicht von LUCASSEN die Erschließung alternativer Quellen und die kritische Aufarbeitung existierender Quellen und Geschichtsschreibungen notwendig (vgl. LUCASSEN 1998b: 146ff.).<sup>22</sup>

Diese Ausführungen zur Geschichtsschreibung über Roma-Communities zeigen, dass jeweils verschiedene Akteur\_innen beträchtliche Definitionsmacht innehatten, was die Konstituierung von Roma-Communities als Gruppe anging. Staatliche Behörden übten diese durch Verordnungen und Regelungen aus, lokale Behörden durch deren Umsetzung. Betreiber\_innen der Gypsy Studies und Schriftsteller\_innen hatten durch ihre Untersuchungen und Darstellungen Einfluss, die Geschichtsschreibung prägte durch die Auswertung, Interpretation und Kontextualisierung von Quellen.

Eine Gemeinsamkeit vieler der Texte, die sich mit Roma-Communities auseinandersetzen, stellt der Versuch dar, anhand von Themen wie gemeinsamer Sprache, ethnischer Identität oder der Erfahrung von Verfolgung und Diskriminierung eine Kontinuität in ihrer Geschichte herzustellen (vgl. WILLEMS 1998: 17ff.). Solchen Darstellungen liegt meist die Wahrnehmung von Roma-Communities als einer objektiv definierbaren, feststehenden Gruppe zugrunde, deren Identität anhand spezifischer Charakteristika bestimmbar ist (vgl. VERMEERSCH 2006: 13). Das Festhalten an der Annahme, dass Roma-Communities ein Volk mit bestimmten, definierbaren Besonderheiten wären, ist nach WILLEMS einer der Hauptgründe dafür, dass sich weder an der

<sup>22</sup> Lucassen (1998a) bezieht in seiner Darstellung der Geschichte von Roma-Communities in Westeuropa beispielsweise Faktoren mit ein, die üblicherweise eher vernachlässigt werden. Er fragt danach, wie es zu anhaltenden repressiven Verfahrensweisen und Stigmatisierungen gegenüber Roma-Communities kommen konnte, und untersucht dabei neben Verhalten und Maßnahmen staatlicher Obrigkeiten im Zusammenhang mit spezifischen Ausformungen von Staatlichkeit auch die Funktion von Migration für den Arbeitsmarkt, sowie die Organisation der Armenfürsorge.

Ein weiterer Artikel Lucassens (1998c) beschäftigt sich mit den sozioökonomischen Aktivitäten von Roma-Communities und Fahrenden. Er kann dabei zeigen, dass diese oft in Nischenökonomien tätig waren und im Laufe der Zeit ihre Beschäftigungsfelder je nach Gegebenheiten veränderten.

Fragestellungen wie diese zeigen, wie andere Blickwinkel Informationen zutage fördern, die die üblicherweise reproduzierten Perspektiven infrage stellen.

Als Beispiele aus dem österreichischen Kontext sind das Interview-Projekt „Mri Historija. Lebensgeschichten burgenländischer Roma“ des Roma-Service in Wien (Online zu finden unter: <http://www.roma-service.at/mrihist-ausgaben.shtml>) zu nennen, ebenso wie die entstehende Dissertation von Wolfgang Goederle, die die Aushandlungsprozesse von „gypsiness“ in den administrativen Diskursen der Habsburger Monarchie behandeln wird (zitiert nach seinem Vortrag im Rahmen der Jahrestagung der Gypsy Lore Society im September 2011 in Graz).

---

Vorstellung von Roma-Communities selbst noch am Bild ihrer Geschichte wesentliche Veränderungen ergeben haben (vgl. WILLEMS 1998: 19). Denn die Argumentationsmuster vieler Perspektiven können bis in die Gegenwart und die aktuelle Diskussion verfolgt werden:

„For anyone surveying the history of Gypsy studies, it is striking that practically all perspectives which have been developed still persist, each way of thinking with its own history and a strong claim to a right to exist.”  
(WILLEMS 1998: 32)

Wie bereits erwähnt, können in der Geschichtsschreibung über Roma-Communities verschiedene dominante Konzeptionen von Roma-Identität unterschieden werden. Drei davon sollen im Folgenden beschrieben werden, wobei jedoch zu bedenken ist, dass es sich hierbei um eine schematische Darstellung handelt.

## 4.2 Konzeptionen von Roma-Identität

Eine erste Konzeption wird von MAYALL als „**racial**“ (MAYALL 2004: 5) bezeichnet und fokussiert auf biologische Verwandtschaftsverhältnisse. Als entscheidende Charakteristika, die Roma-Communities vor dem Hintergrund der Annahme ihrer indischen Herkunft von der restlichen Bevölkerung unterscheiden, gelten hier „peculiar attitudes and behaviour“ (MAYALL 2004: 6), vererbte äußerliche Eigenschaften wie dunkle Haar- und Hautfarbe, außerdem eine als unveränderlich verstandene spezifische Kultur und Lebensweise. Einem nomadischen Lebensstil kommt hier besondere Bedeutung zu, und es wird der Eindruck vermittelt, dass dieser „im Blut“ liegen würde. Kennzeichnend für diese Konzeption ist ein statisches Bild der Gruppe, deren Eigenschaften durch Vererbung weitergegeben werden (vgl. MAYALL 2004: 6).

Eine der wichtigsten Figuren bei der Begründung dieser Perspektive war der deutsche Historiker Heinrich GRELLMANN (1753-1804). Bis ins 18. Jahrhundert galten Roma-Communities als eine Art Untergruppe der Vagabundierenden, bis GRELLMANN anhand 1783 erschienener linguistischer Studien zu beweisen versuchte, dass sie ursprünglich aus Indien nach Europa migriert waren und daher eine gemeinsame ethnische Identität besitzen würden. GRELLMANN meinte gemeinsame Eigenschaften der Gruppen zu erkennen, die sich von ihrer Umgebung durch Charakteristika wie den nomadischen Lebensstil, ihre „Fremdheit“ sowie ihre Ungläubigkeit unterschieden, wie er argumentierte (vgl. WILLEMS 1998: 19f., MAYALL 2004: 152f.). Obwohl diese Gruppen in

verschiedenen Regionen mit unterschiedlichen Namen belegt wurden, fasste GRELLMANN sie alle unter der Bezeichnung „Zigeuner“ zusammen. GRELLMANNs methodisches Vorgehen wird heftig kritisiert, sein Vorhaben schien davon geleitet, ein einheitliches, klares Bild von Roma-Communities als einer ethnischen Gruppe mit gemeinsamer Herkunft zu zeichnen, wozu er verschiedenste Informationen sammelte und entsprechend strukturierte (vgl. WILLEMS 1998: 20f.). Dennoch erwies sich GRELLMANNs Ansatz als sehr einflussreich, WILLEMS schätzt ihn als maßgebend für die nächsten beiden Jahrhunderte ein und schreibt:

„What took place was not the historical retrieval of knowledge which had been lost, but the synthesis of different approaches and the creation of unity in ways of thinking about diverse population groups.” (WILLEMS 1998: 20)

GRELLMANN schien mit seiner Analyse den Nerv seiner Zeit getroffen zu haben. Zum Einen stillte er das Informationsbedürfnis einer Öffentlichkeit, die beispielsweise durch Repräsentationen von Roma-Communities in Literatur und Kunst, oder durch Vorwürfe des Kannibalismus und der folgenden ausgiebigen Berichterstattung über die Gerichtsverfahren zu den wildesten, zwischen Faszination und Abscheu schwankenden, Spekulationen angeregt wurde. Zum Anderen war die Suche nach einer nationalen Vergangenheit ein wichtiges Thema dieser Zeit. Durch Johann Gottfried HERDER entstand die Vorstellung eines Nationalgeistes, der einem Volk innewohnen würde (vgl. MAYALL 2004: 14, Fußnote 2, WILLEMS 1998: 23). Roma-Communities als ein Volk mit einer zugehörigen Sprache und einem (wenn auch fernen und verlassenen) Heimatland zu versehen, entsprach also auch dem herrschenden Zeitgeist (vgl. WILLEMS 1998: 22f.).

Von GRELLMANNs Zugang und Konzeption geprägt waren zunächst auch die bereits erwähnten Volkskundler\_innen der 1888 gegründeten (und bis heute bestehenden) Gypsy Lore Society (vgl. WILLEMS 1998: 24ff., VERMEERSCH 2006: 14). In der zugehörigen Zeitschrift wurden Ethnographien publiziert, welche auf den Beobachtungen basierten, die von Forscher\_innen im Feld gemacht wurden. Diese Texte waren nun auf tatsächlichen Beobachtungen gegründet, was jedoch nicht zu einer Relativierung der Aussagen GRELLMANNs führte. Vielmehr wurde das klare, eindeutige Bild, das er von Roma-Communities vermittelte, als Maßstab herangezogen. Dass sich die verschiedenen Gruppen, die als Studienobjekte dienten, davon unterschieden, führte zu der Annahme, dass die „authentischen“ Roma-Communities, die nur aus der Literatur bekannt waren, so nicht mehr oder kaum mehr existierten. Dies spornte die Unternehmungen zur Suche nach Authentizität umso mehr an (vgl. WILLEMS 1998: 24f.).

In den 1930ern führte die zunehmende Biologisierung der Diskussion dazu, dass „echte Zigeuner“ aufgrund ihres Erbguts als minderwertig eingestuft wurden. Ein „Gen der

---

Heimatlosigkeit“ wurde ausgemacht, das durch die „Vermischung“ mit den Genen Sesshafter noch an kriminellem und asozialem Potential gewinnen würde (vgl. WILLEMS 1998: 26). Insbesondere die Untersuchungen des Jugendpsychiaters und Kriminalbiologen Robert RITTER hatten bei der Stärkung dieser Position großen Einfluss. Dessen Versuche der Kategorisierung führten jedoch eigentlich vor Augen, dass eine klare Zuordnung nicht möglich, und der Großteil der Bevölkerung nach seinem Schema in vage definierte Subkategorien einzuordnen wäre. RITTERS Untersuchungen bildeten dennoch einen Ausgangspunkt für die Feststellung der „Rassenzugehörigkeit“, auf Basis derer in der Zeit des Nationalsozialismus die Selektion jener Menschen erfolgte, die aufgrund der „Verunreinigung der Rasse“ in Konzentrationslager geschickt und ermordet wurden (vgl. WILLEMS 1998: 29).<sup>23</sup>

Trotz weitgehender Diskreditierung von biologischem Determinismus und des Konzepts von Rassen erweist sich die Sichtweise von Roma-Communities als genetisch „andersartig“ als überraschend langlebig. Auch in der wissenschaftlichen Literatur ist sie noch nicht völlig verschwunden (vgl. VERMEERSCH 2006: 16f., MAYALL 2004: 6).

Die zweite, nach Mayall als „**ethnic/racial**“ (MAYALL 2004: 7) bezeichnete Konzeption ist der ersten ähnlich, wie bei dieser gelten indische Herkunft, eigene Kultur und Sprache als wichtigste Eigenschaften von Roma-Communities. Allerdings wird keine statische Differenz zum Rest der Gesellschaft angenommen, dies betrifft vor allem physische und kulturelle Charakteristika. Diese Konzeption steht häufig im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Roma-Communities als ethnischer Minderheit mit transnationaler Identität, die auch ein gewisses Maß an Heterogenität innerhalb der Gruppe zulässt (MAYALL 2004: 7).

Nach verschiedenen Varianten dieser Perspektive wird entweder angenommen, dass Kultur und Traditionen aus Indien mitgebracht, oder dass sie auch (teilweise) erst im Laufe der Wanderung in Interaktion mit den Bewohner\_innen verschiedener Gastländer entstanden wären (vgl. MAYALL 2004: 230). Die letztere Auffassung wird manchmal auch als Erklärungsansatz für die teils großen kulturellen Unterschiede zwischen verschiedenen Roma-Communities herangezogen (vgl. GUY 2001: XIV).

Ein weiterer wichtiger Punkt, der nach dieser Konzeption als prägend für Roma-Identität angesehen wird, ist die Erfahrung von Unterdrückung und Verfolgung, die als allgegenwärtig beschrieben wird. Eine ganze Reihe einflussreicher Vertreter\_innen der Gypsy Studies vertritt

---

<sup>23</sup> Zur Auseinandersetzung mit der Verfolgung von Roma-Communities im Nationalsozialismus siehe z.B.: Lewy (1999), Margalit (2000) oder Milton (1991).

diese Position, wie z.B. Donald KENRICK, Angus FRASER, Ian HANCOCK oder Thomas ACTON (MAYALL 2004: 7). Diese Konzeption von Roma-Communities als einer ethnischen Gruppe auf Basis einer gemeinsamen Herkunft erwies sich als sehr wirkmächtig, sie fungierte auch als eine der wichtigsten Mobilisierungsstrategien von Roma-Aktivist\_innen (MAYALL 2004: 207f., OKELY 1994a: 13). Im Laufe dieses Kapitels werde ich darauf noch zurückkommen.

Eine dritte und an dieser Stelle letzte<sup>24</sup> Konzeption bezeichnet MAYALL als „**ethnic/cultural**“ (MAYALL 2004: 7). Als eine der wichtigsten Vertreter\_innen gilt Judith OKELY. Sie kritisiert an den auf gemeinsamer Herkunft basierenden Identitätskonzeptionen, dass sich diese stark auf linguistische Studien stützen, was nur einen sehr dürftigen Hinweis auf eine gemeinsame Identität bieten würde. OKELY argumentiert, dass Sprache auch weitergegeben werden und daher „reisen“ kann, und deshalb nicht unbedingt davon auszugehen ist, dass die Sprecher\_innen dieser Sprache gereist sind (vgl. VERMEERSCH 2006: 14). Sie bestreitet nicht die Möglichkeit, dass Gruppen aus Indien nach Europa gewandert sein könnten, kritisiert jedoch die Auffassung, dass alle „authentischen“ Angehörigen von Roma-Communities als Nachkommen einer indischen Diaspora anzusehen wären:

„[...] the tendency to take the diaspora perspective for granted unnecessarily puts a large number of different people under the same category and sets them apart from European culture – in other words, it ‚exotizes‘ them.“ (VERMEERSCH 2006: 14).

OKELY problematisiert des Weiteren, dass meist Kriterien für Zugehörigkeit von außen an die Gruppen herangetragen werden, und identifiziert aufgrund ihrer Erfahrungen bei Feldstudien nomadische Abstammung als wichtigstes Kriterium, welches für Roma-Communities selbst den Ausschlag geben würde, wobei auch andere Punkte wie berufliche Selbständigkeit, Romanes-Kenntnisse oder bestimmte kulturelle Aspekte eine Rolle spielen würden. Nomadischer Lebensweise wird hier hohe Priorität zugesprochen, gleichzeitig gelten Roma-Communities als Ethnie, die sich kulturell von der Mehrheitsgesellschaft unterscheidet (MAYALL 2004: 7).

Diese drei Konzeptionen sollen einen Eindruck von der Komplexität der Debatte um Roma-Identität vermitteln, es handelt sich dabei jedoch nur um eine grobe Typologisierung. In wissenschaftlichen Arbeiten wie in Politik und Medien finden sich variierende Zugänge, die sich

---

24 Mayall beschreibt noch eine weitere Konzeption, für die das Charakteristikum des Nomadismus vorrangige Bedeutung hat (Mayall 2004: 6). Meiner Ansicht nach ist dieses Verständnis insbesondere im Kontext Großbritanniens von Bedeutung, weshalb ich es hier nicht genauer erläutern möchte.

---

auch in Bezug auf die Vorstellungen grundlegender Konzepte wie beispielsweise „Ethnie“ oder „Nomadismus“ unterscheiden können (MAYALL 2004: 8ff).

Diese große Heterogenität an Zugängen wirft auch die Frage auf, warum bestimmte Konzeptionen (oder Teile davon) in bestimmten Zusammenhängen verwendet werden. Vor allem in politischen Kontexten ist dies von großer Bedeutung, da es dabei auch um die Argumentation und Legitimation von Strategien und Maßnahmen geht. Bevor ich auf solche Zusammenhänge näher eingehe, möchte ich auf SAID zurückkommen und einige Parallelen zwischen seinem Konzept des Orientalismus und der Wissensproduktion über Roma-Communities verdeutlichen. Diese Ähnlichkeiten können erste Hinweise auf vergleichbare Muster im Umgang mit Roma-Communities und dem Orient geben.

#### **4.3 Punktuelle Parallelen zwischen einer Wissensproduktion über Roma-Communities und Orientalismus**

Ein Vergleich zwischen SAIDS Orientalismus und der Wissensproduktion zu Roma-Communities kann an dieser Stelle nur skizzenhaft erfolgen, da dazu eine ausführliche Auseinandersetzung mit Primärquellen zur Geschichte von Roma-Communities notwendig wäre. Dennoch ist es möglich, auch anhand der verwendeten Literatur einige punktuelle Parallelen aufzuzeigen.

Eine Parallele besteht zunächst darin, dass sowohl der Orient als auch Roma-Communities zum Gegenstand der Betrachtungen westlicher Wissenschaftler\_innen, Schriftsteller\_innen und Historiker\_innen wurden. Diese befanden sich in einer Situation, die es ihnen ermöglichte, über Orte und Gruppen zu schreiben und gleichzeitig die wesentlichen Parameter, die künftig für deren Erörterung heranzuziehen waren, vorzugeben.

Von Bedeutung sind dabei Texte, die bereits vorhandenes Wissen, existierende Vorstellungen, Assoziationen und Bilder strukturieren und die durch vermeintliche Wissenschaftlichkeit und Objektivität Autorität gewinnen. WILLEMS bezeichnet die schon erwähnte 1783 erschienene Arbeit GRELLMANNs zum Nachweis der indischen Herkunft von Roma-Communities in Anlehnung an SAID als einen solchen „authoritative text“, der so großen Einfluss hatte, dass er bis heute zitiert wird (WILLEMS 1998: 20). WILLEMS setzt der Interpretation, dass GRELLMANN Roma-

Communities ihre ursprüngliche ethnische Identität wiedergegeben hätte, entgegen: „There are, however, also indications that it was far more a matter of his constructing a Gypsy identity which, as such, had not previously existed.“ (WILLEMS 1998: 20). Wie stark die Wirkung solcher Texte wie jenem von GRELLMANN war, zeigte sich auch daran, wie die Volkskundler\_innen der Gypsy Lore Society in den frühen Zeiten dieser Gesellschaft damit umgingen. Bei der Konfrontation ihrer von GRELLMANN geprägten Vorstellungen mit den Erfahrungen, die sie bei der Feldforschung machten, galten ihnen GRELLMANN'S Beschreibungen als Maßstab für die Authentizität von Roma-Communities (vgl. WILLEMS: 1998: 25). Hier lässt sich beobachten, was SAID als „textual attitude“ (vgl. SAID 2003 [1978]: 92, siehe Kapitel 3.2) bezeichnet. Diese ist dadurch charakterisiert, dass kohärenten, schriftlichen Darstellungen höhere Glaubwürdigkeit eingeräumt wird als den eigenen, widersprüchlichen Erfahrungen. Die textlichen Repräsentationen entwickeln dadurch eine Eigendynamik (vgl. SAID 2003 [1978]: 93f.). Diese hat die stetige Reproduktion der immer gleichen Inhalte und Argumentationsmuster zur Folge, die außerdem voraussetzt, dass es sich bei den Gegenständen, von denen die Rede ist, um statische, ahistorische Einheiten handelt. Eine solche Beständigkeit der Zuschreibungen und Repräsentationen beobachtet WILLEMS und erklärt sie unter Bezugnahme auf SAID durch die hegemoniale Position westlicher Wissenschaft (WILLEMS 1998: 30f.).

Angehörige von Roma-Communities hatten kaum Möglichkeit, an diesem Diskurs teilzuhaben, ebenso wie die Bewohner\_innen des Orients. Ausgeschlossen von der Mitsprache waren allerdings auch noch andere Gruppen, insbesondere der wissenschaftliche Diskurs war lange Zeit männlichen Individuen höherer sozialer Schichten vorbehalten. Eigenperspektiven von Roma-Communities und ihre Zugänge zu Geschichte fanden daher nur stark gebrochen durch die Dynamiken der Feldforschung Eingang.

Im Gegensatz zu SAID, der nichts zum Umgang von Menschen aus dem Orient mit den orientalistischen Repräsentationen schreibt und dadurch den Eindruck vermittelt, sie wären diesen passiv ausgeliefert, dokumentiert OKELY beispielsweise jedoch auch die Aneignung dominanter Repräsentationen durch manche Roma-Communities. Der Status, einer „echten“, „exotischen“ Roma-Community zugehörig zu sein, konnte unter Umständen von Vorteil sein (OKELY 1994a: 10f.). Auch im Zuge der Internationalisierung der Anliegen von Roma-Communities erfolgte eine Aneignung der Auffassung von Roma-Communities als einem Volk mit gemeinsamer indischer Herkunft (siehe unten und Kapitel 4.4). Es ist zu vermuten, dass Roma-Communities verschiedene Strategien entwickelten, mit Zuschreibungen umzugehen, sie

---

diesen also nicht ausschließlich passiv gegenüberstanden. So berichten Claudia LICHNOFSKY und Sofiya ZAHOVA beispielsweise vom flexiblen Umgang mit den Labels „Roma“, „Ashkali“ und „Egyptian“ im Kosovo und in Montenegro, die im Kontext des Balkankonfliktes und den aktuellen politischen Folgen gesehen werden müssen.<sup>25</sup>

Immer wieder wird deutlich, dass Roma-Communities als *anders* oder *fremd* wahrgenommen und dargestellt werden. Bei allen der drei vorgestellten Identitätskonzeptionen spielt Differenz eine wichtige Rolle, wenn diese auch jeweils unterschiedlich bestimmt wird. Besonders wichtige Elemente scheinen dabei eine nomadische Lebensweise sowie die Annahme einer indischen Herkunft zu sein. Letztere ist ein deutliches Beispiel für die Exotisierung von Roma-Communities (VERMEERSCH 2006: 14), und weist ihnen sogar eine orientalische Abstammung zu. Dies könnte mit Bezug auf Said als ein Zurechtrücken der imaginativen Geographie interpretiert werden, indem Gruppen, die als *fremd* und *anders* wahrgenommen werden, die jedoch unmittelbar in der *eigenen* Sphäre zu finden sind, mit einer *fremden* Herkunft versehen werden. Die Tendenz, Roma-Communities mit Benennungen zu belegen, die auf eine Herkunft hinweisen, die von ihrem jeweiligen Aufenthaltsort abweicht, wird auch in Bezeichnungen wie „Egyptians“, „Bohemians“ oder „Tartaren“ deutlich (OKELY 1994b: 63).

Eine detailliertere, beispielhafte Analyse zur Konstitution von Differenz soll jedoch in Kapitel 6 anhand des ausgewählten Materialkorpus vorgenommen werden.

COTTAAR, WILLEMS und LUCASSEN sowie OKELY gehören zu den wenigen Wissenschaftler\_innen, die sich mit Roma-Communities beschäftigen, die die Konstruiertheit dieser Gruppenidentität betonen und eine gemeinsame indische Herkunft kritisch thematisieren und in Frage stellen.

Auch in kolonialen Kontexten entstanden im Zuge der Dekolonialisierungsprozesse Gegenerzählungen, die das dominante Geschichtsbild herausforderten. Im Zusammenhang der Roma-Communities scheinen geschichtliche Darstellungen jedoch kaum in Zweifel gezogen zu werden, viele Aktivist\_innen eignen sich hingegen das Narrativ einer gemeinsamen Herkunft eines Volkes an und verwenden es als politische Strategie (WILLEMS 1998: 34, siehe Kapitel 4.4). Hier könnte eine Parallele zu nationalistischen Strategien gezogen werden, die im Prozess der Dekolonialisierung orientalischer Länder verfolgt wurden, und die Said kritisch betrachtete.

---

25 Sinngemäß zitiert aus den Vorträgen von Claudia Lichnofsky: „Ashkali and Egyptians: two terms – same people?“ sowie Sofiya Zahova: „Identity in construction: the RAE (Roma, Ashkali, Egyptians) population issue in Montenegro today“, beide gehalten im Rahmen der Jahrestagung der Gypsy Lore Society im September 2011 in Graz.

Zwar würde diesen Strategien im Zuge der Erlangung von Unabhängigkeit eine wichtige Rolle zukommen, die Kluft zwischen Ost und West könnte durch sie jedoch vertieft werden (MOORE-GILBERT 2000: 65).

Eine weitere Parallele zwischen Saids Aufzeichnungen zum Orientalismus und der Erforschung von Roma-Communities bezieht sich auf die Rechtfertigung von Interventionen der dominanten Gruppe durch die Art und Weise, wie der Orient oder die Roma-Communities repräsentiert werden. Verschiedene Identitätskonzeptionen von Roma-Communities produzieren Repräsentationen, die in politischen Kontexten zu bestimmten Problemwahrnehmungen führen, die unterschiedliche Lösungsansätze implizieren. Um diese Zusammenhänge, die wichtigsten Akteur\_innen dieses Prozesses sowie ihre unterschiedlichen Argumentationslinien soll sich das nächste Kapitel drehen.

#### **4.4 Akteur\_innengruppen**

Folgende Akteur\_innen haben seit den 1990ern die politischen Aushandlungsprozesse um die Situation von Roma-Communities in Europa entscheidend geprägt und mitbestimmt:

- Roma-Aktivist\_innen, die in lokalen, nationalen und internationalen NROs, Parteien und Beiräten organisiert sind<sup>26</sup>
- internationale staatliche Organisationen, wie EU, OSZE oder Europarat
- ein Netzwerk bestehend aus transnationalen *advocacy groups*
- Nationalstaaten
- Wissenschaft
- Medien.

Auf die ersten drei dieser Akteur\_innen soll im Folgenden genauer eingegangen werden. In Kapitel 4.1 und 4.2 wurden darüber hinaus bereits wichtige Aspekte wissenschaftlicher

---

26 Vermeersch spricht von „Romani movement“ (2006), da die beteiligten Akteur\_innen jedoch sehr unterschiedliche Ziele und Strategien verfolgen sowie verschiedene Organisationsformen aufweisen, scheint die Charakterisierung als „Bewegung“ nicht ganz angemessen. Márton Rövid wies in seinem Vortrag „The pro-Roma global civil society: acting out for, with or instead of Roma?“ diese Bezeichnung zurück und sprach stattdessen von Roma-Aktivismus und Roma-Aktivist\_innen (Vortrag gehalten im Rahmen der Jahrestagung der Gypsy Lore Society im September 2011 in Graz), was ich in dieser Arbeit ebenso halten werde.

---

Perspektiven auf Roma-Communities behandelt, die Einfluss auf die Zugänge der genannten Akteur\_innen haben. Die Bedeutung, die den Medien zukommt, kann an dieser Stelle jedoch nicht explizit miteinbezogen werden, da eine Betrachtung der europäischen Medienlandschaft die Möglichkeiten dieser Arbeit übersteigt. Nicht berücksichtigt werden darüber hinaus die Nationalstaaten, da deren Politik im Zusammenhang mit Roma-Communities jeweils von einer Vielzahl an historischen, sozialen und ökonomischen Faktoren beeinflusst wird, deren Betrachtung im Rahmen dieser Arbeit ebenfalls nicht möglich ist.

Bevor ich jedoch auf die einzelnen Gruppen zu sprechen komme, möchte ich noch einige der wichtigsten Argumentationslinien, die für das (Selbst)Verständnis und das Engagement vieler der Akteur\_innen wichtig sind, erläutern.

In seiner umfassenden Analyse des Roma-Aktivismus in Zentraleuropa gelingt es VERMEERSCH (2006), die Dynamiken zwischen verschiedenen beteiligten Gruppen und Organisationen sowie zwischen diesen und der nationalen und internationalen Ebene darzustellen. Dabei wird deutlich, wie verschiedene Verständnisse von Roma-Identität und unterschiedliche Problemwahrnehmungen oder Interpretationen von Ereignissen zu verschiedenen Strategien und Lösungsansätzen führen, die bestimmte Allianzen zwischen Akteur\_innen ermöglichen. Da diese systematische Bearbeitung des Themas meines Wissens einzigartig ist und einen sehr guten Einblick bietet, möchte ich darauf ausführlicher eingehen.

Als theoretisches Werkzeug verwendet VERMEERSCH das Konzept des *framing*, das er anschließend an KOOPMANS und STATHAM folgendermaßen beschreibt:

„opportunities, interests, discontent, resources, etc. are not simply ‚out there‘ in the external world, but have to be cognitively perceived, constructed, defined, communicated, and mediated into public discourse, that is, ‚framed‘ to become a basis for collective action“ (KOOPMANS/STATHAM zitiert nach VERMEERSCH 2006: 150)

Soziale Bewegungen basieren auf bestimmten Deutungen von Ereignissen, die Probleme definieren, dessen Ursachen identifizieren und entsprechende Strategien zur Lösung dieser Probleme aufzeigen. Eine der Hauptaktivitäten sozialer Bewegungen besteht darin, Deutungen und Bedeutungen zu etablieren, Interessen, Problemstellungen und Zielgruppen zu definieren, Aufmerksamkeit dafür zu wecken, Verständnis in der Öffentlichkeit zu gewinnen und gleichzeitig eine Anhänger\_innenschaft zu mobilisieren (vgl. BENFORD/SNOW 2000: 614f., VERMEERSCH 2006: 150). *Identity framing* bezeichnet den Prozess, der eine Zielgruppe definiert,

die mobilisiert werden soll, es werden also auf Basis bestimmter Kriterien Grenzen festgelegt, die eine kollektive Identität erzeugen sollen. Durch *problem framing* hingegen werden Problemstellungen definiert, wobei hier nicht nur politische Entscheidungsträger\_innen als Akteur\_innen definiert werden, sondern auch Aktivist\_innen sozialer Bewegungen oder die Medien eine Rolle spielen (vgl. VERMEERSCH 2006: 150f.).

Erfolgreiche Mobilisierung besteht also in der Darstellung eines Problems auf eine Art und Weise, die potentielle Unterstützer\_innen aufmerksam macht, nach kollektiver Intervention zu dessen Lösung verlangt, und zudem *counterframing* durch andere Akteur\_innen miteinbezieht (vgl. VERMEERSCH 2006: 150f.).

Verschiedene Formen von *framing* und *counterframing* schöpfen oft aus ähnlichen Argumentationslinien. Die *framing*-Strategien, die innerhalb des Diskurses um Roma-Communities am häufigsten verwendet werden, sollen im Folgenden betrachtet werden. Auch diese Unterteilung ist jedoch als ein vereinfachendes Schema zu verstehen.

Eines der wichtigsten Themen, anhand dessen das *framing* vieler Akteur\_innen ausgerichtet wird, ist das der **Diskriminierung aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit**. Diskriminierung wird dabei als Erfahrung bewertet, die allen Angehörigen von Roma-Communities gemeinsam ist, gleichzeitig werden andere Probleme wie Armut, schlechte Wohnverhältnisse oder hohe Arbeitslosigkeit als Folge von Benachteiligung und vorurteilsbehafteter Behandlung interpretiert (vgl. VERMEERSCH 2006: 152). Die Hauptverantwortung wird hier bei der ethnischen Mehrheit oder bei staatlichen Behörden gesehen. Vorgeworfen wird ihnen zu verabsäumen, durch gesetzliche Regelung Diskriminierung zu verhindern, oder nicht entschieden genug dagegen vorzugehen (vgl. VERMEERSCH 2006: 168).

Im Gegensatz dazu stehen bei einem anderen *framing* die Themen **Armut und von der Norm abweichendes Sozialverhalten** im Vordergrund. Nach dieser Perspektive erfolgt Diskriminierung nicht nur aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit, sondern wird auch auf eine schwache sozioökonomische Position zurückgeführt. Dabei wird auch den Angehörigen von Roma-Communities Verantwortung zugesprochen, die ihre Lage durch unangepasstes Sozialverhalten teils selbst verursachen würden. Dies stellt auch einen Grund dafür dar, warum dieses *framing* von bedeutend weniger Aktivist\_innen der Roma-Bewegung verfolgt wird als das erste und sein Mobilisierungspotential als wesentlich geringer eingeschätzt wird. Befürchtet

---

wird, dass Roma-Communities durch den Fokus dieses *framing* auf Armut noch stärker stigmatisiert werden könnten, und für ihre Situation ausschließlich selbst verantwortlich gemacht werden würden. Die wenigen NROs der Roma-Bewegung, die dieses *framing* verfolgten, konnten zudem nur wenig Unterstützung durch *advocacy groups* finden, da diese meist innerhalb anderer *framings* agieren (vgl. VERMEERSCH 2006: 154f., 168).

Als besonders ergiebig erwies sich hingegen das Thema der **(Menschen-)Rechte**. Der Diskurs darum ermöglichte es, eine große Anzahl verschiedener Anliegen und Strategien in ein *framing* zu integrieren, war in vielen Kontexten anwendbar und gleichzeitig bereits sehr etabliert, viele internationale Interessenvertretungen nahmen darauf Bezug (vgl. VERMEERSCH 2006: 156f.):

„The circumstances in which this frame proved successful were clearly linked to the international environment. The growing presence of international advocacy organizations [...] and the increasing need for Central European countries to comply with international norms was no doubt part of the reason for the success of the discourse of rights among Romani activists.”  
(VERMEERSCH 2006: 157)

Im Zuge dieser Entwicklung wurde auch 1996 das European Roma Rights Center in Budapest gegründet, das in kurzer Zeit eine der zentralen Organisationen der Roma-Bewegung wurde (vgl. VERMEERSCH 2006: 158).

Dennoch war dieses *framing* bei der Mobilisierung auf breiterer Ebene nicht besonders wirksam, was damit zu tun haben könnte, dass es häufig in Richtung Minderheitenrechte interpretiert wurde, dabei aber einerseits unklar blieb, welche konkreten Veränderungen mit deren Erlangung eigentlich verbunden wären. Andererseits herrschten Zweifel darüber, ob Minderheitenrechte überhaupt geeignet wären, die Situation von Roma-Communities zu verbessern. Das Recht auf Unterricht in Romanes wurde zwar prinzipiell als wichtig erachtet, dennoch war vielen Angehörigen von Roma-Communities die Teilhabe an der Mainstream-Bildung wesentlich wichtiger (vgl. VERMEERSCH 2006: 158).

Auch in Bezug auf *identity framing* gibt es verschiedene Perspektiven. Diese betreffen besonders das Selbstverständnis von Roma-Aktivist\_innen, lassen sich aber auch bei den anderen Akteur\_innen wiederfinden.

Einige Tradition hat das *framing* von Roma-Communities als **nichtterritorialer Nation mit transnationaler Identität**, die eine gemeinsame Geschichte, Herkunft und Kultur teilt. Die Annahme einer darauf basierenden gemeinsamen Identität war der Ausgangspunkt der

Internationalisierung der Anliegen von Roma-Communities in den 1960ern und 1970ern. Dieses *framing* stellte eine Ermächtigungsstrategie dar, da es Roma-Communities als Subjekte definierte und nicht vordergründig in Relation zur Mehrheitsgesellschaft: „promoting the frame of the Roma as a nation was a way to get rid of external control over the construction of Romani identity“ (VERMEERSCH 2006: 164).

Als eine der Hauptakteur\_innen kann bis heute die International Romani Union (IRU)<sup>27</sup> gelten. Die Idee von Roma-Communities als einer transnationalen Minderheit schien einerseits dafür nützlich, die Aufmerksamkeit der EU-Institutionen anzuziehen, und erwies sich beispielsweise im Kontext des europäischen Integrationsprozesses als sinnvoll, andererseits wurde von vielen das Erlangen eines solchen Status als irrelevant für die Lebensrealität der Roma-Communities angesehen (vgl. VERMEERSCH 2006: 160f.).

VERMEERSCH bewertet die Wirkung dieses *framings* insbesondere als symbolisch relevant, als einzige konkrete Auswirkungen bezeichnet er das vermehrte Abhalten von internationalen Konferenzen und anderen Veranstaltungen, die immer mehr Teilnehmer\_innen anzogen und so größere (auch finanzielle) Synergieeffekte hatten. In diesem Kontext kann auch die Konferenz „Roma in an Expanding Europe: Challenges for the Future“ gesehen werden, die im Juli 2003 in Ungarn stattfand und die zur Organisation der Decade of Roma Inclusion (DoRI, siehe Kapitel 5.2) führte (vgl. VERMEERSCH 2006: 162f.).

Kritisiert wurde von manchen Aktivist\_innen der Roma-Bewegung jedoch, dass durch den Fokus auf die internationale Ebene die Verantwortung der Nationalstaaten aus dem Blick geraten könnte, und zudem das Engagement auf internationaler Ebene in Bezug auf konkrete Ergebnisse und Veränderungen nur beschränkte Wirkung hatte (VERMEERSCH 2006: 163f.).

Für viele Aktivist\_innen der Roma-Bewegung war daher der Nationalstaat der erste Adressat für ihre Anliegen, Roma-Communities als **nationale Minderheit** stellt demnach ein zweites *framing* dar. Aktivist\_innen, die sich dieses *framings* bedienten, wollten einerseits eine Alternative zu der Perspektive von Roma-Communities als nichtterritorialer Nation bieten, in manchen Ländern bestand auch die Hoffnung, Allianzen mit anderen nationalen Minderheiten schließen zu können. Kritisiert wurde an diesem Verständnis, dass Roma-Communities sich grundsätzlich von anderen Minderheiten insofern unterscheiden, als sie keine Ansprüche auf politische Autonomie oder territoriale Selbstbestimmung erhoben. Zudem erwies es sich als schwierig, Solidarität mit den

---

<sup>27</sup> Weiter unten werde ich noch etwas genauer auf diese Organisation eingehen.

---

Vertreter\_innen anderer Minderheitengruppen herzustellen, da sich diese oft von der Situation der Roma-Communities distanzieren (vgl. VERMEERSCH 2006: 165).

Im Zuge des EU-Beitrittsprozesses hatte das Thema Minderheitenschutz Hochkonjunktur, eine Befürchtung bezüglich dieses Zuganges in dem Kontext bestand darin, dass bei diesem Fokus die Anliegen von Roma-Communities nur vordergründig im Zentrum stehen würden, da das Interesse der Nationalstaaten insbesondere dahin ging, die Beitrittskriterien zu erfüllen (vgl. VERMEERSCH 2006: 166).

Ein weiteres *framing* ist das einer **Ethnoklasse**, die folgendermaßen näher beschrieben werden kann: „an ethnic group that resembles a class. Members of ethnoclasses are disproportionately concentrated in occupations at or near the bottom of the economic and social hierarchy“ (GURR/HARFF nach VERMEERSCH 2006: 166). Entsprechende Lösungsansätze zielen auf Bildung, Verbesserung der Wohnbedingungen und der Arbeitssituation ab, während kulturelle Aspekte als Privatangelegenheit betrachtet werden, daher in den Hintergrund treten, oder von manchen Aktivist\_innen sogar als Hindernis angesehen werden. Der Fokus auf die sozioökonomische Position und auf soziale Rechte zur Verbesserung der Situation führten eher zu einer Distanzierung von Roma-Identität, Roma-Aktivismus und einem Eintreten für die Unterstützung benachteiligter Gruppen generell. Aktivist\_innen, die innerhalb dieses *framings* agierten, suchten daher auch in anderen Kontexten nach Allianzen (vgl. VERMEERSCH 2006: 166f.).

Die verschiedenen *framings* werden von verschiedenen Akteur\_innen in unterschiedlichen Varianten verwendet und verknüpft. Dieser Überblick sollte einen Eindruck davon geben, wie divers die Zugänge, Strategien und Anliegen der Beteiligten sein können und wie schwierig sich daher auch mitunter die Aushandlungsprozesse oder die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteur\_innen gestalten kann. Im Folgenden soll nun auf die drei oben genannten Akteur\_innengruppen einzeln eingegangen werden.

## **Roma-Aktivismus**

Die Entstehung von politischem Aktivismus<sup>28</sup>, der sich in der Gründung von

28 Thomas Acton wies in einem Kommentar zum Vortrag „The pro-Roma global civil society: acting out for, with or instead of Roma?“ von Rövid darauf hin, dass Roma-Aktivismus nicht ausschließlich als Entwicklung betrachtet werden kann, die ab dem (späten) 20. Jahrhundert einsetzte. Die Aufgabe von NROs sei es, sich um die Interaktion zwischen Roma-Communities und anderen (z.B. staatlichen) Akteur\_innen zu kümmern, insofern würden sie versuchen, deren Einfluss zu regulieren. Da auch in früheren Jahrhunderten bestimmte Angehörige von Roma-Communities mit der Aufgabe betraut waren, solche Interaktionen zu regeln, bestehe darin eine

zivilgesellschaftlichen Organisationen und Parteien sowie der zunehmenden internationalen Vernetzung äußerte, ist vor dem Hintergrund geschichtlicher Ereignisse wie dem Zweiten Weltkrieg, dem Völkermord an Roma-Communities, dem Kalten Krieg und dem Zusammenbruch des Realsozialismus wie auch verschiedenen Entwicklungen auf nationalen Ebenen zu sehen (vgl. FOSZTÓ 2003: 110). Eine Auseinandersetzung mit diesen Zusammenhängen würde jedoch den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

Auf die Anfänge der Internationalisierung des Roma-Aktivismus möchte ich dennoch kurz zu sprechen kommen. Während es auf regionaler Ebene in manchen Gebieten bereits etwa ab der Wende zum 20. Jahrhundert Anzeichen der Organisierung gegeben hat, fanden erste Bestrebungen auf internationaler Ebene etwa zwischen 1920 und 1930 statt. Gewaltvoll unterbrochen wurden diese durch den Nationalsozialismus. Es dauerte lange Zeit, ehe erneut Versuche gestartet wurden (vgl. KLÍMOVÁ-ALEXANDER 2005: 15).

In den 1960ern und -70ern kam es dabei zu ersten Initiativen, 1965 wurde in Paris das Comité International Tzigane gegründet, der erste Welt-Roma-Kongress fand 1971 in London statt. Dieses Engagement stellte den ersten konkreten Versuch dar, sich auf Basis einer gemeinsamen Roma-Identität für die Anliegen dieser *einen* Gruppe einzusetzen und diese Identität zu stärken (vgl. MAYALL 2004: 204, 207, VERMEERSCH 2006: 105). Insbesondere das Element einer indischen Herkunft spielte hier eine große Rolle für die Konstruktion einer gemeinsamen Identität und als Strategie für Solidarität (vgl. OKELY 1994a: 13, FOSZTÓ 2003: 119). Dies stieß auch bei der indischen Regierung auf Resonanz, die den Kongress mitfinanzierte und ihre Unterstützung für die Anliegen der Roma-Communities ausdrückte (FOSZTÓ 2003: 112). Des Weiteren einigte man sich bei diesem Kongress auch auf eine Flagge und eine Hymne der Roma-Nation (vgl. VERMEERSCH 2006: 160). Die Forderung nach einem Roma-Staat wurde jedoch bis zum zweiten Welt-Roma-Kongress 1978 fallen gelassen. Auf diesem wurde die IRU, die oben bereits kurz angesprochen wurde, als ausführendes Organ des Kongresses gegründet. Die IRU spielt als Dachorganisation eine wichtige Rolle und hat im Wirtschafts- und Sozialrat der UN eine beratende Funktion inne (vgl. KLÍMOVÁ-ALEXANDER 2005: 16, 66ff.). Weitere Welt-Roma-Kongresse folgten in Göttingen 1981, Warschau 1990 und Prag 2000. Auf letzterem wurde versucht, regierungsähnliche Strukturen zu etablieren, die z.B. aus einem Parlament, einem Präsidium und einem Gerichtshof bestehen. Nach KLÍMOVÁ-ALEXANDERS Einschätzung weist die IRU einige Anzeichen einer Nationalbewegung auf (KLÍMOVÁ-ALEXANDER 2005: 17, 19). Weitere

---

Kontinuität (Kommentar im Rahmen eines Vortrags der Jahrestagung der Gypsy Lore Society im September 2011 in Graz).

---

Kongresse fanden 2004 in Lanciano und 2008 in Zagreb statt.

Wie sich Organisationen auf nationaler Ebene formierten und organisierten, war wesentlich von den institutionellen Gegebenheiten und dem jeweiligen politischen Kontext beeinflusst. In den Ländern Mittel- und Osteuropas gewann die Bewegung nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus erheblich an Dynamik (BARANY 2002: 3). Dies hatte einerseits mit den Möglichkeiten zu tun, die sich durch den Transformationsprozess und der damit einhergehenden Neuordnung der Institutionen eröffneten. Andererseits hatte auch die Gewährleistung der Vereinigungsfreiheit großen Anteil (vgl. VERMEERSCH 2006: 101).

So entstand eine Vielzahl an unterschiedlichen Gruppen und Organisationen, in den 1990ern kam es auch zum ersten Mal zu Kandidaturen von Roma-Aktivist\_innen innerhalb schon bestehender Parteien sowie zur Gründung von politischen Parteien durch Angehörige von Roma-Communities.<sup>29</sup> Die Erfolge dieser Versuche blieben jedoch aus verschiedenen Gründen eher bescheiden (vgl. BARANY 2002: 214f., 231f., VERMEERSCH 2006: 106ff., 115ff.).

Als kennzeichnend für Roma-Aktivismus (bzw. für eine Roma-Bewegung, von der VERMEERSCH spricht) werden vor allem zwei Elemente oft genannt, nämlich: “(a) its apparent lack of mass support, and (b) the fragmentation and diffusion of the movement, or at least, its apparent lack of unity.” (VERMEERSCH 2006: 104).

Beide Charakteristika werden häufig dem diffusen Spezifikum einer speziellen Roma-Kultur zugeschrieben, der politisches Engagement fremd sei und die keine Einigkeit zulassen würde. BARANY macht beispielsweise neben der Unerfahrenheit der Akteur\_innen auch Spaltungen und interne Machtkämpfe innerhalb der Eliten sowie mangelnde Solidarität zwischen Roma-Communities für die geringen Mobilisierungserfolge verantwortlich (vgl. BARANY 2002: 239). Viele Aspekte dieser Fragmentiertheit können jedoch durch den Wettbewerb um materielle und symbolische Ressourcen und durch unterschiedliche Ansichten zu erfolgversprechenden politischen Strategien erklärt werden (vgl. VERMEERSCH 2006: 149).

Insgesamt kann gesagt werden, dass im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte die Anliegen von Roma-Aktivist\_innen durch nationale Regierungen wie durch internationale Institutionen verstärkt wahrgenommen wurden. Durch die Einrichtung von Institutionen wie

---

<sup>29</sup> In Ungarn wurden im Laufe der 1990er und zu Beginn des 21. Jahrhunderts beispielsweise folgende Parteien gegründet: Hungarian Gypsy Social Democratic Party, Hungarian Gypsy Solidarity Party, Democratic Party of the Hungarian Gypsies, Hungarian Romani Party, Democratic Romani Party. Auch in Tschechien und der Slowakei fanden eine ganze Reihe von Parteigründungen statt, für eine detailliertere Darstellung siehe Vermeersch (2006: 115ff.).

Regierungsbeiräten oder Gremien internationaler Organisationen gelang es Aktivist\_innen, stärker und direkter auf politische Prozesse Einfluss zu nehmen, die Roma-Communities betreffen. Überdies erfolgte in vielen Ländern die Anerkennung als ethnische Minderheit, der Europarat sprach Roma-Communities den Status einer „true European minority“ (PARLIAMENTARY ASSEMBLY OF THE COUNCIL OF EUROPE 1993, online) zu.

Vor allem durch die Stärkung der Konzeption einer gemeinsamen Roma-Identität ergab sich also größerer Spielraum im politischen Kontext. Dies ermöglicht den Roma-Aktivist\_innen, als ethnische Minderheit auf entsprechende Rechte zu pochen (vgl. WILLEMS 1998: 34). Rechtliche Rahmenbedingungen dafür existieren und die verantwortlichen Akteur\_innen sind klar zu identifizieren. Auf internationaler Ebene können zudem Allianzen mit *advocacy groups* geschlossen werden.

Gleichzeitig stellt das Anwenden des Narratives einer Ethnie mit gemeinsamer Herkunft auch ein Dilemma dar, da damit viele althergebrachte Stereotype und Vorurteile einhergehen (vgl. WILLEMS 1998: 34). VERMEERSCH bezeichnet es als große Herausforderungen der Roma-Bewegung, die Gruppe so zu profilieren, dass sie Aufmerksamkeit von Seiten politischer Akteur\_innen bekommt und die Notwendigkeit politischer Interventionen deutlich wird. Dies bedeutet paradoxerweise eine Abgrenzung der Roma-Communities, also eine Betonung der Differenzen zwischen ihnen und der Mehrheitsgesellschaft (vgl. VERMEERSCH 2006: 229). Diese Differenz ist im Mainstream-Diskurs meist negativ konnotiert, birgt die Gefahr der Reproduktion essentialisierender Argumentationsmuster und das Risiko, dass Roma-Communities beschuldigt werden, ihre Situation ausschließlich selbst hervorgerufen zu haben. Darin liegt wiederum einer der Gründe, weshalb Roma-Aktivismus nur wenig Potential für größere Mobilisierung aufweist. Eine Gruppenidentität herzustellen, die positiv konnotiert ist, stellt also die zweite große Herausforderung für Roma-Aktivist\_innen dar (vgl. VERMEERSCH 2006: 228f.).

### **Internationale staatliche Organisationen**

Wie bereits deutlich wurde, spielen auch Institutionen und Organisationen auf internationaler Ebene für Roma-Aktivismus eine große Rolle. Der Zugewinn an Aufmerksamkeit und Bedeutung, den Roma-Communities auch im internationalen Zusammenhang bekommen haben, ist im Kontext verschiedener Prozesse zu sehen, vor allem dem der europäischen Integration. Als wichtigste staatliche internationale Institutionen sind hier die EU, der Europarat sowie die OSZE zu nennen, die jeweils verschiedene Organe und Mechanismen ins Leben gerufen haben, die sich

---

mit der Situation der Minderheiten in den (angehenden) Mitgliedsländern befassen (vgl. VERMEERSCH 2006: 185f., SOBOTKA 2007: 135) VERMEERSCH bemerkt hierzu:

„[International Governmental Organizations] have been actively shaping a view on the Roma that does not always coincide with (and sometimes contradicts) the way in which Romani activists have framed their issues and demands.“ (VERMEERSCH 2006: 186)

So war zwar durch das Engagement von staatlichen internationalen Institutionen und NROs die Wahrnehmung von Roma-Communities als europäischer Nation gestärkt worden, der Kontakt zu Organisationen und zwischen Organisationen intensiviert sich, es konnte direkter Einfluss durch Aktivist\_innen genommen werden. Andererseits warf das internationale Engagement, die Beteiligung von immer mehr Akteur\_innen, auch neue Kontroversen auf. Vor allem Fragen danach, wer legitimiert sei, Roma-Communities zu repräsentieren und für sie zu sprechen, oder wie die vorhandenen Ressourcen gerecht zu verteilen wären, bargen großes Konfliktpotenzial (vgl. VERMEERSCH 2006: 187). Uneinigkeit bestand außerdem darüber, ob eine Verlagerung der Aktivitäten auf die europäische Ebene den Nationalstaaten die Möglichkeit geben könnte, sich aus der Verantwortung zu ziehen. Auch wurden Zweifel geäußert, inwieweit Aktivitäten auf der europäischen Ebene Realitäten auf nationaler und lokaler Ebene überhaupt beeinflussen und verändern könnten (VERMEERSCH 2006: 191, 195).

Die OSZE hat eine Art Vorreiter\_innenstellung in Bezug auf die Thematisierung von Schutz und Rechten von Minderheiten in Mittel- und Osteuropa. Im Zuge der frühen 1990er setzte sich innerhalb der Organisation zunehmend die Sichtweise durch, dass Minderheitenrechte und -schutz ethnische „Konflikte“ vorbeugen könnten und daher von großer Bedeutung für die internationale Stabilität seien. Der Zugang der OSZE verschob sich mehrmals, was auch an der institutionellen Eingliederung der Organe, die mit der Situation von Roma-Communities befasst waren, ersichtlich ist (vgl. VERMEERSCH 2006: 189f.). Diskriminierung und deren Folgen wurden schließlich zum wichtigsten Motiv des *framings* der OSZE. In einem Bericht mit Beispielen aus Ost-, Mittel- und Westeuropa wird der Eindruck vermittelt, dass trotz verschiedener Lebensumstände Roma-Communities überall unter ähnlichen Bedingungen leben würden. Diese wären geprägt von schlechten Wohnverhältnissen, geringem Bildungsstandard, rassistisch motivierter Gewalt und geringer politischer Teilhabe (vgl. VERMEERSCH 2006: 190).

Diese Perspektive war in mancher Hinsicht nicht weit entfernt vom *framing* einiger der einflussreichsten Roma-Aktivist\_innen, die mittels ähnlicher Argumentation stärkere

Zusammengehörigkeit innerhalb der Roma-Communities fördern wollten. Es entstand eine rege Zusammenarbeit zwischen diesen Aktivist\_innen und der OSZE. Nach VERMEERSCH war die Bühne, die die OSZE ihnen bieten konnte, ein wesentlicher Punkt für das Entstehen einer internationalen Roma-Bewegung. Die Zusammenarbeit ermöglichte es, auf internationaler Ebene präsent zu sein, und führte außerdem zu wachsender Akzeptanz der Aktivist\_innen als Repräsentant\_innen der Roma-Communities (vgl. VERMEERSCH 2006: 190).

Kritisiert wurde jedoch, dass Probleme im Zusammenhang mit Roma-Communities von der OSZE weniger im Zusammenhang von spezifischen politischen Umständen betrachtet, sondern mit einer praktisch universellen Erfahrung der Diskriminierung erklärt wurden. Zum einen würde so die Gefahr bestehen, dass die Verantwortlichkeit von Nationalstaaten außer Acht gelassen würde. Zum anderen bestehe das Risiko, dass eine Argumentation, die Diskriminierung als universelle Erfahrung aller Roma-Communities begreift, gegen Roma-Communities gewendet und argumentiert wird, sie würden diese durch ihr Verhalten selbst hervorrufen (vgl. VERMEERSCH 2006: 191).

Als zweite wichtige internationale Institution ist der Europarat zu nennen. Dessen Anliegen fokussieren einerseits auf den Schutz von Menschenrechten und andererseits auf der Idee „der Förderung einer europäischen Identität“ (VERMEERSCH 2006: 191). Durch die Beitritte postsozialistischer Länder ab Beginn der 1990er wurde die Situation von Roma-Communities zunehmend zum Thema innerhalb des Europarates. Manchmal erfolgte dies implizit, wie zum Beispiel durch den Erlass der „Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen“ oder durch das „Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten“. 1993 verabschiedete die Parlamentarische Versammlung des Europarates ein weiteres wichtiges Dokument, nämlich die oben bereits erwähnte Empfehlung 1203, die Roma zu einer „true European minority“ (PARLIAMENTARY ASSEMBLY OF THE COUNCIL OF EUROPE 1993, online) erklärt.

Auch der Europarat beschreibt Roma-Communities als eine „cross-boarder nation“, die kein Heimatland hätte und deren Angehörige daher Europäer\_innen per se wären. Sie hätten den europäischen Integrationsprozess praktisch vorweg genommen. Hervorgehoben werden auch die kulturellen Unterschiede, die sich durch diese Besonderheiten ergeben würden (vgl. VERMEERSCH 2006: 192). Die Gleichsetzung der Erfahrungen von Roma-Communities in West- wie in Mittel- und Osteuropa wurde von manchen Aktivist\_innen jedoch heftig kritisiert. Ein problematisches Beispiel dafür stellt die Interpretation der verstärkten Migration mittel- und osteuropäischer

---

Roma-Communities in den 1990ern als Wiederaufleben nomadischer Kultur dar, anstatt diese im Kontext sozialer, politischer und ökonomischer Verhältnisse zu sehen (vgl. VERMEERSCH 2006: 195).

Als einflussreichste der drei beschriebenen staatlichen internationalen Organisationen kann wohl die EU gelten, da sie durch den Beitrittsprozess die Möglichkeit hatte, direkten Druck auf die Beitrittsländer auszuüben. Das Engagement der EU ist auch das am heftigsten kritisierte. Insbesondere aufgrund der Tatsache, dass von den EU-10 Maßnahmen zum Minderheitenschutz gefordert wurden, obwohl dieser in der EU davor zu den vernachlässigten Themen zählte, standen viele Aktivist\_innen diesen Aktivitäten ambivalent gegenüber (vgl. VERMEERSCH 2006: 198).

Als problematisch stellte sich zudem heraus, dass die Anforderungen der EU unspezifisch ausfielen. Aus den Fortschrittsberichten ging nicht hervor, wie nach dem Ermessen der Europäischen Kommission konkrete Schritte zur Verbesserung der Situation aussehen würden (vgl. VERMEERSCH 2006: 198f.).

Eine Befürchtung von Aktivist\_innen bestand weiters darin, dass der Fokus der EU auf Roma-Communities deren negatives Bild in der Öffentlichkeit verstärken könnte und sie für Schwierigkeiten im Beitrittsprozess verantwortlich gemacht werden könnten. Auch hier wurde der Mechanismus deutlich, die Probleme von Roma-Communities auf ihre Lebensweise oder Kultur zurückzuführen. Nicht der unzureichende Schutz von Minderheiten wurde als das zu lösende Problem angesehen, sondern die Roma-Communities selbst, die für ihre Situation allein verantwortlich wären. Diese Problematik brachte Aktivist\_innen mitunter in ein Dilemma, da eine Bezugnahme auf die EU-Konditionen teilweise als kontraproduktiv eingeschätzt werden musste (vgl. VERMEERSCH 2006: 200).

Nach dem Beitritt der EU-10 verlor auch die EU die Möglichkeit, direkten Druck auszuüben. Die Nachhaltigkeit der während des Beitrittsprozesses gesetzten Maßnahmen wird bezweifelt (vgl. SOBOTKA 2007: 154), auch verschiedene Instrumentarien, die zur Beobachtung und Evaluierung eingesetzt wurden, existieren nicht mehr (vgl. TAMÁS 2007: 173).

Im April 2011 wurde jedoch ein „Framework for National Roma Integration Strategies up to 2020“ der Europäischen Kommission vorgestellt. Dieses enthält neue Zielsetzungen, deren Prioritäten mit jenen der DoRI deckungsgleich sind, sich also auf Bildung, Gesundheit, Arbeit und Wohnen beziehen (vgl. HUNGARIAN PRESIDENCY OF THE COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION o.J.,

online, DoRI o.J.a, online, siehe auch Kapitel 5.2). Darüber hinaus werden *alle* Mitgliedsstaaten dazu aufgefordert, eigene Strategien zu entwickeln bzw. existierende Strategien zu aktualisieren. Laut den Einschätzungen von Márton RÖVID ist allerdings unklar, welche Länder dieser Aufforderung tatsächlich nachkommen werden. So hätten Vertreter\_innen Tschechiens bereits verlauten lassen, dass ihr Interesse an dieser Initiative gering sei.<sup>30</sup> Es bleibt daher abzuwarten, ob das Engagement der EU neue Impulse setzen kann.

### **„Advocacy groups“**

Abgesehen von den staatlichen internationalen Institutionen wird ab den 1990er Jahren auch noch einer weiteren großen Akteur\_innengruppe eine wichtige Rolle zugesprochen, die aus internationalen NROs besteht (vgl. TAMÁS 2004: 166, SOBOTKA 2004:153). VERMEERSCH bezeichnet diese Akteur\_innen als transnationales *advocacy*-Netzwerk (vgl. VERMEERSCH 2006: 202).

Einerseits besteht das Netzwerk aus größeren NROs, die transnational agieren und sich besonders für internationale Standards in Bezug auf Menschenrechte einsetzen, also zur Umsetzung international akzeptierter Prinzipien beitragen wollen. Diese Organisationen arbeiten andererseits sehr oft mit lokalen NROs, Expert\_innen oder einzelnen Aktivist\_innen zusammen, die sich mit der Lage von Roma-Communities beschäftigen. Unter den Organisationen, die während der 1990er begannen, die Situation von Roma-Communities zu dokumentieren und zu untersuchen, Diskriminierung aufzuzeigen und Regierungen auf ihre Verantwortlichkeit hinzuweisen, sind insbesondere Human Rights Watch, Minority Rights Group International, Amnesty International, Save the Children, das Open Society Institute und die Internationale Helsinki Föderation für Menschenrechte zu nennen (vgl. BARANY 2002: 273ff., VERMEERSCH 2006: 202). Auch das 1996 gegründete European Roma Rights Center spielt eine zentrale Rolle, ist es doch die erste internationale NRO, die sich ausschließlich mit Roma-Communities und Menschenrechten auseinandersetzt. Der Einfluss dieser Organisationen wird als hoch eingeschätzt (vgl. BARANY 2002: 281). Politiker\_innen, die Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Roma-Communities durchsetzen wollten, bezogen sich oft auf Berichte dieser Organisationen und verwiesen auf deren wachsende Bedeutung. Vor allem die Übernahme des *framings* der Minderheitenrechte sowie vermehrte Bezüge zu Diskriminierung und sozialer Exklusion sind hier zu beobachten (vgl. VERMEERSCH 2006: 203).

Für die lokalen NROs hatte das Engagement von *advocacy groups* einige Vorteile:

---

<sup>30</sup> Sinngemäß zitiert aus dem Vortrag „The pro-Roma global civil society: acting out for, with or instead of Roma?“ von Rövid im Rahmen der Jahrestagung der Gypsy Lore Society im September 2011 in Graz.

---

„International NGOs provided domestic Romani activists with a powerful tool in the language of international human and minority rights with which to make their claims to the government and attract support from ordinary Romani citizens.“ (VERMEERSCH 2006: 206)

Auch der gute Zugang von *advocacy groups* zu internationalen Medien stellte einen entscheidenden Pluspunkt der Zusammenarbeit dar und schließlich spielen auch die Ressourcen, die durch solche Organisationen akquiriert werden, eine Rolle (vgl. VERMEERSCH 2006: 207).

Aber auch in diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach Repräsentation und Legitimation. Obwohl *advocacy groups* Bevölkerungsgruppen nie in ähnlicher Weise vertreten können oder müssen, wie dies demokratisch gewählten Institutionen zukommt, sind sie in der Öffentlichkeit mitunter von großer Bedeutung und werden teils auch als repräsentativ wahrgenommen. Durch ihren privilegierten Zugang zu Medien oder politischen Entscheidungsträger\_innen verleihen *advocacy groups* bestimmten Aktivist\_innen einen besonderen Status, der in manchen Ländern zur Herausbildung einer politischen Elite führte, die als Repräsentant\_innen von Roma-Communities wahrgenommen wird (und im Zuge der Institutionalisierung von Expert\_innen- und Beratungsgremien von Regierungen zu Roma-Angelegenheiten dann in vielen Fällen herangezogen wurde). Die Frage nach der Verteilung symbolischer und finanzieller Ressourcen barg somit beträchtliches Konfliktpotential in sich, Kritiker\_innen äußerten hier auch Bedenken, dass insbesondere die Aktivist\_innen und Organisationen gefördert wurden, die gut ins Programm der jeweiligen *advocacy groups* passten, während andere von deren Engagement nicht profitieren konnten (vgl. VERMEERSCH 2006: 208f.).

Als weiterer Kritikpunkt am Engagement der *advocacy groups* wurde die Vertiefung der Kluft zwischen Aktivist\_innen und der Basis genannt. *Advocacy groups* bezogen sich meist auf den *frame* einer ethnischen Bewegung, wobei die Unterstützung von unten hier nach wie vor fehlt, und es auch diesen Akteur\_innen nicht gelang, positivere Bilder zu verbreiten (vgl. VERMEERSCH 2006: 211).

In diesem Kapitel habe ich versucht, einen Einblick in die komplizierte aktuelle Lage der politischen Aushandlungsprozesse um die Situation von Roma-Communities zu geben. Eine Vielzahl an Faktoren führt dazu, dass die beteiligten Akteur\_innen als höchst heterogen zu bezeichnen sind. Unterschieden werden können verschiedene *framings* in Bezug auf Identität, Problemwahrnehmung und Lösungsansätze, aus denen sich unterschiedliche Möglichkeiten ergeben, Allianzen mit anderen Akteur\_innen zu schließen. Die Zusammenarbeit zwischen

Akteur\_innen unterschiedlicher Ebenen (regional, national, international) macht die Situation noch komplexer und wirft in manchen Zusammenhängen die Frage nach der Legitimation verschiedener involvierter Gruppen und Personen auf. Ein bedeutendes Problem besteht darüber hinaus darin, dass nur eine geringe Mobilisierung von Roma-Communities erreicht werden konnte, was Roma-Aktivismus häufig zu einer Angelegenheit von Eliten werden lässt.

Mit Organisationen wie dem UNDP oder der Weltbank kamen etwa ab der Jahrtausendwende Akteur\_innen ins Spiel, die die Debatte um die Situation von Roma-Communities aus einer Entwicklungsperspektive heraus betrachteten. In diesem Zusammenhang wurde die bereits erwähnte DoRI ins Leben gerufen. Diese Initiative und ihre Einbettung in den Entwicklungskontext sollen im nächsten Kapitel behandelt werden.



---

## 5 – Von den Millennium Development Goals zur Decade of Roma Inclusion 2005 – 2015

Im folgenden Kapitel möchte ich nun eine Initiative betrachten, die als Versuch gewertet werden kann, eine Vielzahl an Akteur\_innen durch gemeinsam vereinbarte Ziele dazu zu bringen, innerhalb einer Strategie an einem Strang zu ziehen. Es handelt sich dabei um die Decade of Roma Inclusion (DoRI), die 2005 ins Leben gerufen wurde. Perspektive und Zielsetzung der DoRI sind wesentlich inspiriert von den Millennium Development Goals (MDGs), dem aktuell bedeutendsten Referenzmodell des Entwicklungskontextes. Um deutlich zu machen, in welchem diskursiven Umfeld die DoRI zu verorten ist, soll daher ein Eindruck vom dominanten Entwicklungsdiskurs gegeben werden. Auf diese Ziele, ihre Entstehung und verschiedene Punkte, die am Ansatz der MDGs kritisiert werden, soll im Weiteren eingegangen werden. Im Anschluss daran soll die DoRI, die in Anlehnung an die MDGs konzipiert wurde, vorgestellt werden.

Darstellungen der Anfänge des Entwicklungsdiskurses geben als Ausgangspunkt für das Konzept „Entwicklung“ häufig die Gründung der Bretton-Woods-Institutionen<sup>31</sup> (vgl. KOTHARI 2005: 1f.) im Jahre 1944 oder auch die Rede des US-Präsidenten Harry S. Truman von 1949 an (vgl. COWEN/SHENTON 1995: 29). Darin prägte dieser den Begriff „Unterentwicklung“ (TRUMAN o.J., online) dem die Vorstellung zugrunde lag, dass die als „unterentwickelt“ beschriebenen Regionen gegenüber dem Norden in vielerlei Hinsicht „zurückliegen“ würden. Entwicklung galt daraufhin als „der ‚kontinuierliche gesellschaftliche Fortschritt‘, dessen Realisierung der menschlichen Natur entsprang“ (SCHICHO 2002: 8). Das Referenzmodell stellten dabei die nördlichen Industrieländer dar, welches als übertragbar auf alle Weltgegenden und allgemein

---

31 Dabei handelt es sich um den Internationalen Währungsfonds sowie die Weltbankgruppe. Diese Institutionen gingen aus einer Konferenz in Bretton Woods (USA) hervor, zu der der damalige US-Präsident Roosevelt geladen hatte und an der 45 Staaten teilnahmen. Das erklärte Ziel war es, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen verbindlich zu regeln, um zukünftig Weltwirtschaftskrisen verhindern zu können (Hütz-Adams 2004: 3, Nohlen 2002: 427). Durch die Verschuldungskrise der 1980er Jahre stieg die Bedeutung der Bretton-Woods-Institutionen, da ihnen die Aufgabe zukam, die Konditionen neuer Kredite für in die Krise geratene Länder auszuhandeln. Dabei wurde das Konzept der Strukturanpassung entwickelt, das Misswirtschaft unterbinden soll und verschuldeten Staaten bestimmte politische Maßnahmen vorschreibt. Nohlen schätzt den Internationalen Währungsfonds ein als „eminent wichtiges pol[itisches] Gremium [...], das für die Politikausrichtung vieler Länder eine außerordentliche Bedeutung erhalten hat“ (Nohlen 2002: 431).

---

gültig angesehen wurde. „Unterentwicklung“ galt als endogen verursacht, und sollte durch Industrialisierung, Technologisierung und Modernisierung überwunden werden (vgl. BRAUNMÜHL 1998: 78). Dabei wurden Bruttonationaleinkommen und Produktionsniveau als Maßstab für die „Zivilisiertheit“ von Ländern herangezogen (vgl. SACHS 1994: 3).

Der Grundton der Debatte um Entwicklung war damit bestimmt. Als einige ihrer zentralen Annahmen beschreibt SACHS „the universal road, the superiority of economics, the feasibility of change“ (SACHS 1994: 7). Angesichts der begrenzten Erfolge, die mittels Modernisierung und Industrialisierung erzielt werden konnten, folgten über die Jahrzehnte hinweg immer weitere Strategien und Konzepte (z.B. „social development“, „rural development“, „basic needs approach“, „equitable development“, oder „sustainable development“). Diese bezogen zwar weitere Faktoren in die Überlegungen zum Entwicklungskonzept mit ein, die dahinterstehenden Grundannahmen schienen jedoch dieselben geblieben zu sein (vgl. SACHS 1994: 7f.).

Der Entwicklungsbegriff selbst ist dabei so umstritten und unscharf, dass er von Kritiker\_innen bereits zu Beginn der 1990er für Bankrott erklärt und ihm jeglicher Gehalt abgesprochen wurde (vgl. NOHLEN/NUSCHELER 1993: 55). Die Vielzahl an unterschiedlich gelagerten Verständnissen von Entwicklung, ihren Problemdefinitionen, Zielen und Strategien, die in verschiedenen Kontexten und zu unterschiedlichen Zeiten verwendet wurden, lassen den Begriff inhaltsleer und kaum greifbar erscheinen.

Dennoch wird der Entwicklungsbegriff nach wie vor verwendet. Dies könnte neben einem Mangel an Alternativen oder dem Festhalten an „Grundüberzeugungen“ (NOHLEN/NUSCHELER 1993: 55) auch daran liegen, dass das Konzept gerade durch die Offenheit seiner Bedeutung immer wieder in neuen Zusammenhängen Hoffnungen, Ressourcen und Energien mobilisieren kann. Für das jeweilige Verständnis von Entwicklung ist es daher umso entscheidender, in welchen Kontext der Begriff gestellt wird. Was, mehr oder weniger explizit, als (Unter-)Entwicklung beschrieben wird, gibt eine Vorstellung von erstrebenswerten Zuständen und den Ursachen für deren Abwesenheit. Es suggeriert Wege, durch die bestimmte Verhältnisse hergestellt werden sollen und enthält häufig einen Auftrag zur Intervention<sup>32</sup>.

Zwischen den verschiedenen an Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit

---

32 An dieser Stelle sei an das Konzept des *framing* erinnert (vgl. Kapitel 4.4). Dabei handelt es sich um jenen Prozess, in dem mittels Vorstellungen, Bildern und Ideen politische Sachverhalte in der Öffentlichkeit dargestellt und diskutiert werden.

beteiligten Akteur\_innen und den „Zielgruppen“ von Entwicklung herrscht ein klares Machtgefälle, das in der ungleichen Verteilung von Ressourcen und Technologie begründet liegt. Das Interesse der mächtigen Akteur\_innen, die eigene Vormachtstellung zu erhalten und abzusichern, zeigt sich auch im Entwicklungskontext. Da sich diese Akteur\_innen inzwischen jedoch Prinzipien wie Partner\_innenschaftlichkeit und Gleichheit verpflichtet sehen, treten die Asymmetrien zunächst weniger deutlich zutage als dies beispielsweise noch zu Kolonialzeiten der Fall war (vgl. SCHICHO 2002: 9, 13). Druck wird jedoch trotzdem oft auf verdeckte Art und Weise ausgeübt: „Nicht die *Anweisung* oder der *Befehl*, sondern die *Bitte*, die nicht abgeschlagen werden kann, weil sie mit wirtschaftlichen Sanktionen gekoppelt ist, wird zum dominierenden Sprechakt“ (SCHICHO 2002: 13; Hervorhebung im Original).

Zum Ausdruck kommen Perspektiven auf Entwicklung und Entwicklungsstrategien in Berichten oder Planungsdokumenten, die von den Akteur\_innen des Entwicklungsdiskurses verfasst werden. Jonathan CRUSH beschäftigt sich mit den Vorstellungswelten, Terminologien und Narrativen, die in solchen Texten auftauchen. Als deren vorrangiges Ziel bezeichnet er es, von einer bestimmten Weltsicht und einer entsprechenden Funktionsweise der Welt zu überzeugen, die mit korrespondierenden Maßnahmen, die zu Veränderungen führen sollen, einhergehen. Der Entstehungskontext dieser Texte, von CRUSH als „development industry“ bezeichnet, sei wiederum von deren vielfältigen Machtverhältnissen bestimmt, über die eine Analyse der Texte Aufschluss geben könne (vgl. CRUSH 1995: 5f.). Er beschreibt es als ein Charakteristikum des Entwicklungsdiskurses, sich stetig neu zu erfinden, wobei das zentrale Motiv der Modernisierung immer wieder mit neuen, zeitgemäßen Terminologien und Vorstellungen versehen werde. Zu vergangenen Perioden werden hingegen kaum Bezüge hergestellt. Wenn dies geschieht, so werde das Scheitern von Entwicklungsmaßnahmen in technokratischer Sprache abgehandelt, bevor als neue Lösung wiederum Entwicklung präsentiert werde. Im Fokus von Entwicklungsplänen steht also weniger die Vergangenheit, sondern vielmehr eine als planbar und gestaltbar dargestellte Zukunft (vgl. CRUSH 1995: 9, 16).

Die Vorstellung einer kontrollierbaren, durch gezielte Maßnahmen regulierbaren Welt liegt auch dem Referenzrahmen des aktuellen, dominanten Entwicklungsdiskurses zugrunde. Im Jahr 2000 wurde die Millenniumserklärung im UN-Hauptquartier in New York von der Generalversammlung unterzeichnet, darin enthalten waren die MDGs.

---

## 5.1 Die Millennium Development Goals

In den 1990er Jahren fanden eine ganze Reihe von Weltkonferenzen statt, nämlich unter anderem die Rio-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992, die Wiener Menschenrechtskonferenz 1993, die Weltbevölkerungskonferenz 1994 in Kairo, der Kopenhagener Weltsozialgipfel 1995, der Welternährungsgipfel in Rom 1996 und die Weltfrauenkonferenz in Beijing 1996 (vgl. NUSCHELER/ROTH 2005: 85f.). Diese Konferenzen waren im Unterschied zum Ansatz der Bretton Woods Institutionen von einem „eher wohlfahrtsstaatlichen“ Zugang geprägt, es wurde versucht, einem umfassenden Entwicklungsverständnis gerecht zu werden, das neben ökologischer Nachhaltigkeit auch soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Partizipation und wirtschaftliche Effizienz miteinbezog (vgl. MARTENS 2005: 44). Die Rio-Deklaration benannte zudem klar die Hauptverantwortlichkeit des Nordens in Bezug auf die Bewahrung der Ökosysteme, deren Bedrohung maßgeblich durch nördliche Produktions- und Konsummuster verursacht wird (vgl. MARTENS 2005: 44).

Diese Ansätze standen in vielerlei Hinsicht im Gegensatz zur Politik der Bretton-Woods-Institutionen, die von den Grundsätzen des Washington-Konsensus<sup>33</sup> geprägt war, und mittels Strukturanpassungsprogrammen Privatisierungen sowie Deregulierung und Liberalisierung der Märkte vorantrieb (vgl. MARTENS 2005: 44). Die Kritik an den Strukturanpassungsprogrammen wurde daher lauter, und auch IWF und Weltbank kamen zu der Auffassung, dass diese kaum die erwünschten Resultate erzielten, sondern aufgrund von Sparmaßnahmen, die den Sozialbereich betrafen, häufig fatale Folgen hatten (vgl. NUSCHELER 2005: 84f.).

Die MDGs können als Versuch der Abstimmung von Entwicklungsansätzen zwischen UN, OECD, Weltbank und Internationalem Währungsfond (IWF) betrachtet werden. Einen Ausgangspunkt für deren Konzipierung bildete ein Strategiepapier des Development Assistance Committee (DAC) der OECD, das die bis 2015 zu erreichenden DAC-Ziele enthielt. Die Broschüre „A Better World for All“ (2000), herausgegeben von UN, IWF, Weltbank und OECD übernahm sieben dieser Vorhaben als gemeinsame Entwicklungsziele. Diese sieben Ziele<sup>34</sup>

---

33 Der Washington Konsensus bezieht sich auf ein wirtschaftspolitisches Reformprogramm, dessen Durchführung seit den 1980ern unter anderem von den Bretton-Woods-Institutionen in vielen Ländern des Südens vorangetrieben wird. Kernpunkte betreffen die makroökonomische Stabilisierung, die Privatisierung staatlicher Unternehmen, die Deregulierung der Marktbeziehungen sowie die Liberalisierung der nationalen Kapitalmärkte sowie der Außenwirtschaft (vgl. Nohlen 2002: 866ff.).

34 Ziel 8 kam etwas später hinzu, weiter unten werde ich darauf zurückkommen.

bildeten dann fast unverändert auch einen Teil der Millenniumserklärung der UN (vgl. MARTENS 2005: 44). Die MDGs, die bis 2015 erreicht werden sollen, werden vom UNDP folgendermaßen beschrieben:

„The Millennium Development Goals (MDGs) are the most broadly supported, comprehensive and specific development goals the world has ever agreed upon. These eight time-bound goals provide concrete, numerical benchmarks for tackling extreme poverty in its many dimensions. [...] They provide a framework for the entire international community to work together towards a common end - making sure that human development reaches everyone, everywhere.“ (UNDP o.J.a, online)

Diese acht Ziele lauten (UNDP o.J.b, online):

- Extreme Armut und Hunger beseitigen;
- Grundschulausbildung für alle Kinder gewährleisten;
- Gleichstellung und größeren Einfluss der Frauen fördern;
- Die Kindersterblichkeit senken;
- Die Gesundheit der Mütter verbessern;
- HIV/Aids, Malaria und andere Krankheiten bekämpfen;
- Eine nachhaltige Umwelt gewährleisten;
- Eine globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung schaffen.

Diese Entwicklungsziele, inzwischen in 21 Unterzielen und 60 Indikatoren konkretisiert, wurden zu einem „Leitmotiv der internationalen Entwicklungspolitik“ (MARTENS/SCHULTHEIS 2010: 3), das von den beteiligten Akteur\_innen als noch nie dagewesener Konsens dargestellt wird. Auch für lokale und internationale NROs wurden die MDGs zu einem Referenzrahmen, auf den sie ihre Aktivitäten beziehen können (vgl. MARTENS/SCHULTHEIS 2010: 3).

Die MDGs definieren konkrete, verbindliche, quantitative Ziele, die größtenteils mit zeitlichen Vorgaben versehen sind. Diese Verbindlichkeit, die den Handlungsdruck auf Regierungen erhöhen soll und die Möglichkeit bietet, Erfolge wie Misserfolge deutlich auszuweisen, wird als durchaus positiv bewertet (vgl. NUSCHELER/ROTH 2005: 21, MARTENS/SCHULTHEIS 2010: 6). Die MDGs werden darüber hinaus als „kampagnentauglich“ (MARTENS/DEBIEL 2008: 2) sowie „öffentlichkeitswirksam und medientauglich“ (MARTENS/SCHULTHEIS 2010: 6) beschrieben.

Die Ziele stellen außerdem einen Versuch dar, die entwicklungspolitische Resignation der letzten Jahre zu überwinden, und durch scheinbar spektakuläre Vorhaben neue Kräfte zu mobilisieren (vgl. KÜBLBÖCK 2005: 139). Vor allem die große Resonanz, sowie die Breite des Konsenses, den

---

die MDGs erzeugen konnten, lässt NUSCHELER und ROTH so doch einen „entwicklungspolitische[n] Befreiungsschlag“ erkennen (NUSCHELER/ROTH 2005: 20ff.). Dabei geben sich die beiden Autor\_innen in Bezug auf die Innovationskraft der MDGs keinen Illusionen hin. Sämtliche Ziele tauchen bereits in früheren Erklärungen auf, einige von ihnen wurden schon in den 1970ern aufgestellt und hätten eigentlich im Jahr 2000 erreicht werden sollen. Die MDGs bedeuten hier also schlicht eine Verlängerung der Frist (vgl. NUSCHELER/ROTH 2005: 17f.).

Die Kritik an den MDGs ist auch darüber hinaus vielfältig. Einer der wichtigsten Punkte betrifft das eng gefasste Verständnis von Entwicklung, das ihnen zugrunde liegt. Mit den MDGs wird die bereits in den 1970er Jahren propagierte Grundbedürfnisstrategie verfolgt, die Entwicklung im Wesentlichen auf Armutsbekämpfung reduziert (MARTENS 2005: 44). Nicht ohne Grund werden die MDGs auch als „Minimum Entwicklungsziele“ und als „kleinste[r] gemeinsame[r] entwicklungspolitische[r] Nenner“ (MARTENS 2005: 44) bezeichnet. Die Schwäche des Konsenses stellt wohl die Kehrseite seiner Breite dar, viele Regierungen konnten vermutlich nur deshalb ins Boot geholt werden, weil eine große Anzahl kontroverser Themen ausgespart wurde. NUSCHELER und ROTH halten in Anlehnung an Jutta KRANZ-PLOTE fest, dass es sich bei den MDGs um keine „umfassende Entwicklungsagenda“ handelt, sondern um „Mindestvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben“ (NUSCHELER/ROTH 2005: 23f.).

Im Zusammenhang mit dem Kritikpunkt des verkürzten Verständnisses von Entwicklung steht das Ausblenden von strukturellen Ursachen von Armut (vgl. THIESMEYER 2009: 16, MARTENS 2005: 44, KÜBLBÖCK 2005: 138). Nach NUSCHELER und ROTH bekämpfen die MDGs vielmehr Symptome als Ursachen (vgl. NUSCHELER/ROTH 2005: 39). Auch KÜBLBÖCK spricht von der „Entpolitisierung der Debatte um Armutsminderung“ (KÜBLBÖCK 2005: 143), da die MDGs Armut als technische Frage darstellen, und nicht als gesellschaftspolitische Angelegenheit. Gerade dadurch werde, so KÜBLBÖCK, jedoch auch die politische Brisanz der Diskussion deutlich, da die Gewinner\_innen des Weltwirtschaftssystems über ausreichend Einfluss verfügten, um Maßnahmen, die ihren privilegierten Status infrage stellen würden, aus der Diskussion herauszuhalten (vgl. KÜBLBÖCK 2005: 143f.). So fokussieren die MDGs auf die Verantwortung der Länder des Südens, und lassen das Erreichen der Ziele als deren Bringschuld erscheinen (vgl. MARTENS 2005: 45). Dabei bleibt unberücksichtigt, dass der wirtschaftspolitische Spielraum dieser Länder von den Vorgaben der Bretton Woods Institutionen stark begrenzt ist:

„Dieses enge wirtschaftspolitische Korsett wird trotz zahlreicher empirischer

Ergebnisse und Erfahrungen [...] als Ursache für mangelnde Entwicklungsfortschritte beständig ignoriert. Während also einerseits die Interdependenzen in einer globalisierten Weltwirtschaft vielfältig thematisiert werden, werden diese im aktuell dominanten Entwicklungsdiskurs ausgeblendet.“ (KÜBLBÖCK 2005: 149)

Erst als Reaktion auf Kritik aus der Gruppe der 77, einem Zusammenschluss von inzwischen 141 Ländern des Südens, der in wirtschaftspolitischen Fragen als Interessengemeinschaft funktioniert, wurde in der 2001 herausgegebenen Road Map zur Umsetzung der Millenniumserklärung das achte MDG, „eine globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung schaffen“ an den Zielkatalog angefügt (vgl. MARTENS/DEBIEL 2008: 3). Dieses Ziel bezieht die Verantwortlichkeit der Länder des Nordens mit ein und thematisiert Bereiche wie Handel, Finanzsystem, Entwicklungsfinanzierung oder Schuldenerlass. Ziel 8 ist aber im Unterschied zu den restlichen Zielen allgemein gehalten und verfügt über keine quantitativen und zeitlichen Vorgaben (vgl. MARTENS/DEBIEL 2005: 3). Sein Potential zur Behebung struktureller Ursachen von Armut wird darüber hinaus angezweifelt (vgl. KÜBLBÖCK 2005: 149).

Zu den Tabubereichen der MDGs zählen neben der internationalen Wirtschaftsordnung auch Ungleichheiten zwischen sowie innerhalb von Ländern<sup>35</sup> (vgl. KÜBLBÖCK 2005: 144f.), Fragen der politischen Stabilität und Friedenssicherung, Themen wie Korruption, *Good Governance* oder Rechtsstaatlichkeit (vgl. NUSCHELER/ROTH 2005: 24ff.). Kritisiert wird darüber hinaus, dass die Bereiche ökologische Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit zwar vorkommen, jedoch nicht umfassend genug berücksichtigt würden (vgl. MARTENS 2005: 45, NUSCHELER/ROTH 2005: 29f., 33f.).

Abgesehen von diesen großen konzeptionellen Mängeln der MDGs erweisen sich auch andere Aspekte als problematisch. Viele Länder verfügen über keine genauen Daten und Statistiken um Veränderungen in den Bereichen der MDGs feststellen zu können. Probleme bereitet darüber hinaus die Vergleichbarkeit der Daten, da diese oft auf unterschiedliche Art und Weise erhoben werden (vgl. MARTENS/DEBIEL 2010: 7f.). Die vermeintliche Quantifizierbarkeit von Fortschritten, die häufig als Stärke der MDGs ausgelegt wird, ist daher nur bedingt gegeben.

Besonders an Ziel 1 wird zudem kritisiert, dass es bei weitem weniger ehrgeizig ist als es den Anschein hat. Die Armutsgrenze ist mit 1 US-\$ pro Tag willkürlich und sehr niedrig angesetzt

---

35 Im Hinblick auf die Mittel- und Osteuropäischen Länder trifft dies jedoch insofern nicht zu, als ein Anlass für die Berichte und Initiativen des UNDP in Bezug auf Roma-Communities die Annahme war, dass die für die MDGs erhobenen Daten Ungleichheiten zwischen Mehrheitsbevölkerung und Roma-Communities verschleiern würden (vgl. UNDP 2003: 87, siehe auch weiter unten).

---

(vgl. MARTENS/DEBIEL 2008: 8, KÜBLBÜCK 2005: 141). Verschiedene Tricksereien mittels unterschiedlicher Referenzgrößen lassen Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Willensanstrengung, welche die MDGs bedeuten sollen, aufkommen:

„Die beschriebenen Details der statistischen ‚Anpassung‘ werfen die Frage auf, wie sehr die ‚Erreichung‘ der MDGs vorrangig der politischen Legitimation des derzeitigen Weltwirtschaftssystems zu dienen hat.“ (KÜBLBÜCK 2005: 141)

Häufig wird es als eine der zentralen Aufgaben der MDGs angesehen, öffentliche Aufmerksamkeit für die Themen Armut und Unterversorgung zu schaffen und auf diese Art und Weise Druck auf Entscheidungsträger\_innen auszuüben. Die bisher erzielten Erfolge in diesem Bereich müssen aber als recht begrenzt eingeschätzt werden. Weder wurden die versprochenen Finanzmittel zur Verfügung gestellt, noch kam es in wirtschaftspolitischer Hinsicht zu Zugeständnissen der Länder des Nordens. Auch vielen Ländern des Südens wird mangelnde Orientierung an Armutsbekämpfung sowie Versäumnisse in Bereichen wie der Ressourcenmobilisierung oder *Good Governance* vorgeworfen (vgl. MARTENS/DEBIEL 2008: 11). Einschätzungen, ob die MDGs bis 2015 noch erreicht werden können, fallen skeptisch aus (vgl. NUSCHELER/ROTH 2005: 39f.), die globale Finanz- und Wirtschaftskrise erschwert ein Erreichen der Ziele noch zusätzlich (vgl. MARTENS/SCHULTHEIS 2010: 7ff.). Ein Scheitern wäre jedoch nicht alleine auf fehlende finanzielle Ressourcen zurückzuführen, da zentrale Bereiche, die zur Beseitigung der strukturellen Ursachen von Armut entscheidend sind, nicht angegangen werden. Dass ein Verfehlen der MDGs realistisch ist, zeigt auch die von der Weltbank angedachte Fristverlängerung (vgl. NUSCHELER/ROTH 2005: 39f.). Ein solch uninspirierter Umgang mit der Situation würde die Chance einer Neuorientierung vergeben, die Glaubwürdigkeit von Entwicklungspolitik weiterhin schwächen und möglicherweise auch eine Legitimationskrise auslösen.

Trotzdem lässt sich ab der Mitte der 1990er Jahre bei den Akteur\_innen des Entwicklungsdiskurses eine Vereinheitlichung der Positionen und eine breite Zustimmung zu den MDGs nachweisen. Diesen Konsens bezeichnen Andrea CORNWALL und Karen BROCK als bemerkenswert. Dabei werde durch die Kombination von vernünftigem Pragmatismus und moralischer Autorität von den beteiligten Akteur\_innen das Bild einer Welt hervorgerufen, in der die Ermöglichung eines selbstbestimmten Lebens für alle nur eine Frage der richtigen (nämlich der aktuell propagierten) Entwicklungsstrategie sei (vgl. BROCK/CORNWALL 2005: 1043f.). Die starke Wirkung solcher Entwicklungsmythen entstehe durch die überzeugende Rhetorik der

großen internationalen Institutionen, die das tröstliche Gefühl vermittelt, sie würden sich mit aller Kraft gemeinsam für das Wohlergehen aller einsetzen. Ergänzt wird die Rhetorik durch das normative Instrument der MDGs: „[they] serve an almost ceremonial function in bolstering a feeling of togetherness and purposefulness, of a visionary goal towards which to strive.“ (BROCK/CORNWALL 2005: 1055).

Als charakteristisch für den Konsens bezeichnen die beiden Autorinnen die Verwendung verschiedener Mode- oder Schlüsselbegriffe [buzzwords], insbesondere die Begriffe Partizipation, Empowerment oder Armutsbekämpfung würden dabei eine große Rolle spielen. Durch die positiven Assoziationen, die mit ihnen einhergehen, würden sie Entwicklungskonzepten nicht nur Legitimität verleihen, sondern auch kaum Angriffsfläche für Kritik bieten (vgl. BROCK/CORNWALL 2005: 1043f.). Alle drei der genannten Begriffe kommen aus unterschiedlichen Kontexten (z.B. sozialer Bewegungen) und bringen eine Geschichte wandelnder Bedeutung mit sich. BROCK und CORNWALL argumentieren nun, dass die Akteur\_innen des Entwicklungsdiskurses die Modebegriffe mit unterschiedlichen Inhalten besetzen, und die vorgebliche Kohärenz dadurch entstehen würde, dass sie wie Worthülsen funktionieren und verschiedene Bedeutungen zulassen (vgl. BROCK/CORNWALL 2005: 1045ff.). Innerhalb des Konsenses auf globaler Ebene würden die Dissonanzen jedoch überdeckt, und zur Entstehung von Entwicklungsmodellen führen, die als allgemein anwendbar verstanden werden:

„As identifiable discourse markers emerging from a supranational space, the MDGS represent a way of world making that lacks any sense of place. As participation and and empowerment have become normalised and bureaucratised through exercises in mainstreaming, goals and targets at the global level represent the next step of displacement from the specificities of the context.“ (BROCK/CORNWALL 2005: 1050)

Dabei überdeckt eine Rhetorik, die Zuversicht verbreitet und Aufbruchstimmung weckt, dass es sich bei Entwicklungsanliegen nicht um gegebene Sachzwänge und objektive Realität handelt, sondern um normative Konstrukte. Anstatt die Ursachen von Armut zu analysieren, werden die MDGs als Maß aller Dinge dargestellt. Die Aufmerksamkeit wird auf ihre Messbarkeit gelenkt, während Diskussionen sich auf die Wahrscheinlichkeit des Erreichens der Ziele, mögliche Gründe für ihr Scheitern und neue Strategien konzentrieren (vgl. BROCK/CORNWALL 2005: 1049f.). Diese Diskussionen werden dabei in hohem Maße dekontextualisiert geführt. CORNWALL und BROCK zeigen anhand eines Beispiels, dass ein Standardmodell zur Förderung von Partizipation in der Praxis Auswirkungen haben kann, die nicht geplant waren und an der eigentlichen Absicht

---

völlig vorbeigehen. Allgemein gehaltene Begriffe und Konzepte werden durch spezifische staatliche Strukturen, lokale Kontexte und Akteur\_innen verschiedener Ebenen immer wieder gebrochen und neu interpretiert (vgl. BROCK/CORNWALL 2005: 1051ff.).

Die MDGs vermitteln moralische Autorität und beinhalten einen Aufruf zum Handeln, sie ermöglichen es, durch die Vermittlung eines „we can do it“-Gefühls Menschen für sich einzunehmen. An den Zielen Kritik zu üben wird so erschwert. Denn durch die Verwendung positiv konnotierter, wandelbarer Schlüsselbegriffe wird es notwendig, zuerst die normativen Konzepte zu verdeutlichen, die hinter diesen Begriffen stehen, um sie anschließend problematisieren zu können (vgl. BROCK/CORNWALL 2005: 1055).

Vor dem Hintergrund, dass die MDGs so weite Kreise zogen, ist es wenig überraschend, dass sie auch in Bezug auf Roma-Communities ihre Wirkung hatten und diese in den Fokus des dominanten Entwicklungsdiskurses mit seinen Standardmodellen gerieten.

## **5.2 Die Decade of Roma Inclusion 2005–2015**

Verschiedene UN-Institutionen interessierten sich seit den 1970er Jahren für die Situation von Roma-Communities. So beschäftigte sich beispielsweise die Unterkommission zur Förderung und dem Schutz von Menschenrechten mit der Situation von ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten (vgl. KLÍMOVÁ-ALEXANDER 2005: 38, 53). Wie auch bei vielen anderen Institutionen ist hier eine Steigerung des Engagements ab den frühen 1990ern zu beobachten, welche durch den Zusammenbruch des Realsozialismus, die verstärkte Thematisierung von Minderheitenrechten und die zunehmende Migration von Roma-Communities Richtung Westen verursacht zu sein scheint. Dabei sind allerdings laut KLÍMOVÁ-ALEXANDER die Aktivitäten der UN-Institutionen im Vergleich mit jenen auf der europäischen Ebene als eher gering einzuschätzen (vgl. KLÍMOVÁ-ALEXANDER 2005: 53f.). So setzte auch das Engagement des UNDP erst relativ spät ein, nämlich mit der 2001 getroffenen Entscheidung, einen Roma Regional Human Development Report zu erstellen (vgl. KLÍMOVÁ-ALEXANDER 2005: 49).

Dieser Bericht erschien ein Jahr später unter dem Titel „Avoiding the Dependency Trap“ (UNDP

2003)<sup>36</sup> und befasste sich mit der Situation von Roma-Communities in Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Tschechien und der Slowakei. Er stellt die politische Diskussion um die Situation von Roma-Communities in einen neuen Kontext, der als „human development paradigm“ (UNDP 2002: 1) bezeichnet wird.

In „Avoiding the Dependency Trap“ heißt es, dass die bisherige Analyse der Lage von Roma-Communities meist entweder auf Basis von Verletzungen von Grund- und Menschenrechten oder im Zusammenhang mit sozialen Maßnahmen für marginalisierte Gruppen erfolge (vgl. UNDP 2003: 7). Der Report verspricht im Gegensatz dazu eine umfassendere Analyse, die aus einer Entwicklungsperspektive heraus „choices, opportunities, participation, and responsibility“ miteinbezieht, und auf die tiefer liegenden Ursachen der Probleme von Roma-Communities Bezug nimmt um daraus geeignete und nachhaltige Strategien abzuleiten. Als deren langfristiges Ziel wird die Integration von Roma-Communities in die Mehrheitsgesellschaft angegeben (UNDP 2003: 1, 7).

Um dies erreichen zu können, müssten „development opportunities“ (UNDP 2003: 2) gegeben sein. Dabei käme es laut dem UNDP auf die Erweiterung der Wahlmöglichkeiten an, die Menschen haben um ihr Leben zu gestalten (UNDP 2003: 8). Eine wichtige Rolle spielten dabei die Dimensionen des Human Development Index, nämlich Lebensstandard, Bildung und Gesundheit. Entwicklung müsste jedoch darüber hinausgehend breiter verstanden werden: „Human development must be defined in terms of people's welfare and the expansion of their capabilities and functioning“ (UNDP 2003: 8), elementar sei zudem die Freiheit und Würde des Individuums. Als letzter wichtiger Punkt wird betont, dass Entwicklungsprozesse durch aktive Partizipation der Betroffenen getragen und mitbestimmt werden sollen (vgl. UNDP 2003: 8).

Wie in diesem Kapitel bereits gezeigt wurde, stellen in erster Linie die MDGs den Bezugsrahmen des aktuellen, dominanten Entwicklungsdiskurses dar. Dementsprechend wurden diese auch im Bericht „Avoiding the Dependency Trap“ im Zusammenhang mit Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Tschechien und der Slowakei thematisiert. Obwohl alle fünf Länder die Ziele voraussichtlich erfüllen werden, wird darauf hingewiesen, dass die Durchschnittswerte Unterschiede innerhalb der Bevölkerung verschleiern. Das UNDP schätzt, dass Roma-Communities in allen Bereichen der MDGs weit zurückliegen, was jedoch durch die Datenerhebung auf nationaler Ebene untergeht. Deshalb wird der Vorschlag gemacht, zukünftig

---

<sup>36</sup> Dieser Bericht gehört dem von mir ausgewählten Materialkorpus an und wird im nächsten Kapitel noch ausführlicher behandelt werden.

---

disaggregierte Daten zu erheben (vgl. UNDP 2003: 46, 51). Der Bericht soll einerseits dazu beitragen, neues Datenmaterial bereitzustellen, um die Situation von Roma-Communities besser einschätzen zu können. Andererseits wird die Ausarbeitung eines Regelwerks für die Zusammenarbeit zwischen jenen Akteur\_innen angestrebt, die in Entwicklungsprojekten tätig sind, die gefährdete Bevölkerungsgruppen wie Roma-Communities zur Zielgruppe haben (vgl. UNDP 2003: 9).

„Avoiding the Dependency Trap“ wird als überaus einflussreiches und für die DoRI grundlegendes Dokument eingeschätzt (vgl. ACTON nach KLÍMOVÁ-ALEXANDER 2005: 114, KIROVA 2007: 37). Thomas ACTON, Professor für Romani Studies, bezeichnet den Bericht jedoch als tragisches Beispiel für die Reproduktion von Stereotypen, das mit politisch korrekter Rhetorik Assimilationspolitik befördert. Angesichts der Bedeutung des Reports werde die Debatte um die Situation von Roma-Communities davon wesentlich geprägt (vgl. ACTON 2006: 30, ACTON nach KLÍMOVÁ-ALEXANDER 2005: 114).

Im Juni 2003 wurde von der Weltbank und der Stiftung Open Society Institute (OSI)<sup>37</sup> die Konferenz „Roma in an Expanding Europe: Challenges for the Future“ in Budapest veranstaltet, auf der die Durchführung der Decade of Roma Inclusion (DoRI) beschlossen wurde. Der Startschuss dafür wurde schließlich im Februar 2005 in Sofia durch die Unterzeichnung einer Deklaration gesetzt (vgl. NICOLAE 2005: 1). Inzwischen beteiligen sich die Regierungen von zwölf Ländern daran, ebenso wie der Europarat, die Weltbank, das UNDP und das OSI. Die weiteren teilnehmenden Organisationen sind das European Roma Rights Center, das European Roma Information Office und das European Roma and Travellers Forum, die Entwicklungsbank des Europarates, die Kontaktstelle für Fragen der Roma und Sinti des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE, zudem das Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen HABITAT, der Hohe Flüchtlingskommissar sowie das Kinderhilfswerk

---

<sup>37</sup> Das Open Society Institute wurde als Teil der Open Society Foundations 1993 vom milliardenschweren Finanzspekulanten und selbsternannten Philanthropen George Soros ins Leben gerufen. Die ursprüngliche Zielsetzung der 1984 gegründeten Open Society Foundations lautete „to help countries make the transition from communism“, darüber hinaus heißt es: „The Open Society Foundations work to build vibrant and tolerant democracies whose governments are accountable to their citizens“ (Open Society Foundations o.J., online). Soros gründete beispielsweise 1991 die Central European University in Budapest. Nicolas Guilhot (2007) setzt sich anhand dieser Universität mit dem privilegierten Zugriff auf die Wissensproduktion in den Sozialwissenschaften auseinander, der durch philanthropische Praxis entsteht (Guilhot 2007: 447). Die Aktivitäten der Open Society Foundations erstrecken sich mittlerweile auf über 70 Länder, im Jahr 2009 betragen ihre Mittel 636 Millionen Dollar (vgl. Open Society Foundations 2010), womit das Budget in etwa dem der öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs im selben Jahr entspricht (819,91 Millionen Euro) (vgl. Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten Sektion VII – Österreichische Entwicklungszusammenarbeit 2010: 8)

der UN.

Auf der Webseite der Initiative werden die Ziele der DoRI folgendermaßen beschrieben:

„The Decade of Roma Inclusion 2005–2015 is an unprecedented political commitment by European governments to improve the socio-economic status and social inclusion of Roma. The Decade is an international initiative that brings together governments, intergovernmental and nongovernmental organizations, as well as Romani civil society, to accelerate progress toward improving the welfare of Roma and to review such progress in a transparent and quantifiable way. The Decade focuses on the priority areas of education, employment, health, and housing, and commits governments to take into account the other core issues of poverty, discrimination, and gender mainstreaming.”  
(DECADE OF ROMA INCLUSION o.J.a online)

Jedes der teilnehmenden Länder übernimmt für jeweils ein Jahr die Präsidentschaft der DoRI, und damit wichtige organisatorische Aufgaben wie die Ausrichtung von Meetings und Konferenzen, die Erstellung eines Budgets, die Organisation von Koordination und Austausch zwischen den mitwirkenden Ländern (vgl. DECADE OF ROMA INCLUSION: 2005). Die beteiligten Regierungen sind darüber hinaus verpflichtet, in sogenannten Decade Action Plans ihre Schwerpunkte und Vorhaben festzulegen (vgl. DECADE OF ROMA INCLUSION o.J.a, online). Die Mehrzahl dieser Pläne beinhaltet jedoch wenig mehr als Auflistungen verschiedener Kategorien wie Ziele/Aktivitäten, Maßnahmen, Indikatoren, Datenverfügbarkeit, Zeitlimit oder Finanzierung.<sup>38</sup>

Beurteilt werden die Aktivitäten der Regierungen von Roma-NROs und Aktivist\_innen, die unterstützt von OSI und Weltbank sogenannte Decade Watch Reports erstellen. Die ersten beiden dieser Berichte (DECADE WATCH 2007, 2008) evaluieren zum einen die Qualität der einzelnen Decade Action Plans und untersuchen zum anderen, inwieweit institutionelle Vorkehrungen zur Durchführung der DoRI getroffen wurden. Als dritten Punkt werden Maßnahmen unter die Lupe genommen, die sich auf die vier als DoRI-Prioritäten definierten Bereiche beziehen, nämlich Bildung, Gesundheit, Arbeit und Wohnen (vgl. DECADE WATCH 2007: 15, 20). Unter Verweis auf die erst kurze vergangene Zeitspanne sowie auf den Mangel an Daten wird nicht versucht, Auswirkungen der Maßnahmen zu erfassen (vgl. DECADE WATCH 2007: 15) Der Bericht aus 2008 versteht sich als Update des vorigen und behält denselben Zugang bei.

Beide Berichte kritisieren den Mangel an Daten als eines der größten Probleme in Bezug auf die Durchführung der DoRI, und fordern konkrete, messbare Zielsetzungen bis 2015 (vgl. DECADE WATCH 2007: 18f., DECADE WATCH 2008: 17, 19). Als Erfolg wird verbucht, dass die DoRI zum

---

38 Alle Pläne sind auf der Webseite der DoRI (vgl. Decade of Roma Inclusion o.J.b, online) einsehbar.

---

Bezugspunkt für Regierungen ebenso wie für Roma-NROs wurde. Zudem wird auf die Bestrebungen von einigen Regierungen hingewiesen, die zur Ausarbeitung einer neuen Strategie auf EU-Ebene aufrufen (vgl. DECADE WATCH 2008: 17). Dieses Bestreben war, wie in Kapitel 4.4 bereits kurz erwähnt wurde, im April 2011 von Erfolg gekrönt, als die Europäische Kommission das „EU Framework for National Roma Integration Strategies up to 2020“ vorstellte. Darin werden sogenannte „EU Roma Integration Goals“ präsentiert, die an den Prioritäten der DoRI orientiert sind (vgl. EUROPEAN COMMISSION 2011: 4). RÖVID interpretierte in einem Vortrag das Bemühen um Koordination und Zusammenarbeit zwischen DoRI und EU als Reaktion auf die mangelnden Erfolge der DoRI. Seiner Einschätzung nach werde die EU, welcher die DoRI nach der Phase der Beitrittsverhandlungen mit den EU-10 den Rang abgelaufen hatte, nun wieder an Bedeutung gewinnen.<sup>39</sup>

Der letzte, 2010 herausgegebene Decade Watch Bericht versucht schließlich, der Frage nach Veränderungen und Verbesserungen der Situation von Roma-Communities nachzugehen. Dies geschieht in Ermangelung von Daten und in Anerkennung der Limitierungen dieses Vorgehens „based on a total of 300 interviews with experts on the integration of Roma“ (DECADE WATCH 2010: 16). Als die größten Herausforderungen der DoRI bezeichnet werden die Bereitstellung von Daten sowie die offenen Fragen, wie Monitoring und Evaluierung von Maßnahmen möglich sein könnten (DECADE WATCH 2010: 22).

Ein Bericht des OSI, der sich ebenfalls mit der Verfügbarkeit von empirischem Material zur Situation von Roma-Communities in den an der DoRI teilnehmenden Ländern beschäftigt, titelt plakativ: „No Data – No Progress“ (OSI 2010). Die Bestandsaufnahme mittels umfassender Daten gilt darin als Grundvoraussetzung für die Implementierung von erfolgversprechenden Maßnahmen (vgl. OSI 2010: 10). Die Vermessbarkeit des status quo sowie die Quantifizierbarkeit und Vergleichbarkeit von Fortschritten stellen ohne Zweifel einige jener Themen dar, die innerhalb der DoRI sehr viel Raum einnehmen.

Es gibt darüber hinaus auch andere Aspekte, die durchaus diskussionswürdig sind. So stellt sich im Kontext der DoRI, ebenfalls wie im Zusammenhang mit anderen internationalen Institutionen, die Frage nach legitimer Repräsentation. Die Auswahl der zur bereits erwähnten Konferenz „Roma in an Expanding Europe: Challenges for the Future“ geladenen Vertreter\_innen wird beispielsweise kritisiert. Dabei seien junge Aktivist\_innen der Roma-

---

<sup>39</sup> Sinngemäß zitiert aus dem Vortrag Rövids „The pro-Roma global civil society: acting out for, with or instead of Roma?“, gehalten im Rahmen der Jahrestagung der Gypsy Lore Society im September 2011 in Graz.

Bewegung sehr präsent gewesen, während manche ältere, „traditionelle“ Repräsentant\_innen übergangen worden wären (vgl. NICOLAE 2005: 1).

Bedenkt man, dass viele Roma-NROs mit dem Problem mangelnder Unterstützung von unten und fehlendem Mobilisierungspotential zu kämpfen haben, so gewinnt man den Eindruck, dass die Einbindung von Roma-Communities eine Herausforderung darstellt, die noch bei weitem stärker thematisiert werden müsste. Auch der Decade Watch Bericht aus 2009 adressiert das Thema Partizipation und kommt dabei zu dem Schluss, dass diese nicht in ausreichendem Maße gegeben sei (vgl. DECADE WATCH 2010: 11).

Die DoRI scheint also von *top-down*-Strategien geprägt zu sein, in denen Roma-Communities meist die Rolle der passiven Zielgruppen zukommt. Von manchen wird die DoRI sogar als Versuch der internationalen Institutionen interpretiert, eine entstehende Roma-Bewegung durch Einbindung zu entpolitisieren und „unter Kontrolle zu bringen“ (vgl. TEMPLER 2006). Auch wenn diese Arbeit keine vollständige Untersuchung der Maßnahmen und Ansätze der DoRI leisten kann und möchte<sup>40</sup>, so lässt sich doch aufgrund der starken Bezüge der DoRI zu den MDGs vermuten, dass auch weitere zentrale konzeptionelle Probleme, die die MDGs betreffen, ebenso für die DoRI gelten könnten: Komplexe Problemstellungen werden auf Zielsetzungen und Indikatoren reduziert, der vermeintlichen Vermessbarkeit von Lebensrealitäten wird mehr Platz eingeräumt als der Analyse struktureller Ursachen. Die Zielsetzungen selbst werden dabei als gegeben dargestellt, deren normative Hintergründe nicht thematisiert.

Ob die DoRI folglich als eines von „today's one size-fits-all development recipes“ (BROCK/CORNWALL 2005: 1043) und als geeignete Strategie zur Verbesserung der Situation von Roma-Communities angesehen werden kann, scheint somit fraglich. Und dennoch: die Initiative ist Ausdruck eines Prozesses, der bewirkte, dass Roma-Communities zu einer Zielgruppe des Entwicklungsdiskurses wurden. Was dies im einzelnen bedeutet und welche Repräsentationen von Roma-Communities in Berichten aus dem Umfeld der DoRI erzeugt werden, soll im nächsten Kapitel analysiert werden.

---

<sup>40</sup> Anhand der hier herangezogenen Quellen, wie Webpräsenz und Berichte der DoRI, sowie der eher spärlich vorhandenen Sekundärliteratur, wäre es auch nicht möglich, einen ausgewogenen Einblick in die Dynamiken dieser Initiative zu geben.



---

## 6 – Analyse

In diesem Kapitel soll die Analyse der ausgewählten Texte erfolgen. Zunächst werde ich auf jeden der Berichte kurz eingehen. Zwar zeichnet sich für alle Berichte das United Nations Development Programme (UNDP) verantwortlich, bei manchen Reporten ist jedoch ersichtlich, dass sie von einem Regionalbüro verfasst wurden, welches in diesem Falle angegeben wird. Des Weiteren folgen einige Stichpunkte zum Umfang, zum Verhältnis zwischen den Berichten, zu Aufbau und Zielsetzungen sowie zu eventuellen Besonderheiten der Reporte. Mit Ausnahme des Berichtes „Avoiding the Dependency Trap“, der herausgegeben wurde bevor die Decade of Roma Inclusion (DoRI) ins Leben gerufen wurde und der in ihrem Vorfeld eine wichtige Rolle spielte, waren die Millennium Development Goals (MDGs) und die DoRI für alle Dokumente zentrale Anlässe. Zwar werden in den Texten teilweise darüber hinaus noch spezifische Ziele genannt, es kann jedoch generell gesagt werden, dass das Sammeln von Daten, das Generieren von Wissen über Roma-Communities bzw. „vulnerable groups“<sup>41</sup> im Rahmen von MDGs und DoRI die wesentliche Motivation der Berichte darstellt. Diese Motivation wird als selbsterklärende Legitimation angesehen.

Nachdem die Berichte kurz vorgestellt wurden (Kapitel 6.1), sollen die wichtigsten Themen der Reporte untersucht werden (Kapitel 6.2). Dabei orientiere ich mich an der von JÄGER vorgeschlagenen Strukturanalyse, welche bereits in Kapitel 2 zum methodischen Vorgehen dieser Arbeit beschrieben wurde. Hier steht nicht allein der Inhalt im Zentrum, sondern vor allem, wie die in den Berichten behandelten Themen dargestellt, diskutiert und verknüpft werden, sowie welche Argumentationsstränge und -strategien erkennbar sind.

Im darauf folgenden Kapitel finden Aspekte der ebenfalls in Kapitel 2 dargestellten Feinanalyse JÄGERS Eingang. Die Fragestellungen dieser Arbeit beziehen sich insbesondere auf die

---

41 Darunter werden neben Roma-Communities auch Flüchtlinge und Heimatlose gefasst, deren Situation in einigen Berichten, die die Balkanländer betreffen, ebenfalls untersucht wird. Das Konzept der *Vulnerability* wird im Bericht zu Montenegro folgendermaßen beschrieben: „Poverty and the risk of falling into poverty are usually the first criterion for determining vulnerability. In addition to poverty, vulnerability may surface due to the lack of educational opportunities, inadequate personal (physical) security, poor housing and poor access to health care; experiencing multiple disadvantages usually distances vulnerable groups from social and community networks as well. Displacement is another major determinant of vulnerability, and so is ethnic or religious affiliation, disability, or age. Gender can also further exacerbate vulnerability. In south-east Europe, groups that are usually perceived as particularly vulnerable are Roma and other ethnic minorities, women, those with less education, the unemployed, the displaced, and those living in rural areas“ (UNDP 2006d: 12).

---

Repräsentationen, die von Roma-Communities in diesen Berichten erzeugt werden, weshalb dabei die bereits in Kapitel 2.2 angeführten Fragen behandelt werden.

Schließlich sollen die Ergebnisse dieser Analyse dem in Kapitel 3.4 gewonnenen Konzept von Orientalisierung gegenübergestellt werden (Kapitel 6.3).

## 6.1 Vorstellung der Berichte

### **(1) UNDP (2003): Avoiding the Dependency Trap. The Roma Human Development Report.**

Verfasst vom UNDP Bratislava Regional Centre, 126 Seiten.

Dieser Bericht untersucht die Situation von Roma-Communities in Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Tschechien und der Slowakei aus Sicht einer „human development’ perspective“ (UNDP 2003: 1). Dabei ist er der erste, der einen solchen Zugang verfolgt und stellt dadurch einen Schlüsseltext dar. Nach einem kurzen historischen Überblick zu Roma-Communities in Europa wird folgenden Themen jeweils ein Kapitel gewidmet: Demographie und Sozialstruktur, Arbeit und Arbeitslosigkeit, Haushaltseinkommen und Armut, Bildung, Gesundheitszustand und Trends, Interaktion mit anderen ethnischen Gruppen sowie politische Repräsentation. Auf den Entstehungskontext, die Zielsetzungen und die Bedeutung des Berichts für die Diskussion um Roma-Communities und die DoRI wurde im vorigen Kapitel (siehe Punkt 5.2) bereits eingegangen. Die Relevanz des Reports wird dadurch unterstrichen, dass sich sämtliche anderen Berichte, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, auf ihn beziehen.

### **(2) UNDP (2005): Faces of Poverty, Faces of Hope. Vulnerability Profiles for *Decade of Roma Inclusion* countries.**

86 Seiten.

Dieser Bericht setzt es sich zum Ziel, sozioökonomische Profile der Roma-Communities in jenen Ländern (bzw. Regionen) zu erstellen, die an der DoRI teilnehmen (zu diesem Zeitpunkt: Bulgarien, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Rumänien, Serbien, Tschechien und Ungarn). Diese Publikation ist Teil einer Reihe regionaler und nationaler Reports, die aus der vom UNDP durchgeführten „Vulnerable Groups Survey“ (UNDP 2006a: 6) hervorging. Der Bericht wird auch als „snapshot“ (UNDP 2006a: 7) bezeichnet, nur wenige Zahlen und

Indikatoren werden präsentiert. Folgende Themen werden dabei behandelt: Armut, Arbeitslosigkeit, Bildung, Geschlechtergerechtigkeit und Ermächtigung von Frauen, Wohnen und Lebensumstände. Zur Beschreibung der Situation in den einzelnen Ländern wird über Tabellen und Graphiken hinausgehend nur jeweils eine Seite verwendet.

**(3) UNDP (2006a): At Risk: Roma and the Displaced in Southeast Europe.**

Verfasst vom Regional Bureau for Europe and the Commonwealth of Independent States, 132 Seiten.

Der Bericht versteht sich als Fortführung und Erweiterung des Reports „Avoiding the Dependency Trap“, führt jedoch das Konzept der *Vulnerability* ein und verbreitert dadurch die Zielgruppe der Studie. Er befasst sich mit den Ländern Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Rumänien und Serbien und präsentiert vergleichend die Ergebnisse der „Vulnerable Groups Survey“. Ergänzt wird dieses Dokument durch nationale Berichte, die nachstehend ebenfalls vorgestellt werden. Der Balkankonflikt und seine Folgen verkomplizieren die Situation in dieser Region noch zusätzlich. Neben Roma-Communities werden auch Heimatlose und Flüchtlinge als „gefährdete Gruppen“ wahrgenommen und in den Untersuchungen dieser Serie an Berichten berücksichtigt.

Nach einer Einführung zu Roma-Communities am Balkan wird anhand der vier Prioritäten der DoRI vorgegangen. Der folgende Teil zu Flüchtlingen und Heimatlosen ist gleichermaßen strukturiert.

**(4) UNDP (2006b): National Vulnerability Report for Macedonia. Focus on Roma.**

31 Seiten.

Auch dieser Bericht gehört zur *Vulnerability*-Serie, allerdings handelt es sich in diesem, wie in den folgenden Fällen, um einen Nationalreport. Er soll zur Umsetzung der im Rahmen der DoRI verfassten Aktionspläne beitragen (vgl. UNDP 2006a: 6). Nachdem die Bedeutung der DoRI herausgestellt wurde, befasst sich der Bericht mit dem Ausmaß von Armut in Roma-Communities, um anschließend die DoRI-Kernthemen Arbeit, Wohnen, Bildung und Gesundheit zu beleuchten. Abschließend werden die wesentlichen Herausforderungen zusammengefasst.

**(5) UNDP (2006c): At Risk: The Social Vulnerability of Roma in Albania.**

Verfasst von UNDP Albania, 44 Seiten.

---

Nach einer kurzen Einleitung zu Präsenz und Geschichte von Roma-Communities in Albanien, sowie zu den Bestrebungen auf internationaler Ebene zur Verbesserung ihrer Situation, werden folgende Themen behandelt: Einkommen und Lebensstandard, Gesundheitszustand und Gesundheitsfürsorge, Bildung, Arbeitsmarkt, sowie Sozialkapital und politische Repräsentation. Das letzte Kapitel schließt mit Empfehlungen für Maßnahmen in diesen Bereichen. Als Ziel des Reports gelten einerseits die Schaffung von Bewusstsein über die wirtschaftlichen und sozialen Rechte und Bedürfnisse von Roma-Communities, andererseits sollen die Regierung, sowie andere Akteur\_innen, die die Inklusion von Roma-Communities in die albanische Gesellschaft fördern wollen, mittels des gewonnenen Datenmaterials unterstützt werden (vgl. UNDP 2006c: 8).

**(6) UNDP (2006d): At Risk: The Social Vulnerability of Roma, Refugees and Internally Displaced Persons in Montenegro.**

Verfasst von UNDP Montenegro, 48 Seiten.

Nach der Einführung, die auf MDGs und DoRI Bezug nimmt, leiten folgende Themen die Untersuchungen: Armut und Arbeitslosigkeit, Bildung, Gesundheit und Wohnen, es stehen also wieder die vier DoRI-Prioritäten im Zentrum. Der Bericht behandelt nicht nur Roma-Communities, sondern auch die Situation von Flüchtlingen und Heimatlosen. Die gesammelten Daten werden nebeneinandergestellt und gemeinsam präsentiert.

**(7) UNDP Serbia (2006e): At Risk: The Social Vulnerability of Roma, Refugees and Internally Displaced Persons in Serbia.**

Verfasst von UNDP Serbia, 48 Seiten.

Auch dieser Bericht folgt dem Schema, das in den meisten Berichten der „Vulnerable Groups Survey“ deutlich wird. Nachdem über die internationalen Bestrebungen zur Verbesserung der Situation von Roma-Communities informiert wurde und der Report und seine Ziele auf diese Weise eingeordnet und vorgestellt wurden, werden die vier DoRI-Kernthemen Arbeit, Bildung, Gesundheit und Wohnen behandelt. Auch in diesem Fall werden die Daten von Roma-Communities, Flüchtlingen und Heimatlosen parallel vorgestellt.

**(8) UNDP (2007a): Report on the Living Conditions of Roma in Slovakia.**

Verfasst vom Regional Bureau for Europe and the Commonwealth of Independent States, 103 Seiten.

Dieser Report gehört ebenfalls zur Serie der *Vulnerability*-Reports, er widmet sich den „life chances“ von Roma-Communities und möchte deren Dynamiken und Strukturen nachgehen (vgl. UNDP 2007a). Folgende Themen werden behandelt: Bevölkerungsstruktur von Roma-Communities, die soziale Situation von Haushalten, in denen Roma-Communities leben, Bildung, sowie Inklusion und Exklusion am Arbeitsmarkt. Eine Besonderheit des Berichts stellt die Vorgehensweise dar, Roma-Communities je nach Siedlungstyp in drei Gruppen zu unterteilen: eine Gruppe wohnt in segregierten Siedlungen, in denen ausschließlich Roma-Communities leben, die zweite Gruppe wohnt in Gemeinden gemeinsam mit der Mehrheitsbevölkerung, jedoch in abgesonderten Teilen. Die dritte Gruppe lebt in durchmischtem Gebiet (vgl. UNDP 2007a: 18).

### **(9) UNDP Moldova (2007b): Roma in the Republic of Moldova.**

Verfasst von UNDP Moldova, 118 Seiten.

Ziel des Berichts ist es, eine Diskussion um nachhaltige Entwicklungsmöglichkeiten für gefährdete Gruppen anzuregen, wobei insbesondere der Mangel an notwendigen Daten, das Fehlen an ganzheitlichen Zugängen, sowie das fehlende Bewusstsein darüber, dass von Entwicklungschancen langfristig Minderheit und Mehrheit profitieren, adressiert werden sollen (vgl. UNDP 2006c: 8). Folgende Themen strukturieren den Report: Die soziodemographische Situation, Einkommen, Ausgaben und Armut, Bildung, Arbeit und Arbeitslosigkeit, Gesundheitszustand, Wohnverhältnisse, Sicherheit und Beziehungen zur Gemeinde, sowie Migration.

Auch in diesem Bericht finden sich einige direkte Zitate von „Roma-leaders [sic]“, die für die Untersuchungen interviewt wurden (vgl. z.B. UNDP 2007b: 11, 34, 101).

## **6.2 Analyse**

### **(1) Themen**

Wie bereits in der kurzen Vorstellung der Berichte zu erkennen war, ist deren Grundstruktur jeweils ähnlich. Diese orientiert sich an den Untersuchungen, die mittels Interviews mit Angehörigen von Roma-Communities, in einigen der Berichte außerdem auch mit Heimatlosen und Flüchtlingen durchgeführt wurden. Darüber hinaus wurden auch Angehörige der

---

Mehrheitsbevölkerung interviewt, die Daten der verschiedenen Gruppen werden einander meist vergleichend gegenübergestellt. Das für die Auswahl der Stichprobe der Mehrheitsbevölkerung entscheidende Kriterium war der Wohnort in unmittelbarer Nähe eines Ortes, in dem auch Angehörige von Roma-Communities befragt wurden. Auf diese Art und Weise sollte gewährleistet werden, dass die sozioökonomischen Umstände, unter denen die Befragten leben, möglichst vergleichbar sind.

Die vier DoRI-Themen Bildung, Gesundheit, Arbeit und Wohnen spielen in allen Berichten eine zentrale Rolle. Dabei kommt es in den zahlreichen Tabellen und Grafiken, die die Reporte enthalten, meist zu einer recht plakativen Gegenüberstellung von Roma-Communities und Mehrheitsbevölkerung (bzw. „non-Roma“, siehe dazu Kapitel 6.3). Die Ergebnisse der Roma-Communities gelten in jeglicher Hinsicht als problematisch, oder sie werden jedenfalls als schlechter bewertet als die der Mehrheitsbevölkerung, egal ob es sich um die Einschulungsquote handelt, um die durchschnittliche Wohnfläche, die einer Person zur Verfügung steht, um den Zugang zu modernen Kommunikationsmitteln oder um ausstehende Stromrechnungen (vgl. z.B. UNDP 2005: 14, 16, 22, 24, UNDP 2006a: 30, UNDP 2006c: 14, UNDP 2006d: 26, 38, UNDP 2006e: 30f.). Zwar werden einige wenige Versuche unternommen, um diese Homogenisierungen etwas aufzubrechen (siehe unten), den Eindruck, dass hier zwei verschiedene Welten miteinander verglichen werden, können sie aber nicht aufheben.

Wie zu erwarten war, spiegeln die Berichte hier den Fokus der MDGs auf die Vermessung von Lebensverhältnissen wider. Durch die dürftige Kontextualisierung der gewonnenen Daten kann auch in Bezug auf diese Berichte gelten, dass strukturelle Gründe für Armut vernachlässigt werden, Armut eher als technische Frage betrachtet wird und weniger als gesellschaftspolitische. Das Interesse dieser Analyse richtet sich im Folgenden aber nicht auf die Daten, die in den Berichten präsentiert werden, sondern darauf, in welchem Kontext diese diskutiert werden. Über die vier Prioritäten Arbeit, Bildung, Gesundheit und Wohnen hinaus definiert die DoRI drei weitere Kernbereiche, nämlich Armut, Diskriminierung und Gender-Mainstreaming. Diese drei Kernbereiche finden in den Berichten in unterschiedlichem Ausmaß Berücksichtigung. Armut kann als eines der zentralen Motive der Dokumente bezeichnet werden, auf das in vielen Zusammenhängen Bezug genommen wird und das beinahe omnipräsent ist. Im Gegensatz dazu findet Diskriminierung wesentlich weniger Beachtung. Da Diskriminierung aber als Kernthema definiert wurde und wenigstens potentiell Gelegenheit gibt, auf strukturelle Benachteiligungen von Roma-Communities einzugehen, soll der Umgang damit auch in der Analyse untersucht

werden. Als dritter Kernbereich wird auch Gender-Mainstreaming kurz behandelt. Ein weiteres entscheidendes Thema der Berichte ist das der Integration oder der (sozialen) Inklusion, durch welches Zielvorstellungen der Reporte und der darin vorgeschlagenen Maßnahmen näher bestimmt werden. Die Analyse in diesem Kapitel ist durch die bisher genannten Themen strukturiert. Wie deutlich werden wird, sind diese jedoch auf vielfältige Art und Weise untereinander und darüber hinaus mit noch weiteren Themen verknüpft, von denen einige auch erst unter Punkt (2), der sich mit der Zielgruppe der Berichte befasst, behandelt werden.

**Armut** ist in allen Berichten ein Thema, das ausführlich diskutiert wird. Dargestellt werden verschiedene Zugänge zu Armut, Armutsindikatoren sowie weiter reichende Konzepte wie soziale Exklusion (siehe dazu weiter unten) oder *Vulnerability*. Häufig stellt die Auseinandersetzung mit Armut nach den einleitenden Kapiteln den ersten inhaltlichen Bereich in den Reports dar. Darüber hinaus ist Armut als Ursache und Folge des niedrigen Bildungsniveaus, der hohen Arbeitslosigkeit, des schlechten Gesundheitszustandes und der problematischen Wohnverhältnisse als Thema stetig präsent. Dies drückt sich auch aus im Motiv des „vicious cycle [oder circle] of poverty“ (z.B. UNDP 2006a: 2, UNDP 2006c: 6, UNDP 2006e: 19, UNDP 2007b: 10, 53) oder verschiedenen Varianten der Formulierungen „vicious circle of social exclusion“ oder „vicious circle of marginalization“ (vgl. z.B. UNDP 2003: 3, 34, UNDP 2006b: 5, 19, UNDP 2006c: 7, UNDP 2006d: 25, UNDP 2006e: 1, UNDP 2007a: 9, 87, UNDP 2007b: 14).

Oxford Dictionaries beschreiben einen „vicious circle“ oder „vicious cycle“ folgendermaßen: „a sequence of reciprocal cause and effect in which two or more elements intensify and aggravate each other, leading inexorably to a worsening of the situation“ (vgl. Oxford Dictionaries o.J., online). Die anderen Themen der Untersuchungen werden, insbesondere im Bericht „Avoiding the Dependency Trap“, immer wieder durch dieses Motiv des „Teufelskreises“ miteinander verknüpft. Die Anstrengungen zur Verbesserung der Situation von Roma-Communities scheinen so nur wenig aussichtsreich, wenn nicht gar aussichtslos. Verschiedene Faktoren werden in dieses Motiv des Teufelskreises integriert.

Ein Thema, das dabei häufig diskutiert wird, ist jenes der Abhängigkeit vom Sozialsystem (vgl. UNDP 2003: 41, UNDP 2006a: 103, UNDP 2007a: 47ff., UNDP 2007b: 46). Im Bericht „Avoiding the Dependency Trap“ wird immer wieder hervorgehoben, dass „dependency culture“,

---

also die Abhängigkeit von Sozialleistungen, eine große Gefahr darstellt, worauf sich auch der Titel des Dokumentes bezieht. Schwache Anreize, das „soziale Sicherheitsnetz“ zu verlassen, würden die Abhängigkeit verstärken und so zu einem Teufelskreis führen (vgl. UNDP 2003: 42). Die „asymmetrische Teilhabe“ am Sozialsystem (geringer Anteil an Einzahlungen, hohe Inanspruchnahme von Leistungen) würde wiederum zu Exklusion und Stigmatisierung führen, was die Möglichkeiten, zum Sozialsystem beizutragen, weiter vermindere. Auch dieser Zusammenhang wird als Teufelskreis bezeichnet (vgl. UNDP 2003: 43). Deutlich wird, dass die Beteiligten oder Betroffenen dieser zirkulären Dynamik ausgeliefert zu sein scheinen. In diesem Beispiel führt dies dazu, dass Exklusion und Stigmatisierung als unausweichlich angesehen und so legitimiert werden. Der Eindruck wird durch folgende Aussage bestätigt: „[...] the social welfare system can create systemic preconditions for ethnic exclusion, providing rational arguments for ethnic intolerance and rejection“ (UNDP 2003: 43). Eine ähnliche Argumentation findet sich im Bericht „Südosteuropa“, wenn hier auch das Schlagwort „Teufelskreis“ in diesem Zusammenhang nicht direkt fällt, sondern vor der „Armutsfalle“ gewarnt wird (vgl. UNDP 2006a: 103f.).

In „Avoiding the Dependency Trap“ wird der Teufelskreis außerdem in Zusammenhang gebracht mit einer sogenannten „ghetto culture“, zu der unzureichende Bildung, schlechte Gesundheit, Langzeitarbeitslosigkeit, unregelmäßige Arbeitsverhältnisse, Beschäftigung im informellen Sektor sowie Abhängigkeit von Sozialleistungen beitragen würden. Das fortdauernde Zusammenwirken dieser Faktoren würde zu „irreversibler Marginalisierung und einem Teufelskreis der Exklusion“ führen (UNDP 2003: 43). Auch dieser Absatz findet sich, wie schon die Problematisierung der Abhängigkeit von sozialen Leistungen, gleichlautend im Bericht zu Moldawien (vgl. UNDP 2007b: 57, 97). Gleichzeitig wird das moldawische Wohlfahrtssystem als ineffizient und wenig treffsicher beschrieben, weshalb die Abhängigkeit von Sozialleistungen im Endeffekt gering sei: „However, since most of benefits are of low amounts, this significantly mitigates the risk“ (UNDP 2007b: 46). In der Argumentation scheint hier das Risiko der Abhängigkeit vom Sozialsystem völlig überbewertet.

Die Existenz der beschriebenen Abhängigkeit der Roma-Communities von staatlichen Leistungen ist darüber hinaus keineswegs ein unumstrittenes Faktum. ACTON beruft sich auf einen Bericht der EU um zu argumentieren, dass Roma-Communities, entgegen den Berichten des UNDP, vielmehr durch systematische Diskriminierung von einer Vielzahl an Leistungen ausgeschlossen wären und daher insgesamt weniger Unterstützungen erhalten würden als die

Mehrheitsbevölkerung (vgl. ACTON 2006: 31).

Ein zweiter Zusammenhang, der bei der Thematisierung von Armut und Armutsfällen besonders deutlich hervorgehoben wird, ist jener zwischen Bildung und Arbeit. Ein niedriges Bildungsniveau würde die Aussicht auf eine dauerhafte Anstellung am formellen Arbeitsmarkt wesentlich verringern (vgl. z.B. UNDP 2003: 60, UNDP 2006e: 19, UNDP 2007a: 66). Im Umkehrschluss wird Bildung als Ausweg aus dem Teufelskreis der sozialen Exklusion einhellig beschworen (vgl. z.B. UNDP 2003: 34, UNDP 2006a: 104, UNDP 2006b: 19, UNDP 2006d: 25, UNDP 2006e: 10, UNDP 2007a: 66).

Dies ist insofern bemerkenswert, als es im Südosteuropa-Bericht gleichzeitig heißt: „Roma gain much less in terms of employment opportunities from improving their level of education than do workers from majority communities“ (UNDP 2006a: 51). Auch im Bericht zur Slowakei wird das Versprechen von Bildung in Hinsicht auf bessere Arbeitsmöglichkeiten relativiert (UNDP 2007: 66). Dennoch bleiben beide Berichte bei ihrer Einschätzung von Bildung als Schlüsselaspekt für die Inklusion Angehöriger von Roma-Communities. Der Bericht zu Südosteuropa folgert, dass Diskriminierung die Ursache für diese unterschiedlichen Aussichten am Arbeitsmarkt sei, und fordert daher Antidiskriminierungskampagnen, die auf die Veränderung der Einstellungen der Mehrheitsbevölkerung abzielen sollten (UNDP 2006a: 53). In diesem Kontext ist auch von einem Gegenmotiv des Teufelskreises die Rede, nämlich dem „virtuous circle of inclusion“, der entstehen könnte, wenn Bildungs- und Antidiskriminierungsmaßnahmen greifen (UNDP 2006a: 53). Nur ein einziges weiteres Mal, ebenfalls in diesem Bericht, wird eine solche positive Vision angesprochen (vgl. UNDP 2006a: 22).

Das zweite Querschnittsthema **Diskriminierung** wird in den Berichten insbesondere im Kontext von Bildung und Arbeit thematisiert. Keiner der Reporte widmet dem Thema ein eigenes Kapitel, was durch die Auffassung von Diskriminierung als Querschnittsbereich gerechtfertigt werden könnte. Allerdings erfolgt die Berücksichtigung von Diskriminierung dafür zu wenig systematisch. Auch als Teil des „vicious circle of poverty and social exclusion“ wird Diskriminierung nicht diskutiert.

Im Bericht zur Slowakei wurde Diskriminierung erst gar nicht untersucht, nur im Bildungskontext spricht man unter Bezugnahme auf andere Quellen von „Fällen von Diskriminierung“ (vgl. UNDP 2007a: 63, siehe weiter unten). Auch die Autor\_innen des

---

Berichtes „Faces of Poverty, Faces of Hope“ bezogen keinen Indikator zu Diskriminierung in ihre „snapshots“ mit ein.

Im Kontext von Arbeit und Bildung wird Diskriminierung untersucht, indem die Studienteilnehmer\_innen nach eigenen Diskriminierungserfahrungen oder nach solchen Erfahrungen ihrer Kinder befragt wurden. Dies führte in manchen Fällen zu widersprüchlichen Antworten. So heißt es etwa im Bericht zu Albanien, dass nur ein sehr geringer Anteil der Befragten angibt, ihre Kinder hätten Diskriminierung erfahren. Gleichzeitig ist von Sorgen der Eltern die Rede, wonach die Kinder durch Lehrer\_innen benachteiligt würden (vgl. UNDP 2006c: 27). Im Bericht zu Moldawien wiederum wird Diskriminierung mit Segregation gleichgesetzt. Die Untersuchungen ergeben, dass nur sehr wenige Schulen ausschließlich von Roma-Kindern besucht werden. Daraus wird geschlossen, dass die hohe Anzahl diskriminierender Vorfälle, von denen Roma-Aktivist\_innen berichten und die im Report als „gefühlte“ Diskriminierung bezeichnet wird, „de facto“ nicht vorhanden sei (vgl. UNDP 2007b: 11). Im Bericht zu Montenegro ist zu lesen, dass ein Drittel der Studienteilnehmer\_innen die Frage nach Diskriminierungserfahrungen im Bewerbungsprozess um eine Arbeitsstelle nicht beantworten konnte (vgl. UNDP 2006d: 20). Hier wird deutlich, dass bei Untersuchungen zu Diskriminierung wesentlich mehr Sorgfalt und Sensibilität von Nöten sind, als sie im Zuge dieser Studien an den Tag gelegt wurden.

Im Bericht „Avoiding the Dependency Trap“ wird Diskriminierung auf der Suche nach einem Arbeitsplatz von einer relativ großen Anzahl der Befragten als wichtiges Problem angesehen. Die ethnische Zugehörigkeit wird von vielen als wesentlicher Grund für Arbeitslosigkeit eingeschätzt (vgl. UNDP 2003: 31ff.). Die Autor\_innen des Berichts ziehen diese Angaben aber in Zweifel, indem sie schreiben: „The real problem is in determining where inadequate skills end and ethnic discrimination begins“ (UNDP 2003: 34).

Diskriminierung im Schulsystem wird immer wieder als Problem anerkannt (vgl. z.B. UNDP 2003: 62, UNDP 2006a: 37f., UNDP 2006b: 21). Im Bericht zur Slowakei ist dabei jedoch nur von „Fällen von Diskriminierung“ die Rede, das Problem wird also heruntergespielt. Dabei bezieht man sich auf die Tatsache, dass viele Roma-Kinder ungerechtfertigt in Sonderschulen<sup>42</sup> geschickt werden, was durch mangelnde Slowakischkenntnisse oder durch nicht adäquat empfundene Hygienegewohnheiten motiviert zu sein scheint. Zur Verbesserung dieser Zustände

---

<sup>42</sup> Laut einem Bericht des Roma Education Fund, der Teil der DoRI ist, kommt aber der Großteil jener 20 000 Kinder, die in der Slowakei Sonderschulen besuchen, aus Roma-Communities. Es heißt darüber hinaus: „It is a common practice for teachers from special schools to encourage Roma parents to send their children to a special school by describing it as the most suitable place for a Roma child“ (Roma Education Fund 2007: 28).

werden hier ein verpflichtendes Vorschuljahr und der Einsatz von Assistenzlehrer\_innen empfohlen (vgl. UNDP 2007a: 63). Grundsätzlich mögen diese Vorschläge vielleicht bedenkenswert sein. Die Verantwortung für Diskriminierung sowie der Einsatz, deren Folgen zu überwinden, wird dabei aber ausschließlich jenen zugeschrieben und abverlangt, die von ihr betroffen sind. Weder ist in diesem Zusammenhang von der Möglichkeit die Rede, Unterricht auf Romanes zur Verfügung zu stellen, noch von Maßnahmen, die diskriminierendem Verhalten und Vorurteilen gegenüber Roma-Kindern entgegenwirken können.

Die Tendenz, Roma-Communities für Diskriminierung verantwortlich zu machen, gibt es auch in anderen Berichten. So heißt es in „Avoiding the Dependency Trap“:

„The results suggest that there are systemic reasons for exclusion in education —namely poverty and the perpetuation of the ghetto culture. Discrimination is often an effect rather than a cause, and unless the systemic causes are dealt with, Roma children will continue to have negligible educational opportunities.“ (UNDP 2003: 61f.)

Insbesondere der Bericht „Avoiding the Dependency Trap“ fällt durch die Relativierung und Verharmlosung von Diskriminierung und Verfolgung auf. Diese werden hier in den Kontext der Entstehung und Konsolidierung von Nationalstaaten gestellt (vgl. UNDP 2003: 13). Die Nationalstaatenbildung erscheint als ausschließlicher Grund für die Benachteiligung von Roma-Communities, die als dem Prozess inhärent dargestellt wird (vgl. UNDP 2003: 13, 16). Für Westeuropa wird die Nationalstaatenbildung zwischen dem 15. und dem 18. Jahrhundert angesetzt, es entsteht der Eindruck, als wären Ressentiments gegen Roma-Communities in der Region auf diesen Zeitraum beschränkt gewesen. Gleichzeitig wird von hoher Akzeptanz und Toleranz in Osteuropa ausgegangen. Erst in einer Klammer findet sich der Zusatz, dass es dabei auch Ausnahmen gab, wie Sklaverei ähnliche Zustände in der Walachei und in Moldawien, unter denen Roma-Communities leben mussten (vgl. UNDP 2003: 13). Folgender Schluss wird daraus gezogen:

„[...] anti-Roma sentiments are neither unique to Eastern Europe nor a recent, transition phenomenon. These sentiments should be understood in the broader context of modern nation-state building. Following the collapse of the Soviet system and Eastern Europe's multinational states, processes of renewed nation building and national consolidation came to dominate (and in some cases still dominate) the agenda of many societies in the region. This can lead to ethnic intolerance because rejection of *otherness* is a major element of the nationbuilding process.“ (UNDP 2003: 13; Hervorhebung im Original)

Ein weiteres Mal wird in Bezug auf Diskriminierung auf Westeuropa als Vergleich

---

zurückgegriffen, und zwar durch den Hinweis darauf, dass es auch im westlichen Teil Europas Gruppen gibt, die von hoher Arbeitslosigkeit und sozialer Exklusion besonders betroffen sind, wobei es sich auch in diesen Fällen häufig um Minderheiten handelt (vgl. UNDP 2003: 14). Inwieweit dies nun mit der Nationalstaatenbildung oder Nationalismus zu tun hat, bleibt leider offen. Als wesentliche Unterschiede zwischen West und Ost werden die höheren Sozialtransfers sowie bessere Antidiskriminierungsgesetze und striktere Durchsetzung derselben in Westeuropa genannt (vgl. UNDP 2003: 14). Es entsteht der Eindruck, als wären diese Aspekte mögliche Ansätze zur Verbesserung der Situation von Roma-Communities. Im weiteren Verlauf des Berichts werden Antidiskriminierungsgesetze jedoch auf Symbolik reduziert und die Abhängigkeit von Sozialleistungen als eines der zentralen Probleme des Teufelskreises von Armut und sozialer Exklusion dargestellt.

Sinn der selektiven Rezeption von Geschichte scheint es zu sein, die Länder Mittel- und Osteuropas von Verantwortung oder Schuld gegenüber Roma-Communities zu befreien, indem einige Vergleiche zu Westeuropa gezogen werden und Ausgrenzung und Verfolgung von Roma-Communities als zwar bedauerliche, aber unvermeidbare Nebeneffekte der Nationalstaatenbildung aufgefasst werden (vgl. UNDP 2003: 16). Diese Darstellung ist nur möglich, indem die Zeit des Nationalsozialismus und der Völkermord an Roma-Communities ausgeblendet werden. An einer einzigen Stelle findet sich eine Erwähnung, und zwar als Beispiel dafür, dass die Situation von Roma-Communities heute mitgeprägt wird durch eine Geschichte von Gewalt und Spannungen (vgl. UNDP 2003: 7). Dennoch dient den Autor\_innen der Untersuchungen die Argumentation des Zusammenhanges zwischen Ausgrenzung und Nationalstaatenbildung dazu, konkrete Akteur\_innen, gleich ob östliche oder westliche, von Verantwortung freizusprechen. Diese trägt nicht „jemand“ sondern „etwas“, nämlich ein Prozess, der einem scheinbar höheren, nicht hinterfragten Zweck dient.

Diese Argumentationslinie spiegelt sich auf diese Art und Weise in keinem der weiteren Berichte wider, keiner der anderen Reporte nimmt auf die Nationalstaatenbildung oder -konsolidierung Bezug. „Avoiding the Dependency Trap“ hatte jedoch insofern eine besondere Bedeutung, als dieser Bericht das Engagement der UN in Zusammenhang mit Roma-Communities begründete und für dessen Institutionalisierung durch die DoRI mitentscheidend war. Möglicherweise war es in diesem Kontext wichtig, den Repräsentant\_innen der Nationalstaaten nicht den Eindruck zu vermitteln, im Rahmen dieser Initiative an den Pranger gestellt zu werden, wie dies vielleicht im Zuge des EU-Beitrittsprozesses empfunden worden war.

Für die anderen Reporte erwies sich die Bewertung von Diskriminierung in „Avoiding the Dependency Trap“ durchaus als richtungsweisend. Ihr Ausmaß wird in keinem der Berichte einer tiefer gehenden Analyse unterzogen, teils wird Diskriminierung nur minimal thematisiert, teils werden Diskriminierungserfahrungen relativiert oder in Frage gestellt. Es ist daher eher überraschend, dass Antidiskriminierung im Bereich der Maßnahmen und Forderung dennoch überall etwas Platz eingeräumt wird (vgl. UNDP 2003: 83, UNDP 2006a: 97f., UNDP 2006b: 6, UNDP 2006c: 38, UNDP 2006d: 41, UNDP 2006e: 35, UNDP 2007a: 88, UNDP 2007b: 20). Möglicherweise liegt der Grund schlicht darin, dass Diskriminierung als Kernbereich der DoRI hier nicht außen vor gelassen werden kann. Wenn nämlich auch in „Avoiding the Dependency Trap“ der Wert von Antidiskriminierungsgesetzen als vor allem symbolisch relevante Maßnahme angesehen wird, die jedoch nichts an der sozialen Position von Roma-Communities verändern würde (vgl. UNDP 2003: 83), wirken solche Aussagen deplatziert angesichts der Ergebnisse anderer Untersuchungen zu Diskriminierungserfahrungen von Roma-Communities am Arbeitsmarkt, die als systemisch beschrieben und auch im Bericht zu Südosteuropa zitiert werden (vgl. UNDP 2006a: 53, HYDE 2005).

Das European Roma Rights Center (ERRC) vertritt darüber hinaus die Ansicht, dass die Bildungssysteme vieler Länder Roma-Kinder strukturell diskriminieren würden. Zur Situation der Bildungssysteme Tschechiens, Griechenlands und Kroatiens liegen außerdem mittlerweile Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vor, die diese Einschätzung bestätigen (vgl. ERRC 2011, online). Vorausgesetzt, dass es nicht ausschließlich beim Erlassen von Gesetzen gegen Diskriminierung bleibt, sondern auch deren Durchsetzung vorgesehen ist, sollten diese also über ihre symbolische Bedeutung hinaus durchaus einige Wirkung entfalten können.

Diskriminierung ist jener Punkt unter den von der DoRI festgelegten Kernthemen, der die Verantwortung der Mehrheitsbevölkerung theoretisch direkt miteinbeziehen würde. Anstatt diese jedoch klar aufzuzeigen und den Beitrag der Mehrheitsgesellschaft einzufordern, wird in den Berichten Diskriminierung zumindest zum Teil als nachvollziehbare Reaktion dargestellt, die im Zusammenhang mit Armut und „asymmetrischer Beteiligung“ der Roma-Communities am Wohlfahrtsstaat steht.

**Gender-Mainstreaming** wird als dritte Querschnittmaterie in den Reporten hingegen durchaus ernst genommen und insofern praktiziert, als viele der präsentierten Daten und Grafiken nach

---

Geschlechtern differenzieren und so Unterschiede offenlegen. Ähnlich wie bei den MDGs stehen Frauen, ebenso wie Kinder, im Bereich Gesundheit besonders im Fokus (vgl. z.B. UNDP 2003: 64f., UNDP 2006c: 18). Auch in Bezug auf Schulbildung werden die Unterschiede zwischen Frauen und Männern immer wieder hervorgehoben (vgl. z.B. UNDP 2006c: 22ff.). Im Zusammenhang mit Untersuchungen der demographischen Strukturen von Roma-Communities werden häufig Familienstrukturen angesprochen, hier wird das Reproduktionsverhalten der Frauen in den Vordergrund gerückt (vgl. z.B. UNDP 2003: 4, 25f., UNDP 2007b: 36f.), ebenso werden frühes Heiraten junger Frauen und Familienhierarchien thematisiert (vgl. z.B. UNDP 2003: 27ff.). In einigen Berichten wird auf multiple Diskriminierung hingewiesen, der Roma-Frauen ausgesetzt sind (UNDP 2006a: 54, UNDP 2006d: 21).

**Integration** und soziale **Inklusion** sind weitere wichtige Themen der Berichte, beschreiben sie doch die Zielvorstellungen, auf die Untersuchungen, Maßnahmen und Anstrengungen ausgerichtet werden. Umso erstaunlicher ist es, dass die Mehrheit der Berichte nicht verdeutlicht, was unter den Begriffen jeweils verstanden wird.

Insbesondere von Integration ist häufig nur in einem allgemeineren Sinn die Rede, aus dem nicht hervorgeht, worin dieser Prozess besteht. In einigen Fällen wird nur insofern konkretisiert, als dann von „Integration in den Arbeitsmarkt“ (2006b: 5) oder „Integration ins Bildungssystem“ (UNDP 2006d: 28, UNDP 2007b: 23) gesprochen wird.

Etwas ausführlicher geht der Bericht „Avoiding the Dependency Trap“ auf Integration ein, welche als das Langzeitziel der politischen Bestrebungen bezeichnet wird, bzw. genauer als die „integration of Roma people into the mainstream of society“ (UNDP 2003: 1). Die explizite Definition von Integration lautet folgendermaßen:

„The opportunity to participate in socioeconomic life on an equal basis without losing one’s own distinct identity (linguistic, cultural), while simultaneously contributing one’s individual distinctiveness to the cultural richness of the society.“ (UNDP 2003: 11)

Des Weiteren wird Integration als Prozess beschrieben, an dem sowohl Minderheits- wie auch Mehrheitsbevölkerung beteiligt sind. Beide Gruppen hätten ihren Beitrag zu leisten, beide Gruppen würden aber auch profitieren (vgl. UNDP 2003: 5). Ein Beitrag, der von Roma-Communities gefordert wird, ist der, für die eigene Wettbewerbsfähigkeit am Arbeitsmarkt zu sorgen: „Developing and maintaining competitive advantages today inevitably mean integration, which implies a certain abandonment of distinctiveness“ (UNDP 2003: 36). Geht es um den

Beitrag der Mehrheitsbevölkerung, ist man weniger fordernd:

„While protecting minority cultures is an important dimension of basic human rights, problems arise when ‚distinctiveness protection costs‘ are present. When these costs are covered by social redistributive systems (taxation and social safety nets), majority communities must be aware of and support this protection. If such support is lacking, the door is open to the exclusion and potentially violent rejection of cultural diversity.“ (UNDP 2003: 76f.)

Die Autor\_innen der Studie schreiben weiterhin, dass Integration die Abhängigkeit von staatlichen Unterstützungen ersetzen müsse. Integrationspolitik müsse daher auf drei Bereiche fokussieren. Es müssten erstens Arbeitsmöglichkeiten gegeben sein, zweitens sollte ein gleichberechtigter Zugang zu Bildung gewährleistet werden und die Partizipation an staatlichen Institutionen, insbesondere auf lokaler Ebene, sichergestellt werden (vgl. UNDP 2003: 2). Dieselben Bereiche werden im Bericht zu Moldawien genannt (vgl. UNDP 2007b: 8).

Der Begriff der „sozialen Inklusion“ scheint in „Avoiding the Dependency Trap“ teilweise als Synonym für Integration verwendet zu werden, teilweise zur Beschreibung der Abwesenheit von sozialer Exklusion und Marginalisierung. Diese beiden Begriffe werden genauer erklärt, bzw. werden Gruppen und deren Charakteristika aufgezählt, die besonders anfällig sind, von sozialer Exklusion betroffen zu sein. Marginalisierung wird als das Nichterfüllen der Voraussetzungen für die Teilhabe beispielsweise am Arbeitsmarkt, am Schul- oder Gesundheitssystem interpretiert (vgl. UNDP 2003: 11). Auch hier wird deutlich, dass in diesem Bericht häufig Roma-Communities die Verantwortung für ihre Integration oder Inklusion zugesprochen wird, dementsprechend werden von ihnen Anpassungen gefordert, ohne dass ausschließende Strukturen und die gleichzeitige Verantwortung der Mehrheitsgesellschaft angesprochen werden. Im Zusammenhang mit sozialer Inklusion ist dann doch an einer Stelle von der Gegenseitigkeit dieses Prozesses und der Notwendigkeit von mehr Toleranz Roma-Communities gegenüber die Rede. Zum Begriff heißt es hier: „Social inclusion however means acquiring the status of real (and not just formal) citizens and taxpayers, possessing rights and discharging obligations“ (UNDP 2003: 83).

Erhellend ist in diesem Zusammenhang ein Kommentar KIROVAS:

„In UNDP's view, initiatives have to move away from the more traditional approach to social inclusion where the focus is on addressing violations of human and civil rights or on increasing welfare spending for marginalized groups. Instead, anti-discrimination and inclusion measures should be approached through sustainable development programmes, resulting in affordable and achievable solutions that do not require constant subsidization

---

and can win support from majority populations.“ (KIROVA 2007: 37)

Dies bestätigt auch die in den Berichten sichtbare Tendenz, soziale Inklusion gegenüber Integration vorzuziehen. Während in „Avoiding the Dependency Trap“ noch ausführlich auf Integration Bezug genommen wird und auch in „Faces of Poverty, Faces of Hope“ noch einige Male in einem unbestimmten, allgemeinen Sinn davon die Rede ist, gewinnt der Begriff der (sozialen) Inklusion in den folgenden Berichten deutlich an Bedeutung.

Darüber hinaus verdeutlicht sich in diesem Zitat, dass eine wirtschaftliche Logik häufig die Argumentation bestimmt. Minderheitenschutz ist nur so lange ein Ziel, als daraus keine „distinctiveness protection costs“ erwachsen, Inklusion bedeutet, den Status von Bürger\_innen und Steuerzahler\_innen einzunehmen. Hohe Geburtenraten gelten entweder als Bedrohung oder als Chance, mittels einer jungen Erwerbsbevölkerung die Vitalität der Wirtschaft zu erhalten (vgl. UNDP 2003: 26), die Aneignung vermarktbarer Fähigkeiten gilt als unabdingbar. Als nachhaltige Lösungen werden solche angesehen, die, wie auch im Zitat von KIROVA, als bezahlbar und durchführbar gelten sowie die Unterstützung der Mehrheitsgesellschaft gewinnen können (vgl. UNDP 2003: 7).

Auch das Verständnis von Inklusion wird, ebenso wie jenes von Integration, nur wenig explizit gemacht, sondern nur durch den Kontext etwas näher bestimmt. So ist von Inklusion im Bildungsbereich (vgl. UNDP 2006b: 20f, UNDP 2006c: 36, UNDP 2006e: 34, UNDP 2007b: 12), in staatliche Institutionen und lokale Verwaltungen (vgl. UNDP 2006c: 38, UNDP 2006e: 35) oder ins soziale und wirtschaftliche System die Rede (vgl. UNDP 2006c: 24). Als weitere Bereiche, in die Roma inkludiert werden sollten, gelten der Arbeitsmarkt (vgl. UNDP 2007b: 69) und das Gesundheitssystem (vgl. UNDP 2007b: 80).

Eine Ausnahme stellt der Bericht zur Slowakei dar, in dem soziale Inklusion folgendermaßen näher beschrieben wird:

„Individuals can be understood as being included or excluded from multiple points of view and inclusion in various social systems and subsystems can have many degrees and forms. In the most modern approaches the most positive value for inclusion is considered to be work in the formal labour market, i.e. the greatest emphasis is given to inclusion in the formal labour market [...]. Nevertheless, successful inclusion in the labour market depends on a number of other factors; the life chances of individuals derive not only from work but also from education, household composition, life cycle, age, gender and other life circumstances.“ (UNDP 2007a: 16f.)

Die Soziologin Ruth LEVITAS unterscheidet in einer ihrer Arbeiten verschiedene Diskurse um soziale Exklusion und Inklusion. Jener Zugang, von dem die Definition im Bericht zur Slowakei geprägt zu sein scheint, wird von LEVITAS als „social integrationist discourse“ bezeichnet. Dieser Diskurs sei insbesondere auf EU-Ebene von Bedeutung und würde so auf die Mitgliedsstaaten wirken. Darin wird soziale Exklusion weitgehend gleichgesetzt mit der Exklusion von Lohnarbeit, zumindest kann soziale Inklusion ohne Lohnarbeit nicht stattfinden. Damit einher geht außerdem eine starke Betonung von Ausbildung und der Aneignung vermarktbarer Fähigkeiten (vgl. LEVITAS 1998: 22f.).

LEVITAS kritisiert grundsätzlich, dass in Diskursen um soziale Inklusion Armut und Marginalisierung als Probleme dargestellt werden, die außerhalb der Gesellschaft liegen. Die Mehrheit wird als homogene Masse betrachtet, während Ungleichheit innerhalb dieser sowie der Einfluss besonders Privilegierter in der Durchschnittsgesellschaft aufgehen (vgl. LEVITAS 1998: 7). Exklusion gilt als peripheres Phänomen, nicht als strukturelles Resultat gesellschaftlicher Mechanismen. Die vorgesehenen Lösungen sind nach LEVITAS folgendermaßen minimalistisch konzipiert: „[...] a transition across the boundary to become an insider rather than an outsider in a society whose structural inequalities remain largely uninterrogated“ (LEVITAS 1998: 7).

Jener Diskurs, den LEVITAS als „moral underclass discourse“ bezeichnet, erinnert an den Zugang des Berichts „Avoiding the Dependency Trap“. Auch im „moral underclass discourse“ ist „dependency culture“ ein wesentlicher Grund für soziale Exklusion, die durch Abhängigkeit von Sozialleistungen entstehen würde. Diese werden deshalb als kontraproduktiv eingeschätzt (vgl. LEVITAS 1998: 15). Dabei rücken moralische Einstellung und kulturelle Charakteristika der Armen in den Vordergrund, die gekennzeichnet seien durch eine „downward spiral of idleness, crime and erosion of the work ethic“ (COLE nach LEVITAS 1998: 15).

Obwohl soziale Inklusion im Bericht zur Slowakei explizit definiert wird, verwenden dessen Autor\_innen den Begriff der Integration noch häufig, der Report stellt in dieser Hinsicht eine Ausnahme dar. Wie bereits in den Kurzbeschreibungen der Berichte erwähnt, bezieht dieser eine räumliche Dimension in die Untersuchungen mit ein, das bedeutet die Berücksichtigung des „level of integration of the Roma population by type of settlement (UNDP 2007a: 18). Diese Variable bekommt in dem Report eine sehr große Bedeutung, da viele Ergebnisse auf sie bezogen werden. Vereinfachend wird dann oft nicht mehr die Wortkombination „spatial integration“ oder ähnliches verwendet, sondern nur „integration“. Es entsteht der Eindruck eines

---

stark verkürzten Integrationsbegriffes, denn dass räumliche Integration nichts über Umfang und Art der Interaktionen zwischen Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung aussagt, wird nicht thematisiert.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Mehrzahl der Berichte bei verschiedenen Konzepten von Integration, sozialer Inklusion und Exklusion Anleihen nimmt, jedoch meist ohne sich auf einen expliziten Zugang festzulegen. Möglicherweise erfüllen diese Begriffe eine ähnliche Funktion wie die in Kapitel 5.1 beschriebenen Schlüsselbegriffe im Kontext des Entwicklungsdiskurses. Während positiv konnotierte Schlagwörter einhellig als Zielvorstellungen (oder negativ konnotierte als Zustände, die es zu überwinden gilt) anerkannt werden, ist es wesentlich schwieriger, eine Übereinkunft zwischen den verschiedenen beteiligten Akteur\_innen darüber zu erlangen, was diese Konzepte konkret beinhalten. Die Offenheit ermöglicht auf diese Art und Weise eine Übereinstimmung, die sonst wohl nicht möglich wäre.

## **(2) Die Zielgruppe**

### **(a) Welche Benennungen werden in den Berichten verwendet, mit welcher Begründung?**

Alle Berichte verwenden durchgängig Bezeichnungen wie „Roma“, „Roma communities“, „Roma population“, „Roma minority“ oder ähnliche Kombinationen. Die Mehrheit der Berichte thematisiert die Gründe für die Begriffswahl und die Debatte um die Benennung nicht. Eine Ausnahme stellt hier „Avoiding the Dependency Trap“ dar. Hier wird in einer Fußnote darauf hingewiesen, dass die Frage der Bezeichnung umstritten ist. Die Autor\_innen belassen es jedoch dabei und merken an, dass die Benennung „Roma“ trotz großer Unterschiede zwischen den Gruppen als Überbegriff für alle verwendet wird (vgl. UNDP 2003: 9). Es klingt so zwar implizit an, dass die Begriffswahl homogenisierend wirkt und man dies in Kauf nimmt, argumentiert wird die Entscheidung jedoch nicht.

Einige Reporte verwenden die Bezeichnung „Roma“, geben aber an einer Stelle des Berichts einen Überblick über verschiedene Untergruppen, ohne das Verhältnis zwischen Gesamt- und Teilgruppen zu thematisieren (vgl. z.B. UNDP 2006c: 5). Im Bericht zu Montenegro findet sich immerhin der folgende klärende Hinweis:

„In this text and solely for the purpose of presenting the survey results, the term ‚Roma‘ will be used as an umbrella term covering ‚Roma, Ashkaelia and Egyptians.‘“ (UNDP 2006d: 10).

Im Bericht zu Südosteuropa wird nach einem Überblick über verschiedene Gruppen gewarnt: „Classifications of these groups under an all-encompassing ‚Roma umbrella‘ could deprive them of their distinct ethnic and cultural identities.“ (UNDP 2006a: 12f.). Dessen ungeachtet wird die Benennung „Roma“ im Weiteren als Überbegriff und fast ausschließlich verwendet.

Die Berichte spiegeln die Tendenz wider, den Begriff „Roma“ als politisch korrekt anzunehmen und sie verstärken den Trend, diese Benennung gegenüber anderen Varianten vorzuziehen. Dass die Frage nach der Bezeichnung offen und nicht eindeutig zu klären ist, wird kaum thematisiert. Auch die Argumente, die für die Begriffswahl ausschlaggebend waren, werden nicht offen gelegt. Teilweise wird darauf hingewiesen, dass es große Unterschiede zwischen einzelnen Roma-Communities gibt und verschiedene regionale Gruppen differenziert, über weite Strecken der Berichte hinweg dominieren aber homogenisierende Bezeichnungen.

#### **(b) Wie wird Roma-Identität theoretisch konzipiert?**

Ähnlich wie bei der Frage nach der Bezeichnung gibt es auch bei dieser Frage verschiedene Zugänge, die ein unterschiedliches Bewusstsein über die Notwendigkeit der Thematisierung widerspiegeln. Die Frage: „Who are the Roma?“ oder „Who is a Roma?“ wird in fast allen Berichten aufgeworfen (UNDP 2003: 24, 29, UNDP 2005: 6f., UNDP 2006a: 11, UNDP 2006b: 29, UNDP 2006c: 41, UNDP 2006d: 45, UNDP 2006e: 41, UNDP 2007b: 31). Eine Ausnahme stellt der Bericht zur Slowakei dar, der Roma-Communities als Kategorie annimmt, die keiner Klärung bedarf. Die Überlegungen zur Identität von Roma-Communities stehen häufig im Zusammenhang mit dem methodischen Vorgehen der Untersuchungen und dem Erstellen der Stichproben, was weiter unten noch diskutiert wird.

Für alle Berichte gilt, dass sie von der Grundannahme ausgehen, wonach es sich bei Roma-Communities um eine Ethnie sowie in nationalen Kontexten um eine Minderheit handelt. Diese Perspektive wird meist nicht als solche erkenntlich gemacht und auch nicht begründet (vgl. UNDP 2005: 35, UNDP 2006b: 5, UNDP 2006c: 5, UNDP 2006d: 6, 10, UNDP 2006e: 2, UNDP 2007a: 9, UNDP 2007b: 7, 11).

Darüber hinaus beschäftigen sich einige Berichte noch expliziter mit der Frage nach Roma-Identität. Im frühesten Bericht „Avoiding the Dependency Trap“ widmet sich ein ganzer Abschnitt dieser Thematik. Dabei wird davon ausgegangen, dass es sich bei Roma-Communities um eine Ethnie handelt, was wiederum als „fluides Konzept“ (UNDP 2003: 24) beschrieben wird. Einflüsse von außen, wie z.B. die Assimilationspolitik der Habsburger\_innen oder die

---

Periode der Transformation würden dazu führen, dass Roma-Ethnizität manchmal weniger, manchmal mehr hervortreten würde (vgl. UNDP 2003: 24). Auch die Problematik um Selbstidentifikation und Zuschreibung von außen wird angesprochen. Dabei wird eine Studie zitiert, die deutlich macht, dass es sich bei Roma-Ethnizität um eine stark stigmatisierte Identität handelt. Die Untersuchungen weisen nach, dass die Zuschreibung einer solchen häufig auf Basis sozioökonomischer Charakteristika wie Armut, niedrigem Bildungsstand oder dem Wohnen in großen Haushalten erfolgt (vgl. UNDP 2003: 24). Die Untersuchungen dieser Studie führen in „Avoiding the Dependency Trap“ zu folgendem Schluss:

„These results illustrate that much more research is needed to clarify who the Roma are. They also suggest that the causality between poverty and ethnicity needs to be examined. Social scientists should be wary of perpetuating stereotypes by conflating Roma ethnicity with economic hardship and discrimination, thereby inadvertently compounding their stigmatization“ (UNDP 2003: 24)

Während der letzte Hinweis zu unterstreichen ist, scheint der erste Satz dieses Zitats nahezu legen, dass die Unschärfe des Konzepts von Roma-Ethnizität im Mangel an Wissen darüber begründet liegt. Die „Fluidität“ des Konzepts scheint sich eher darauf zu beziehen, wie sichtbar Roma-Communities zu verschiedenen Zeiten waren und nicht auf die Identitätskonzeption an sich.

Im Bericht zu Moldawien wiederholt sich jener Absatz aus „Avoiding the Dependency Trap“, in dem das fluide Konzept der Roma-Ethnizität beschrieben wird, nur leicht abgewandelt. Sprache sei für ethnische Identität von besonderer Bedeutung, heißt es an dieser Stelle. Im Weiteren werden Daten zu Alltagssprache und Sprachkenntnissen generell von Roma-Communities präsentiert (vgl. UNDP 2007b: 38f.). Es wird weder geklärt, was fluide Identität konkret bedeuten soll, noch in welchem Zusammenhang sie mit Sprache stehen könnte.

In den Berichten zu Südosteuropa und Moldawien findet sich ein identischer, stichpunktartiger Überblick über verschiedene Perspektiven auf Roma-Identität, ihre Ethnizität und Nationalität (vgl. UNDP 2006a: 11, UNDP 2007b: 31f.):

- The Roma as ethnos and ethnic minority, by the International Romani Union (IRU);
- Roma intellectuals, who suggest that the Roma nation is currently undergoing a process of creation, and that this is the period of the Roma Renaissance;
- Nikolae George's idea of Roma as a trans-European nation without its own territory,

alienated from the continent as a whole;

- The Roma sometimes define themselves as a nation without a state or non-territorial European nation, a vision developed during the 2000 IRU Congress in Prague. The Congress adopted a declaration demanding that international institutions grant them the status of nation without a state;

- The classical idea of Roma as a cultural minority, migrants etc.; and

- Roma as a social minority, underclass or in general as a socially vulnerable group, usually proposed by outside experts.

Dieser Auflistung folgt in beiden Berichten ein Hinweis zur Vorsicht mit Definitionen und Bezeichnungen, da diese politische Zugänge mitbestimmen. Anschließend wird zur Schwierigkeit übergeleitet, die Größe der Roma-Bevölkerung zu bestimmen, die auf die unterschiedlichen Ansätze zu Identität zurückgeführt wird (vgl. UNDP 2006a: 11, UNDP 2007b: 32). Diese Berichte setzen sich also mit den Schwierigkeiten der Definition von Roma-Identität auseinander, es handelt sich dabei aber eher um das Wiedergeben verschiedener Positionen. Es wird nicht geklärt, welche Implikationen die Vielfalt der Zugänge für den jeweiligen Bericht hat, im Report zu Moldawien erfolgt außerdem keine eigene Positionierung. Im Bericht zu Südosteuropa wird etwas später deutlich, dass man dazu tendiert, Roma-Communities als Ethnoklasse zu thematisieren. Diese besteht in einer „combination of ethnic, socio-economic, behavioural and outsider identification markers“ (UNDP 2006a: 16).

Zusammengefasst geben die Dokumente des UNDP in Bezug auf die ihnen zugrunde liegenden Konzepte von Roma-Identität häufig nur sehr unzureichende Antworten. In manchen Berichten werden diese gar nicht explizit thematisiert, in anderen werden verschiedene Schlagworte eingebracht, ohne dass deutlich wird, inwiefern Überlegungen zu den Begrifflichkeiten und Konzepten in die Berichte einfließen.

### **(c) Wie werden Roma-Communities beschrieben und dargestellt?**

Die Reporte vermitteln über die theoretischen Zugänge zu Roma-Identität hinaus aber auch auf anderen Ebenen Vorstellungen davon, was diese aus ihren jeweiligen Perspektiven ausmacht. Unterschieden werden können hier eine textliche und eine bildliche Ebene, denn die Mehrzahl der Berichte ist durch Fotos illustriert. Zunächst sollen jene Attribute aufgegriffen werden, die in

---

den Texten zur Beschreibung von Roma-Communities vorrangig behandelt werden, bevor die Illustrationen näher betrachtet werden.

### **Textlich**

Verschiedene Bereiche und Aspekte im Zusammenhang mit Roma-Communities werden in den Berichten des UNDP als „traditionell“ bezeichnet.

Besonders häufig ist von „traditional skills“ (z.B. UNDP 2003: 2, 13, 21, 31, 35, 38, UNDP 2006c: 5, 27, UNDP 2007b: 77), „traditional skills and crafts“ (UNDP 2003: 36), „traditional Roma occupations“ (UNDP 2003: 36) oder ähnlichen Wortkombinationen, die sich auf Tätigkeiten und Beschäftigung beziehen, die Rede (vgl. z.B. UNDP 2005: 35, UNDP 2006c: 5, 37, UNDP 2006d: 19, UNDP 2006e: 11, UNDP 2007b: 17, 77). Konkret genannt werden dabei folgende Berufe: „smiths, spindlemakers, horse-traders“ (UNDP 2003: 36). Darüber hinaus werden in verschiedenen Berichten auch folgende Tätigkeiten und Berufe als traditionell bezeichnet: „blacksmithing, musical entertainment, collecting and processing wood and other raw materials, and more recently recycling“ (UNDP 2003: 13), „cleaning, black market sales“ (UNDP 2005: 85), „fortune tellers“ (vgl. UNDP 2006d: 19) und „small trade“ (vgl. UNDP 2006c: 32).

Der Bericht zu Albanien hebt sich hier insofern von den anderen ab, als dessen Autor\_innen versuchen, zwischen verschiedenen Roma-Communities und deren jeweiligen traditionellen Tätigkeiten zu unterscheiden (vgl. UNDP 2006c: 5, 27, 32).

Diese Tätigkeiten werden teilweise als nicht mehr zeitgemäß oder nicht vermarktbar beschrieben, da sie durch Industrialisierung und Massenproduktion effizienter erledigt werden könnten (vgl. UNDP 2003: 2, 13, 21, 36, UNDP 2006d: 19). Andererseits werden traditionelle Beschäftigungen auch als möglicher Ansatzpunkt für die Integration von Roma-Communities in den Arbeitsmarkt angesehen (vgl. UNDP 2006c: 37, UNDP 2007b: 17, 26, 77). Die Erfolgserwartungen scheinen jedoch gedämpft zu sein, wie der Bericht zu Moldawien zeigt: „Income generation projects based on traditional skills should not be viewed as likely to effect large reductions in unemployment“ (UNDP 2007b: 77). Gleichzeitig stellt die Förderung von traditionellen Tätigkeiten und Handwerk im nationalen Aktionsplan den ersten von drei Schritten zur Verbesserung der Situation von Roma-Communities am Arbeitsmarkt dar. Dieser Bericht des UNDP bezeichnet solche Maßnahmen als wichtige erste Schritte (vgl. UNDP 2007b: 77).

Die Untersuchungen des Reports „Avoiding the Dependency Trap“ beinhalten die Frage, ob

Angehörige von Roma-Communities traditionelle Fähigkeiten als vermarktbar einschätzen. Die Ergebnisse werden als „Nein“ interpretiert, obwohl Bereiche wie Musik oder Handel für mehr als 50% der Befragten als potentielle Einkommensquelle gelten (vgl. UNDP 2003: 36). Dennoch sollten anstatt der Fähigkeiten selber die Dienstleistungs-Orientierung und die Flexibilität, die traditionellen Beschäftigungen zugrunde lägen, gefördert werden. Dies würde die Integration in den Dienstleistungssektor ermöglichen (vgl. UNDP 2003: 36).

Auch im Zusammenhang mit Familienstruktur und Geschlechterverhältnissen wird der Faktor „Tradition“ ins Spiel gebracht. Besonders häufig wird dabei auf eine „traditionelle Rollenverteilung“ Bezug genommen (vgl. UNDP 2003: 29, UNDP 2006a: 34, 42, 50, 54, 107, UNDP 2006d: 19, UNDP 2007b: 70, UNDP 2007b: 76). Dabei wird Männern gegenüber Frauen ein höherer Rang in der Familienhierarchie zugeschrieben. Erstere gelten als Broterwerber, während Frauen die Aufgaben der Kinderbetreuung und des Haushalts zugewiesen werden, weshalb auch die Anzahl jener Frauen, die außerhalb des Haushalts tätig sind, geringer sei (vgl. UNDP 2007b: 12, UNDP 2006d: 21). Als traditionelle Faktoren gelten darüber hinaus die frühe Heirat junger Frauen sowie die Unterbewertung von Bildung für Frauen, die zum geringeren Bildungsstand von Frauen beitragen würden (vgl. UNDP 2006a: 32, 34). Auch frühe Mutterschaft und hohe Kinderanzahl, bzw. das Reproduktionsverhalten generell, gelten als traditionell geprägt (vgl. UNDP 2003: 25, 28), was wiederum mit dem häufig schlechten Gesundheitszustand von Frauen in Zusammenhang gebracht wird (vgl. UNDP 2006b: 23). Als weiterer Aspekt traditionell geprägter Lebensweise wird die Konsultation von Heiler\_innen angesehen (vgl. UNDP 2006a: 93, UNDP 2006b: 23).

Bis auf die einmal erwähnte „traditionelle Familiensolidarität“ (vgl. UNDP 2003: 18) werden die als „traditionell“ bezeichneten Aspekte des Lebens von Roma-Communities als problematisch bewertet. Im Bericht „Southeast Europe“ wird daraus folgender Schluss gezogen: „It is therefore important to realize which components of ‚traditional culture‘ are compatible with contemporary social standards – particularly regarding women – and which are not“ (UNDP 2006a: 107).

Wie in obigem Zitat aus dem Bericht zu Südosteuropa wird Kultur häufig in den Zusammenhang mit Tradition gestellt. Daneben ist Sprache jener Aspekt von Roma-Kultur, der in den Berichten am häufigsten thematisiert wird. In allen Dokumenten, mit Ausnahme von „Faces of Poverty, Faces of Hope“ werden die Sprachkenntnisse von Roma-Communities untersucht. Das Überwiegen von Romanes als Muttersprache wird dabei meist als Barriere, Integrationshindernis

---

oder Erklärung für niedriges Bildungsniveau begriffen (vgl. UNDP 2007a: 28, 31). So beschreibt der Bericht „Avoiding the Dependency Trap“ Zweisprachigkeit als im besten Falle „mixed blessing“ (UNDP 2003: 59). Romanes solle eine Ergänzung zur Mehrheitsprache darstellen, ansonsten würde sie die Isolation von Roma-Communities verstärken. Die Förderung von Romanes als Unterrichtssprache würde vom Großteil der Mehrheitsgesellschaft zudem abgelehnt, ebenso wie Fernseh- und Radiobeiträge auf Romanes. Diese Maßnahmen werden als problematisch eingestuft, weil sie die Ressentiments der Mehrheitsgesellschaft verstärken könnten (vgl. UNDP 2003: 59). Anstatt das Recht auf Unterricht in der Muttersprache zu betonen und auf die Teilhabe und Repräsentation Angehöriger von Roma-Communities in den Medien zu pochen, scheint die Zustimmung der Mehrheitsbevölkerung der Maßstab zu sein, nach dem verschiedene Optionen beurteilt werden.

Im Bericht zur Slowakei werden Sprachkenntnisse ebenfalls untersucht, wobei die Verwendung der Mehrheitsprache mit Integration gleichgesetzt zu werden scheint (vgl. UNDP 2007b: 28ff.). Aber auch in anderen als sprachlichen Zusammenhängen wird die Kultur von Roma-Communities als Hemmnis betrachtet. Als kultureller Faktor, auf den die hohe Schulabbrecher\_innenquote unter Angehörigen von Roma-Communities zurückgeführt wird, wird häufig das frühe Heiraten junger Menschen genannt (vgl. UNDP 2006d: 29, UNDP 2006e: 19). Die größere Anzahl von jungen Frauen unter den Schulabbrecher\_innen wird außerdem als Geringschätzung der Bedeutung von Bildung für Frauen interpretiert (vgl. UNDP 2006a: 32). Obwohl kulturelle Faktoren häufig als Problem dargestellt werden, beinhalten Maßnahmenkataloge immer wieder die Forderung, dass Sprache, Geschichte und Roma-Kultur in den Lehrplan eingebunden werden sollen (vgl. UNDP 2006c: 37, UNDP 2006e: 22), wenn auch in einem Fall diese Anforderung dadurch relativiert wurde, indem dies nur in Regionen mit einem hohen Anteil von Roma-Communities vorgesehen wird (vgl. UNDP 2007b: 25, 67). Teilweise wird auch die Forderung gestellt, dass Roma-Kindern Schulunterricht auf Romanes ermöglicht werden soll (vgl. UNDP 2007a: 87). Der Bericht zu Moldawien fordert außerdem die Förderung von Roma-Folklore durch verschiedene kulturelle Veranstaltungen (vgl. UNDP 2007b: 25). Trotz seiner Klischeehaftigkeit beinhaltet dieser Vorschlag immerhin eine positiv konnotierte Idee von Roma-Kultur, was in den Berichten eine Seltenheit darstellt. In „Avoiding the Dependency Trap“ werden neben einer hohen Geburtenrate noch folgende Faktoren als Aspekte von Roma-Kultur beschrieben, die als Gefahr und Chance für die „alternden“ europäischen Gesellschaften bezeichnet werden:

„[...] the ability to enjoy life, to be grateful for even modest improvements (a trait that is vanishing in consumer societies), the highest respect for freedom and independence, for flexibility and adaption, and for internal mobility.“  
(UNDP 2003: 77)

Romantisierende Vorstellungen von Naivität und Unschuld schwingen hier mit, darüber hinaus kommt ein Widerspruch zum Ausdruck, der in Zusammenhang mit Roma-Communities häufig auftaucht. Denn zwar werden Roma-Communities oft als geprägt von traditionellen Strukturen beschrieben, gleichzeitig wird aber immer wieder ihre Anpassungsfähigkeit und Flexibilität hervorgehoben. Die Perspektive auf diese angeblichen kulturellen Charakteristika von Roma-Communities ist außerdem bestimmt von deren möglicher Nützlichkeit für ein „alterndes Europa“ (UNDP 2003: 77). Bei dieser Argumentation werden Roma-Communities überdies von „europäischen Gesellschaften“ abgegrenzt und so implizit nicht als Teil dieser Gesellschaften angesehen.

Verschiedene Berichte greifen die Diversität von Roma-Communities auf. Einige benennen verschiedene Gruppen, differenzieren nach den Tätigkeiten, die Roma-Communities vorrangig ausüb(t)en, nach den Regionen, in denen diese Gruppen angesiedelt sind oder nach dem religiösen Bekenntnis, das die Angehörigen dieser Gruppen überwiegend angeben (vgl. z.B. UNDP 2005: 11, 27, 35, 43, UNDP 2006a 12f., UNDP 2006c: 5, UNDP 2006e: 16, UNDP 2007b: 33). Das Verhältnis zwischen diesen verschiedenen Gruppen oder zu einer angenommenen Roma-Übergruppe wird aber nicht behandelt. Dass diese Unklarheit zu unterschiedlichen Wahrnehmungen und Vorgehensweisen führen kann, zeigen die Berichte zu Montenegro und Serbien. Im Bericht zu Montenegro wird darauf hingewiesen, dass die Bezeichnung „Roma“ als Überbegriff für die Gruppen der Roma, Ashkali und Egyptians verwendet wird, obwohl sich Angehörige der letzten beiden Gruppen häufig nicht als solche identifizieren. Im Bericht zu Serbien heißt es jedoch, dass Ashkali und Egyptians für die Untersuchungen nicht berücksichtigt wurden (vgl. UNDP 2006d: 10, UNDP 2006e: 4).

Der Bericht „Avoiding the Dependency Trap“ erwähnt nur an wenigen Stellen die Diversität von Roma-Communities und benennt keine unterschiedlichen Gruppen, obwohl bemerkt wird, dass diese nur von „outsiders“ als einheitliche Gruppen angesehen werden (vgl. UNDP 2003: 24). Der Report zu Südosteuropa warnt vor Generalisierungen, die alle Gruppen unter einen „Roma umbrella“ (UNDP 2006a: 12f.) zusammenfassen, da diese so ihrer unterschiedlichen ethnischen und kulturellen Identitäten beraubt würden. Wie bereits weiter oben erwähnt scheinen diese

---

Überlegungen jedoch für den Bericht keine große Rolle zu spielen, denn im Folgenden wird kaum zwischen verschiedenen Roma-Communities differenziert. Diese Tendenz ist für alle Dokumente festzuhalten. Die Heterogenität von Roma-Communities wird zwar angesprochen, für die weiteren Untersuchungen scheint sie jedoch nicht von Bedeutung zu sein.

Der Bericht zu „Avoiding the Dependency Trap“ stellt außerdem explizite Vergleiche zwischen Roma-Communities und Entwicklungsländern auf. So heißt es beispielsweise:

„Many of the problems affecting Roma communities reflect transitions from preindustrial to industrial societies, and later to postindustrial societies. [Central and Eastern European] countries today are a strange mix of elements from industrial societies (e.g., economic structure, gross domestic product per capita, social assistance networks), and developing world elements (marginalization of entire communities, cases of extreme poverty, high incidence of poverty-related diseases, etc.).“ (UNDP 2003: 16)

Außerdem ist zu lesen: „The developing world segments of [Central and Eastern Europe] societies are predominantly made up of Roma“ (UNDP 2003: 21). Die Autor\_innen gehen augenscheinlich von einem Stufenmodell von Entwicklung aus, an dessen Spitze die postindustrielle Gesellschaft steht. Roma-Communities würden hingegen erst den Wandel von der vorindustriellen zur industriellen Gesellschaft durchlaufen. Wie eine solche Gesellschaft innerhalb einer anderen Gesellschaft möglich ist- bleibt leider offen. Als Wurzel der Rückständigkeit von Roma-Communities gibt das UNDP an, dass diese traditionellerweise nicht in der Landwirtschaft tätig waren und daher keine Strukturen im Zusammenhang mit privatem Landbesitz entwickelten. Nachdem die Beschäftigungsbereiche von Roma-Communities durch die Industrialisierung überflüssig wurden, blieb ihnen in Ermangelung von Landbesitz und landwirtschaftlichen Kenntnissen nur die Niedriglohnarbeit in der Schwerindustrie. Diese brach jedoch mit dem Realsozialismus zusammen (vgl. UNDP 2003: 13). Der Bericht folgert: „The unemployment, poverty, and social exclusion apparent in many Roma communities result from these historical roots.“ (UNDP 2003: 13). Auch wenn diese Argumentation immerhin die sozialen Situationen von Roma-Communities in einen historischen Kontext setzt, so kann sie ebenfalls als Versuch interpretiert werden, die Mehrheitsgesellschaft von ihrer Verantwortung gegenüber Roma-Communities freizusprechen.

Trotz der Tatsache, dass viele für den Human Development Index notwendige Daten für Roma-Communities nicht verfügbar sind, versuchte das UNDP anhand von Schätzungen den Index für die in Rumänien lebenden Roma-Communities zu ermitteln. Die Ergebnisse dieser Schätzungen

werden als vergleichbar mit den Indizes der Länder Botswana, Swasiland oder Simbabwe bezeichnet (vgl. UNDP 2003: 17). Sie werden außerdem vom UN News Center in höchst generalisierender Weise zur Zusammenfassung des gesamten Berichtes verwendet, denn das Center berichtet von dessen Erscheinung unter der Überschrift: „Living standards for Europe's Roma comparable to sub-Saharan Africa, UN reports“ (UN News Center 2003, online).<sup>43</sup>

An einigen weiteren Stellen und in anderen Berichten erfolgen ebenfalls Vergleiche zwischen Roma-Communities und Entwicklungsländern. Diese stehen beispielsweise im Zusammenhang mit demographischen Entwicklungen, Armut, Bildung oder Wasserversorgung (vgl. UNDP 2003: 26, UNDP 2006a: 1, 46, UNDP 2007a: 14, 44, UNDP 2007b: 60, 62). Dennoch ist zu bemerken, dass dieses Motiv des Berichts „Avoiding the Dependency Trap“ eher verhalten in die übrigen Reporte einfließt.

### **Bildlich**

Die Mehrzahl der Berichte enthält zumindest auf der Titelseite Illustrationen. Teilweise finden sich auch jeweils zum Kapitelanfang Fotos, die anscheinend Angehörige von Roma-Communities darstellen. Dabei können zwei Tendenzen unterschieden werden.

Einerseits werden Fotos verwendet, die Optimismus verbreiten. So illustrieren die Berichte häufig Bilder von lachenden Kindern, die in die Kamera blicken und fröhliche Lebendigkeit ausdrücken. Überdies verkörpern sie Unschuld, denn sie werden für die möglicherweise schwierigen Lebensumstände, denen sie ausgesetzt sein könnten, (noch) nicht verantwortlich gemacht. Die Darstellung von Kindern könnte daher auch auf das Mitgefühl der/des Betrachtenden abzielen und vermitteln, dass Veränderungen notwendig sind um ihr Los zu verbessern. Ebenso könnte zum Ausdruck gebracht werden, dass man in Kinder und ihr Potential große Hoffnungen setzt, was durch die große Bedeutung, die Schulbildung in vielen Berichten zugesprochen wird, unterstützt wird. Sowohl auf dem Cover der Kurzfassung von „Avoiding the Dependency Trap“ wie im Bericht zu Albanien ist das Motiv lachender Kinder zu finden. Gleich mehrmals taucht es im Bericht zu Serbien auf. Das Cover des Berichtes zu Albanien zeigt noch weitere Bilder, auf denen meist ebenfalls Kinder zu sehen sind. Manche spielen, andere scheinen sich in der Schule zu befinden. Eines der Bilder zeigt ein Kind, das der Person hinter der Kamera

---

43 In verschiedenen Medien wird diese Schlagzeile bereitwillig aufgegriffen, nicht ohne auf den baldigen EU-Beitritt der Länder hinzuweisen, die im Bericht untersucht werden (vgl. Fowler 2003, online, Lungescu 2003, online, Palmer 2003, online). Der Bericht des UN News Center und die folgenden Medienberichte stellen ein deutliches Beispiel für die Anfälligkeit von Zahlen für Instrumentalisierung dar, sogar wenn diese nur auf Schätzungen beruhen.

---

bittend die Hand entgegen streckt. Auf einem weiteren Bild ist ein Mann mit Mikrofon zu sehen, offensichtlich ein Musiker. Ein anderes Foto zeigt tanzende Mädchen in bunten Kleidern. Einerseits werden hier Klischees aufgegriffen, die aber ebenfalls eher positiv konnotiert sind, andererseits wird durch das Bild des bittenden Kindes ein Hinweis auf Bedürftigkeit gegeben.

Die zweite Tendenz rückt düstere Szenarien ins Blicklicht. Im Bericht zu Südosteuropa wird dies zusätzlich unterstrichen, indem die darin verwendeten Bilder in braun-weiß gehalten und niedrig aufgelöst sind. Dies erschwert es außerdem, die abgebildeten Personen und Objekte zu erkennen. Das Cover zeigt einen grimmig blickenden Mann mit Stock und Zigarette. Hinter ihm sind mehrere Zelte zu sehen, die vermutlich zu einem temporären Lager gehören. Die Bilder auf dem Cover und der Rückseite des Berichts zu Montenegro zeigen Personen, die möglicherweise Altmetall oder Müll sammeln. Die Umgebung im Hintergrund wirkt einerseits so verschmutzt, als würde es sich um eine Müllhalde handeln, andererseits hat es den Anschein, als befänden sich dort auch heruntergekommene Wohnwägen. Auch die Bilder des Berichtes zu Moldawien fallen eher trist aus. Einige Personen erscheinen wiederholt auf mehreren Bildern, gezeigt werden Großaufnahmen von Gesichtern, Menschen die in Hauseingängen stehen oder über schlammige Erdflächen und unbefestigte Straßen laufen. Auf einem Bild sind die kaputten und schmutzigen Schuhe eines kleinen Kindes in Großaufnahme zu sehen. Die Szenerie der Bilder ist grau; bunt sind lediglich die Kleider der Menschen und die Türen ihrer Häuser. Die Bilder des Berichtes zu Serbien fallen durch ihre schlechte Qualität auf. Sie haben nicht nur eine niedrige Auflösung, sondern sind darüber hinaus auch großteils verzerrt, da sie sonst nicht an die ihnen zugeordnete Stelle gepasst hätten. Gezeigt werden beispielsweise finster blickende Menschengruppen, die Großaufnahme eines kleinen Jungen mit Zigarette im Mund oder zwei Männer auf ihren mit Wäscheleinen behangenen Balkonen. Diese Bilder lassen Roma-Communities als hilfsbedürftig und ihr Leben als großteils ärmlich und trostlos erscheinen.

Als Beispiel für einen sensibleren Umgang mit Bebilderung könnte der Bericht zu Mazedonien gesehen werden. Auf dem Cover ist das Foto einer sitzenden, barfüßigen Person zu sehen, deren Kopf und Oberkörper außerhalb des Bildrandes liegen. Die Hände der Person befinden sich auf ihrem Knie und stehen im Fokus des Bildes. Auf der offenen Handfläche der einen Hand liegt ein Schlüssel. Diese Bebilderung vermeidet es einerseits, einzelne Menschen zum Abbild ganzer Gruppen zu machen, darüber hinaus reproduziert sie keine Stereotypen von Armut oder Kultur

der Roma-Communities. Die Symbolik des Schlüssels mag vielleicht etwas kitschig wirken, trotzdem erscheint der abstraktere Zugang passender als die Bebilderung der übrigen Berichte.

Noch reduzierter gestaltet ist der Bericht zur Slowakei. Dieser enthält keine Fotos, stattdessen befindet sich auf dem Cover eine kreisrunde, rote Farbfläche vor blauem Hintergrund. Innerhalb des Kreises ist der Titel zu lesen, um ihn herum führen zahlreiche orange Pfeile, die zwar dynamisch wirken, allerdings nirgendwohin hinführen und sich nur um den Kreis drehen. In diesem Bericht ist einige Male von einem „cycle of deprivation“ die Rede (vgl. z.B. UNDP 2007a: 9, 77), um dessen Visualisierung es sich hier handeln könnte. Im Gegensatz zu den anderen Berichten nützt dieser jedoch nicht das emotionalisierende Potential von Bildern aus. Er wirkt dadurch insgesamt nüchterner und weist nicht jene Diskrepanz zwischen scheinbar harten Zahlen, Fakten und Tabellen und den Fotos hilfsbedürftig erscheinender Menschen auf, von denen die anderen Berichte in unterschiedlichem Maße gekennzeichnet sind.

#### **(d) Wie werden die Stichproben für die Untersuchungen erstellt?**

Die Untersuchungen des UNDP beschränken sich nicht auf eine theoretische Ebene, sondern präsentieren Daten, die durch Interviews gewonnen wurden. Die Frage danach, wer einer Roma-Community zugehörig ist und somit befragt werden kann, stellt sich also auch praktisch.

Die Berichte der *Vulnerability*-Serie verwenden den gleichen methodischen Zugang zur Erstellung ihrer Stichproben. Die folgende Darstellung des Vorgehens bezieht sich zunächst auf den Bericht zu Südosteuropa, bevor auf die anderen Berichte eingegangen wird.

Als vorrangiges Ziel des Berichtes gilt: „[...] to map the vulnerability of groups with common socio-economic, cultural and linguistic patterns – irrespective of how potential survey respondents might identify themselves.“ (UNDP 2006a: 113). Diesem Zugang liegt auch die Annahme zugrunde, dass Angehörige von Roma-Communities sich nicht bereitwillig als solche identifizieren würden. Als weiterer Grund dafür, nicht von Selbstidentifikation mittels der Frage „Are you Roma?“ auszugehen, wird der dadurch möglicherweise implizierte Ausschluss anderer Identitäten genannt (vgl. UNDP 2006a: 113).

Das Vorgehen wird als dreistufiges Verfahren beschrieben. In die Untersuchungen miteinbezogen wurden zunächst jene Siedlungen, die einen durchschnittlichen oder überdurchschnittlichen Anteil an Roma-Communities aufweisen, wobei von jener Verteilung ausgegangen wurde, die in Volkszählungen ermittelt wurde. Bei der konkreten Auswahl der Sampling Cluster, die den

---

zweiten Schritt darstellt, wurden die Einschätzungen von Roma-NROs sowie von „local people, NGOs, experts“ (UNDP 2006a: 114) miteinbezogen. Mittels Random-Route-Verfahren wurden schließlich im dritten Schritt die konkreten Personen für die Befragung bestimmt. Diesen wurde zu Beginn des Interviews folgende Frage gestellt: „Good morning/day, we are conducting a survey among the Roma population. Would you like to be interviewed?“ (UNDP 2006a: 114). Im Falle einer negativen Antwort wurde das Interview abgebrochen, eine positive wurde als implizite Identifikation als Angehörige/r einer Roma-Community bewertet (vgl. UNDP 2006a: 114).

Die Studie beansprucht zunächst, für etwa 85% der Roma-Bevölkerung repräsentativ zu sein. Gemeinden oder Bezirke, die einen unterdurchschnittlichen Anteil Angehöriger von Roma-Communities aufweisen, würden aber dennoch repräsentiert. Diese lebten entweder konzentriert in „mini-poverty pockets“ oder verstreut und „integriert“ in die Mehrheitsbevölkerung. Charakteristika der ersten Gruppe würden auch auf die Mehrzahl der ursprünglichen 85% zutreffen, diese Gruppe wäre daher indirekt in den Stichproben berücksichtigt. Ein Anteil der 85% wäre zudem „functionally integrated (employed, maintaining contacts with majority communities and institutions)“, weshalb angenommen wird, dass sie hinlänglich ähnliche Charakteristika wie der „integrierte“ Anteil der restlichen 15% aufweist (vgl. UNDP 2006a: 115f.). Zu Individuen, die keiner dieser Gruppen zugeordnet werden können, heißt es:

„Those who have been assimilated and do not self-identify as Roma fall out of the scope of the research, either because they don't meet the criterion of 'being Roma' (whatever that means) or because they don't meet the vulnerability criterion.“ (UNDP 2006a: 116)

Im Falle des Berichts zu Südosteuropa identifizierten sich 16 198 Personen von insgesamt 17 071 ursprünglich Befragten als einer Roma-Community zugehörig, also ein recht hoher Anteil (vgl. UNDP 2006a: 116).

Die Autor\_innen des Berichts weisen noch darauf hin, dass durch die Untersuchungen keine Aussagen darüber möglich wären, wie viele Angehörige von Roma-Communities beispielsweise in Armut leben würden, oder wie viele die Schule abbrechen würden. Stattdessen wären Aussagen darüber möglich, welcher *Anteil* von Roma-Communities in Armut lebte. Solche Ergebnisse wären deshalb nützlich, da sie Erkenntnisse zur „distance between various groups“ ermöglichen und Richtwerte darstellen würden (vgl. UNDP 2006a: 116). Als Basis für politische Entscheidungen zur Ressourcenverteilung sind sie jedoch nicht geeignet.

Die methodische Vorgehensweise ist bei den Berichten zu Albanien, Mazedonien, Montenegro,

Serbien sowie beim Bericht „Faces of Poverty, Faces of Hope“ identisch. Bei diesen Berichten folgt jedoch noch der Zusatz:

„Overall, the methodology employed in this survey is based on the assumption that existing demographic information on size and structure of Roma populations can be reliably analysed and disaggregated, in total and by territory. This is not easy to achieve, and the results will inevitably reflect estimates and expert’s assumptions. These steps are nonetheless a precondition for representative sampling procedures, and as such all efforts should be made in this direction.“ (UNDP 2005: 9, UNDP 2006b: 31, UNDP 2006c: 44, UNDP 2006e: 43, UNDP 2006d: 48)

Das Vorgehen bei der Auswahl der Stichproben im Bericht zur Slowakei unterscheidet sich von den anderen Berichten, denn als Ausgangspunkt dient hier die Publikation „Sociographic Mapping of Roma Communities in Slovakia“ (vgl. UNDP 2007a: 103). Es bleibt daher unklar, wie die Befragten ausgewählt wurden. Der Bericht thematisiert außerdem eventuelle Unklarheiten darüber, was Roma-Identität ausmachen könnte, nicht.

Für die Auswahl der Stichproben von „Avoiding the Dependency Trap“ stellten Volkszählungen den Ausgangspunkt dar, wobei angenommen wurde, dass diese die Bevölkerungsstruktur adäquat wiedergeben. Bereits diese Annahme wird von ACTON kritisiert (vgl. ACTON 2006: 32). Zur Auswahl dieser Ortschaften wurden „experts in ethnic relations, representatives of national polling agencies, and Roma NGOs“ herangezogen (UNDP 2003: 86). In Bezug auf die ethnische Zugehörigkeit wurden „subjektive Selbstidentifikation“ und auf kulturellen Faktoren basierende „objektive Kriterien“ kombiniert (UNDP 2003: 86). Es wird im Bericht jedoch angemerkt, dass es aufgrund von Unklarheiten darüber, wer als einer Roma-Community zugehörig gelten kann, Schwierigkeiten bei der Auswahl der Stichproben gab. Es folgt die Feststellung:

„Even a perfectly designed sample will probably over-represent the worst-off segments of the Roma population, since these are recognizably Roma and are most unlikely to be integrated into majority communities.“ (UNDP 2003: 87)

In den Interviews wurde nach der Selbstidentifikation gefragt, in den unterschiedlichen Ländern identifizierten sich zwischen 5% und 14% der Befragten nicht als Angehörige/r einer Roma-Community. Nur in der ungarischen Gruppe wurden die Interviews daraufhin abgebrochen (UNDP 2003: 87).

Im Bericht zu Moldawien wurde die ethnische Zugehörigkeit durch Selbstidentifikation und

---

durch die Einschätzung der Personen, die die Befragungen durchführten, bestimmt. Als Kriterien für das Urteil der Interviewer\_innen wurden folgende Faktoren herangezogen: Hautfarbe, Sprache, Akzent, Art zu Sprechen, Lebensstil sowie der Name der befragten Person (vgl. UNDP 2007b: 35, 112). Darüber hinaus wurden diese Bewertungen als Maßstab zur Bestimmung für die Rate der Selbstidentifikation unter Roma-Communities herangezogen. Das Ergebnis, wonach sich 82% der von Interviewer\_innen als Roma kategorisierten Menschen auch selbst angeben, einer Roma-Community zugehörig zu sein, wird dahingehend interpretiert, dass die Selbstidentifikation in Moldawien relativ hoch sei (vgl. UNDP 2007b: 35f.).

Aus den beschriebenen Vorgehensweisen ist zu erkennen, dass eine bereits zitierte Warnung, die im Bericht „Avoiding the Dependency Trap“ ausgesprochen wurde, keineswegs berücksichtigt wurde. Diese lautet so:

„Social scientists should be wary of perpetuating stereotypes by conflating Roma ethnicity with economic hardship and discrimination, thereby inadvertently compounding their stigmatization.“ (UNDP 2003: 24)

In den Berichten der *Vulnerability*-Serie werden Angehörige von Roma-Communities, die nicht als „gefährdet“ gelten oder sich gegenüber den Interviewer\_innen nicht als einer Roma-Community zugehörig identifizierten, nicht repräsentiert. Dies geht jedoch nur aus den Abschnitten der Berichte hervor, die deren methodische Vorgehensweise beschreiben. Aus den Titeln der Studien und auch aus den Texten selbst entsteht der Eindruck, als würden die Ergebnisse als repräsentativ für Roma-Communities generell angesehen. Gerade bei Gruppen, die anfällig sind für Stigmatisierungen, wäre es wichtig, in dieser Hinsicht verallgemeinernde Aussagen zu vermeiden.

Deutlich wird außerdem, dass Expert\_innenmeinungen eine sehr große Rolle spielen. Bei der Mehrzahl der Berichte wählten sie die Sampling Cluster aus, gemeinsam mit Roma-NROs, NROs oder Angehörigen der Lokalbevölkerung. Weder wird transparent gemacht, welche Kriterien diese für die Bestimmung von Roma-Identität ansetzten, noch, wodurch sich die Expert\_innen für diese Rolle qualifizierten. Die im Bericht zu Moldawien aufgelisteten Kriterien (siehe oben) könnten dafür möglicherweise einen Hinweis geben. Passende Worte zur methodischen Vorgehensweise, die wohl für alle Berichte gelten können, finden sich im Bericht zu Südosteuropa:

„[...] the data from the Roma sample collected here reflect the views of Roma respondents who are visibly distinguishable by outsiders, and who do not

deliberately conceal their distinct identity. This population is not necessarily underprivileged (or falls under the category of 'underclass') but many of its members are clearly vulnerable. This combination of ethnic and socio-economic markers suggests that in fact the survey data largely reflects the profile of the 'Roma-ethno-class', melding ethnic and social criteria.“ (UNDP 2006a: 16)

Roma-Communities werden daher als Ethnoklasse untersucht, ein Konzept, das wie weiter oben erwähnt in der Kombination von „ethnic, socioeconomic, behavioural and outsider identification markers“ (UNDP 2006a: 16) besteht. Armut und Ausgrenzung werden so zu definierenden Kriterien für Roma-Identität. Im Bericht zu Südosteuropa findet sich einige Seiten vorher noch folgender Absatz:

„The inclusion of Roma *en bloc* among the socially vulnerable (along with refugees, disabled persons etc.), creates the danger of social marginalization, deprivation or dilution of cultural self-identity, deprivation of the right to possess or enjoy group ethnic characteristics.“ (UNDP 2006a: 11)

Dieser Satz wirkt jedoch wie ein Lippenbekenntnis, denn es besteht Grund zur Annahme, dass Armut und Exklusion bei der Auswahl der Stichproben Kriterien darstellten, wenig überraschend sind daher auch die Ergebnisse der Studien. So kommentiert ACTON die Vorgehensweise in „Avoiding the Dependency Trap“:

„In fact this is not a representative sample of Roma at all. It is a sample of poor people, some of whom were Roma, stigmatised as Gypsies by social professionals. This is not a random sample; it is a sample selected by exactly those dedicated professionals who, the report's writers believe, are administering the kind of help which can provide the Roma with the way out“ (ACTON 2006: 32)

### **6.3 Parallelen zu Elementen und Mechanismen von Orientalisierung**

Ausgangspunkt für dieses Kapitel stellt das in Kapitel 3.4 erarbeitete Verständnis von Orientalisierung dar. Die verschiedenen Punkte, die als charakteristisch für diesen Prozess definiert wurden, werden im Folgenden für die Analyse der ausgewählten Texte herangezogen. Dabei sollen jene Aspekte näher behandelt werden, die im Prozess des Einschreibens von Roma-Communities in den Entwicklungsdiskurs als Parallelen zur Orientalisierung gesehen werden können.

---

Orientalisierung wurde in Anlehnung an Edward SAID als Prozess definiert, in dem **zwei Gruppen konstituiert werden**, zwischen denen **ein asymmetrisches Machtverhältnis besteht**. Roma-Communities und Mehrheitsgesellschaften werden einander in den Berichten des UNDP stetig gegenübergestellt. Das Ziel dieser Berichte ist es, die Lebensrealitäten von Roma-Communities und das Ausmaß ihrer Exklusion zu vermessen, also ihr Verhältnis zur Mehrheit zu bestimmen. Letztere wird dadurch zur Norm, durch sie wird der Standpunkt definiert, von dem aus die Situation von Roma-Communities betrachtet wird. Den Roma-Communities wird dabei der Status *marginalisiert* zugewiesen.

Die beiden Gruppen entstehen erst durch den Vergleich, der sich durch die Berichte zieht, als homogenisierte und verallgemeinerte Einheiten. Im Zusammenhang mit Roma-Communities wird auf diese Verallgemeinerungen in einigen der Reporte hingewiesen, dabei belassen es die Verfasser\_innen jedoch. In den Untersuchungen wird kaum versucht, der Diversität von Roma-Communities in irgendeiner Form zu entsprechen oder gerecht zu werden. Auch in jenen Berichten, welche die Situation in mehreren Ländern vergleichen, nämlich „Avoiding the Dependency Trap“ (2003), „Faces of Poverty, Faces of Hope“ (2005) und der Bericht zu Südosteuropa (2006a), wird davon ausgegangen, dass die Situationen von Roma-Communities in verschiedenen Ländern vergleichbar sind. Die Mehrheitsbevölkerung ist eine Kategorie, die allein durch Nicht-Zugehörigkeit zu Roma-Communities bestimmt wird und innerhalb derer kaum Unterscheidungen getroffen werden. So ist auch in vielen Berichten von „non-Roma“ die Rede (z.B. UNDP 2003: 14, UNDP 2005: 5, 8, UNDP 2007b: 7, UNDP 2006b: 12f., UNDP 2006a: 2, UNDP 2006d: 7). Die Gegenüberstellung Roma-Communities – Mehrheitsbevölkerung suggeriert eine Eindeutigkeit der Zuordnung, die nicht gegeben ist, wie auch bei der Betrachtung des methodischen Vorgehens der Studien weiter oben ersichtlich wurde.

Es gibt dennoch einige Stellen in den Berichten, an denen die Autor\_innen versuchen, Verallgemeinerungen der Gruppen etwas aufzulösen. So werden beispielsweise verschiedene Gruppen erwähnt, die - abgesehen von Roma-Communities - als besonders „gefährdet“ gelten. Genannt werden hier beispielsweise Migrant\_innen, Menschen mit Behinderung sowie Menschen, die in ländlichen Gegenden wohnen. Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass auch verschiedene dieser Faktoren, welche zu einer Kategorisierung als „gefährdet“ führen, zusammentreffen und die Situation weiter erschweren können (vgl. UNDP 2006d: 12, UNDP 2006e: 2f., UNDP 2007a: 13). Der Bericht zur Slowakei berücksichtigt dies insofern, als die

Variable der „spatial integration“ eingeführt wird, gleichzeitig wird jedoch dadurch Integration häufig auf diesen räumlichen Aspekt reduziert. Alle Berichte unterscheiden in einigen Punkten ihrer Untersuchungen zwischen Frauen und Männern und stellen so die in mancher Hinsicht schwierigere Situation von Frauen heraus.

Ein weiterer Aspekt eines Machtverhältnisses besteht darin, Situationen und Verhältnisse zu beschreiben und dadurch definieren zu können. Die Einbeziehung Angehöriger von Roma-Communities in die Erarbeitung der Berichte wäre zwar kein Garant dafür, dass eine dominante Perspektive dadurch gebrochen würde (ebenso wie Angehörige der Mehrheitsbevölkerung diese nicht notwendigerweise reproduzieren). Dennoch ist es auffällig, dass aus den Berichten nicht hervorgeht, ob Angehörige von Roma-Communities an der Textproduktion aktiv beteiligt waren. Einzig im Bericht zu Südosteuropa wird bei der Beschreibung der methodischen Vorgehensweise darauf hingewiesen, dass versucht wurde, Angehörige von Roma-Communities für die Interviewführung zu gewinnen (vgl. UNDP 2006a: 116). Es scheint so, als wäre die Mitarbeit von Roma-Communities erst an einem Punkt als notwendig erachtet worden, an dem es um den Zugang zu den Interviewpartner\_innen ging. Roma-Communities stellen also eine Zielgruppe der Untersuchungen dar, ob sie in deren Erarbeitung oder Kontextualisierung miteinbezogen wurden, bleibt offen.

Beim Umgang mit der Kategorie „Roma“ verbleibt die Definitionsmacht über die Zugehörigkeit bei Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft. Im Bericht „Avoiding the Dependency Trap“ wird dies deutlich. Zur Bestimmung der Zugehörigkeit zu einer Minderheit heißt es in Anlehnung an die „Framework Convention for the Protection of National Minorities“: „The individual’s subjective choice is inseparably linked to objective criteria relevant to the person’s identity“ (UNDP 2003: 24). Weiterhin ist zu lesen:

„These objective criteria refer primarily to cultural and behavioural dimensions of individual identity. These markers complement ethnic self-identification with opinions of professionals working with Roma or with Roma issues (teachers, social workers, doctors, police etc.) or opinions of the interviewers (whether of market research or scientific studies).“ (UNDP 2003: 24)

Während die Selbstidentifikation so als „subjektiv“ und daher nicht ausreichend angesehen wird, gelten die Meinungen zu nicht näher spezifizierten Kategorien wie Kultur oder „Verhaltensdimensionen“ von anderen Personengruppen als „objektiv“ und ausschlaggebend. Dass auf diese Art und Weise stereotype und vorurteilsbehaftete Perspektiven auf Roma-

---

Communities reproduziert werden können, wird nicht bedacht. Zudem stellt sich die Frage, welche Auskünfte insbesondere von Polizeiangehörigen über die Zugehörigkeit von Menschen zu Roma-Communities erwartet werden. Das Vorgehen in den Berichten bei der Auswahl der Interviewpartner\_innen, bei dem es ebenfalls konkret um die Frage der Zugehörigkeit geht, wurde bereits im vorigen Kapitel thematisiert und ähnelt dem hier beschriebenen Zugang von „Avoiding the Dependency Trap“. Die Personengruppen, die zu Rate gezogen werden, werden dabei als „Expert\_innen“ bezeichnet.

Darüber hinaus werden Roma-Communities in den Berichten zumeist als weitgehend machtlos dargestellt. Dies zeigt sich einerseits bereits in den im vorigen Kapitel beschriebenen Motiven des Teufelskreises der Marginalisierung und der sozialen Exklusion oder der dargestellten Armutsfalle, deren starken Dynamiken Roma-Communities ausgeliefert wären. Auffallend ist andererseits, dass politischer Aktivismus kaum thematisiert wird (vgl. auch ACTON 2006: 31). Zwar findet sich in zwei Reporten jeweils ein (kurzes) Kapitel zur politischen Repräsentation von Roma-Communities (vgl. UNDP 2003: 74f., UNDP 2006c: 33ff.), die Auslassung von Roma-Aktivismus und Selbstorganisation lässt diese jedoch passiv und ausgeliefert erscheinen, was weiterhin viktimisierend wirkt.

Nach SAID, bzw. ergänzend nach Stuart HALL, ist das Verhältnis zwischen den beiden konstruierten Gruppen durch eine **angenommene, vereinfachte und absolute Konzeption von Differenz** gekennzeichnet, die eine Grenze zwischen beiden festlegt. Im Bericht „Avoiding the Dependency Trap“ wird beispielsweise angenommen, dass die Sozialstruktur von Roma-Communities sich grundlegend von jener der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden würde (vgl. UNDP 2003: 13). Opposition zu den Sozialstrukturen der Mehrheit wird darüber hinaus als „traditionelles Element“ von Roma-Identität bezeichnet (vgl. UNDP 2003: 14).<sup>44</sup> Im Zusammenhang mit Nationalstaatenbildung ist sogar davon die Rede, dass die Zurückweisung von „*otherness*“ ein wichtiges Element sei (vgl. UNDP 2003: 13; Hervorhebung im Original). Konzepten von Roma-Identität(en) stehen die Verfasser\_innen jedoch weitgehend hilflos gegenüber, der Zugang der Berichte bleibt diesbezüglich unklar, ohne aber diese Unsicherheiten

---

44 In Kapitel 3.3 wurde kurz auf Arif Dirlik verwiesen, der Orientalismus als Beziehung begreift. Differenz ist in diesem Sinne auch als etwas zu verstehen, das von beiden Seiten erzeugt wird, wobei die dominante Gruppe dabei die entscheidenden Parameter vorgibt. Da in dieser Arbeit Berichte behandelt werden, welche eine solche dominante Perspektive wiedergeben, geraten Strategien von Roma-Communities im Umgang mit Differenz und Identitätskonstitution aus dem Blickfeld. Dennoch möchte ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die Verhältnisse zwischen Roma-Communities und Gruppen der Mehrheitsbevölkerung wechselseitig bestimmt werden.

ausreichend zu thematisieren oder weitere Folgerungen für die Untersuchungen zu ziehen (siehe Kapitel 6.2). Daraus ergibt sich eine paradoxe Situation, denn die ohnehin selbstreferenzielle Gegenüberstellung Roma – non-Roma wird dadurch ad absurdum geführt. Übrig bleibt eine Differenz, von der in konzeptioneller Hinsicht nicht gesagt werden kann, worin sie besteht, was jedoch zu keinem Abrücken davon führt.

Zutage tritt diese Differenz immer wieder in den Ergebnissen der Berichte. Wie bereits erwähnt, entstehen die Gruppen Roma-Communities und Mehrheitsbevölkerung dadurch, dass sie einander vergleichend gegenübergestellt werden. Von der Existenz beider Gruppen wird somit im Vorhinein ausgegangen, immer wieder bestätigt wird sie durch die Ergebnisse der Studie, die für die beiden Gruppen unterschiedlich ausfallen. Die Wahrnehmung von Differenz zwischen Roma-Communities und Mehrheitsbevölkerung wird noch dadurch verstärkt, dass die Daten, wie in den Berichten präsentiert, nur in geringem Maße kontextualisiert werden. Indem auf strukturelle Benachteiligung und Diskriminierung nur wenig eingegangen wird, entsteht der Eindruck, dass die dargestellte Situation von Roma-Communities durch ihr Verhalten verursacht wird, das sich von jenem der Mehrheitsgesellschaft folglich unterscheiden muss. Wie im Zusammenhang mit der Zielvorstellung (soziale) Inklusion in Kapitel 6.2 thematisiert wurde, wird die Exklusion von Gruppen nicht als vom gesellschaftlichen System produziert angesehen. Vielmehr wird sie als Folge von Verhaltensweisen interpretiert, die als unmoralisch oder unangepasst bewertet werden. Beziehungen und Zusammenhänge zwischen Roma-Communities und Mehrheitsgesellschaft werden kaum betrachtet, Roma-Communities und ihre Lebenssituationen werden nicht als Teil einer Gesamtgesellschaft gesehen, sondern externalisiert. Manche Berichte unterstreichen diese Wahrnehmung, indem sie Analogien zwischen Roma-Communities und „Entwicklungsländern“ bzw. der „dritten Welt“ herstellen, welche den industrialisierten Gesellschaften der „ersten Welt“ gegenübergestellt werden (siehe Kapitel 6.2).

Roma-Communities erscheinen daher nicht als „ungleich“ in dem Sinne, als sie häufiger mit strukturell produzierten, schwierigeren Lebensumständen konfrontiert sind als viele Teilgruppen der Mehrheitsbevölkerung, sondern als „different“. Es steht also nicht Ungleichheit innerhalb einer Gesellschaft im Zentrum, sondern Differenz, Roma-Communities tragen die Hauptverantwortung für ihre Situation, weil sie *anders* sind und nicht ungleich. Dieser Fokus ermöglicht es, Verantwortlichkeiten zu verschleiern. Indem ökonomische und soziale Ungleichheiten als gegeben angenommen werden und nicht als von der Gesamtgesellschaft produziert, erscheint die Kluft noch tiefer.

---

Orientalisierung bedeutet ferner die **Schaffung verschiedener Ideen, Vorstellungen, Bilder und Stereotypen**, durch welche die *Anderen* festgeschrieben und dadurch als Gruppe definiert werden. Die in den Berichten wohl am eindrücklichsten dargestellten vorgeblichen Charakteristika von Roma-Communities sind Armut und Hilfsbedürftigkeit, was sich nicht nur in den Texten, Tabellen und Grafiken zeigt, sondern auch in vielen der zur Illustration ausgewählten Fotos. Der Umgang mit der Auswahl der Stichproben für die Untersuchungen verdeutlicht außerdem, wie dabei bereits existierende Vorstellungen davon, was Roma-Communities ausmacht, durch die Dokumente des UNDP reproduziert werden. Konkreter benannt werden die herangezogenen Auswahlkriterien für Interviewpartner\_innen nur im Bericht zu Moldawien, wie bereits erwähnt, galten hier folgende Kriterien für die Auswahl von Interviewpartner\_innen: Hautfarbe, Sprache, Akzent, Art zu Sprechen, Lebensstil und der Name der entsprechenden Person (vgl. UNDP 2007b: 35, 112). Offensichtlich wird dabei in essentialisierender und rassistischer Weise davon ausgegangen, dass Roma-Communities sich in diesen Punkten von der Mehrheitsbevölkerung unterscheiden würden. Vor einer Konkretisierung, *welche* Hautfarbe oder *welcher* Lebensstil dabei ausschlaggebend sei, scheut man jedoch zurück.

Die Untersuchungen selbst beziehen sich teilweise auf dürftig belegte stereotype Phänomene wie Geldverleih zu Wucherzinsen innerhalb von Roma-Communities. Diese Praxis würde viele Schuldner\_innen in die Kriminalität treiben. Zudem würden inoffiziell viele Morde in Roma-Communities darauf zurückgeführt, da im Falle von Zahlungsunfähigkeit drastische Maßnahmen ergriffen würden (vgl. UNDP 2003: 50). Der Bericht „Avoiding the Dependency Trap“ sticht auch im Hinblick auf Stereotype hervor, hier ist beispielsweise von „Roma criminality“ die Rede und man versucht, dem sogenannten „crop-stealing phenomenon“, also dem Erntediebstahl vom Feld, auf die Spur zu kommen (vgl. UNDP 2003: 71f.). In Bezug auf Sozialleistungen wird der entmündigende Vorschlag gemacht, diese nicht in Form von Geld abzugeben, sondern z.B. mittels Lebensmittelmarken, wobei nicht vergessen wird, auf Schwächen dieses Vorgehens hinzuweisen: „food stamps can be resold for cash that can be used to purchase cigarettes for parents rather than milk for children“ (UNDP 2003: 82).

In Kapitel 6.2 wurde bereits auf verschiedene Aspekte eingegangen, welche die Darstellungen von Roma-Communities in den Dokumenten des UNDP kennzeichnen. So gelten in den UNDP-Berichten verschiedene Lebensbereiche von Roma-Communities als geprägt von traditionellen Strukturen und oft werden in diesem Zusammenhang auch kulturelle Aspekte erwähnt. Häufig

bezieht sich dies auf als „typisch“ angesehene Berufsfelder. In diesem Kontext ebenfalls immer wieder als „traditionell“ oder bestimmt von kulturellen Faktoren beschrieben werden Familienstrukturen, Kinderreichtum und die Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern. Im Bericht zu Südosteuropa ist in Bezug auf die Rolle von Frauen dabei von der Notwendigkeit die Rede, zu erkennen, welche Elemente „traditioneller Kultur“ mit „heutigen Sozialstandards“ vereinbar wären (vgl. UNDP 2006a: 107). Hier zeigt sich, wie eine Vorstellung der Lebensweise von Roma-Communities von der Mehrheitsbevölkerung abgesetzt und dazu verwendet wird, eine positive, fortschrittliche Norm zu definieren. In diesem Falle besteht sie in der Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen, patriarchale Unterdrückungsmechanismen innerhalb der Mehrheitsgesellschaft werden so verdeckt. Hier zeigt sich somit wieder, wie Vorstellungen über Roma-Communities mit Vorstellungen über die Mehrheitsbevölkerung verbunden sind. Erstere dienen als **Projektionsfläche** und **negatives Gegenbild**, was ein weiteres Element von Orientalisierung darstellt.

Ein nächster Aspekt von Orientalisierung besteht laut SAID in **der Produktion von allgemein akzeptiertem Wissen über die Anderen durch kulturelle und wissenschaftliche Mittel**. Dieses Wissen ist wiederum durch die **Wahrnehmungs- und Beschreibungskonventionen der dominanten Gruppe gefiltert**. In den Berichten des UNDP wird die Situation von Roma-Communities in verschiedenen Regionen vor dem Hintergrund der DoRI, der MDGs und im Sinne des dominanten Entwicklungsdiskurses betrachtet, woraus die Reporte auch ihre Legitimität beziehen. Wie in Kapitel 5 kurz angesprochen wurde, stellen solche Berichte und Planungsdokumente wesentliche Instrumente des Entwicklungsdiskurses dar. In diesen Texten werden Problemdarstellungen, die jeweils zu erreichenden Ziele und die dafür notwendigen Maßnahmen definiert (wenn auch nicht immer explizit), was auch auf die Dokumente des UNDP zutrifft.

Wesentlich für die MDGs, wie auch für die Berichte des UNDP, sind das Vermessen von Lebensumständen und das Vergleichen des so gewonnenen Zahlenmaterials. Das Beharren auf der Notwendigkeit von Datenmaterial impliziert dabei die Möglichkeit einer klaren Kategorisierung, was wiederum im Widerspruch zu Aussagen an anderen Stellen der Dokumente steht. Die Angaben verschiedener Prozentsätze, Steigerungsraten und ähnlichem lässt den Eindruck einer objektiven und exakt erfassbaren Realität entstehen und vermittelt eine entsprechende Autorität. Dieses Zahlenmaterial wird mittels quantitativer Erhebungen der

---

empirischen Sozialforschung gewonnen, die als weitgehend anerkannt und akzeptiert gelten. Wie bereits weiter oben thematisiert, wird in den meisten der Reporte jedoch auch auf Schwierigkeiten insbesondere in Bezug auf die Erstellung der Stichproben aufmerksam gemacht, womit auch zahlreiche Publikationen anderer Akteur\_innen zur Situation von Roma-Communities Probleme haben (vgl. DEIRINGER 2006: 23ff.). Sabine DEIRINGER fragt daher zu Recht:

„Why this overwhelming desire to count and measure ‚the Roma‘? [...] There is a lot of scattered and anecdotal evidence of the *marginalisation* of Roma. This is a problem demanding solutions in the form of policies, for which the scope and details of *marginalisation* have to be measured in the first place. What is at stake here is Roma's *legibility*“ (DEIRINGER 2006: 26; Hervorhebung im Original)

Daten gelten als Voraussetzung für politische Entscheidungen und die Erstellung von Maßnahmen und Programmen, welche die Situation von Roma-Communities verbessern sollen. Diese steht aus dem Grund im Fokus, da ihre Marginalisierung, die durch ebendiese Daten belegt werden soll, als inakzeptabel angesehen wird. Hier findet sich eines der zentralen Motive des Entwicklungsdiskurses, welches Situationen als krisenhaft beschreibt, um daraus die Notwendigkeit von Interventionen abzuleiten (vgl. CRUSH 1995: 10). Ein deutliches Beispiel dafür findet sich im Bericht zu Südosteuropa. Darin werden immer wieder Berechnungen angestellt, bis zu welchem Zeitpunkt verschiedene Ziele der nationalen MDG-Reporte in Bezug auf Roma-Communities erreicht würden, wenn man von einer linearen Entwicklung ab 2004 ausginge. So würde beispielsweise in Kroatien die angestrebte Halbierung relativer Armut erst 2094 erreicht werden. Um dies bis 2015 zu schaffen, müsste das Tempo des Fortschritts um das Achtfache beschleunigt werden (vgl. UNDP 2006a: 19, weitere Beispiele vgl. UNDP 2006a: 31f., 48, 61).

Die „Lesbarkeit“ der Roma-Communities, wie DEIRINGER schreibt, sei also wichtig, um ihre Marginalisierung durch *social engineering* verändern zu können (vgl. DEIRINGER 2006: 32):

„[...] states make their spaces *legible* through the production of universalist knowledge. They use statistics and measurement techniques as basis, framework and legitimisation for grand-scale interventions.“ (DEIRINGER 2006: 33; Hervorhebung im Original)

Hier zeigt sich eine weitere, letzte Parallele zur Orientalisierung: **es werden Repräsentationen der Anderen geschaffen, welche die Interventionen der dominanten Gruppe legitimieren.** DEIRINGER kritisiert die Lösungsvorschläge vieler Organisationen, die, wie auch jene der Berichte

des UNDP, auf die Inklusion von Roma-Communities in verschiedene gesellschaftliche Bereiche und deren Anpassung an die Norm der Mehrheitsgesellschaft abzielen. DEIRINGERS Ansicht nach treffen sich im Ruf nach Teilhabe und Inklusion die häufig wirtschaftlich geprägten Perspektiven internationaler Organisationen mit jenen von NROs (vgl. DEIRINGER 2006: 35f.). Die Argumentation sei zirkulär: Um ihre Marginalisierung thematisieren zu können, müssten Roma-Communities an politischen Prozessen partizipieren, wofür wiederum Demarginalisierung die Voraussetzung sei (vgl. DEIRINGER 2006: 35). Die Berichte des UNDP sind bereits in der Forderung nach politischer Partizipation für Angehörige von Roma-Communities zurückhaltend, es wird hier kaum der Anschein erweckt, dass verschiedene Zielvorstellungen wie Integration oder Inklusion bzw. deren Bedeutung verhandelbar wären. Im Kontext der DoRI wird jedoch betont, dass ihr Erfolg von der Partizipation durch Angehörige von Roma-Communities abhängt (vgl. DoRI o.J.a, online), wobei die Evaluation durch Decade Watch den Handlungsbedarf im Hinblick darauf unterstreicht (vgl. DECADE WATCH 2010: 11).

Der Blick auf Roma-Communities als marginalisierte Gruppe beinhaltet die Aufforderung, etwas gegen diese Marginalisierung zu unternehmen. Die Zugänge und Maßnahmen, die in den Berichten des UNDP vorgeschlagen werden, gehen dabei, trotz anders klingender Rhetorik, von einer Anpassung der Angehörigen von Roma-Communities an die Normen der Mehrheitsgesellschaft aus.

Im folgenden Conclusio sollen die Erkenntnisse dieser Analyse noch einmal im Kontext der gesamten Arbeit zusammengefasst werden.



---

## 7 – Conclusio

Ausgangspunkt dieser Arbeit stellte die Beobachtung dar, dass verschiedene internationale Organisationen und Institutionen wie auch Nichtregierungsorganisationen (NROs) ihre Aktivitäten innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte zunehmend auf Roma-Communities richteten. Die „Situation von Roma-Communities in (Ost-)Europa“, von der dabei vielfach gesprochen wird, scheint eindeutig: Jene Gruppen führen ein Leben am Rande der europäischen Gesellschaften, das von hoher Arbeitslosigkeit, niedrigem Bildungsniveau, schlechtem Gesundheitszustand und schwierigen Wohnverhältnissen sowie von Diskriminierung und geringer politischer Teilhabe geprägt ist. Es ist daher das Ziel einer Vielzahl an unterschiedlichen Organisationen, an dieser Situation etwas zu verändern, darunter befindet sich auch an prominenter Stelle das United Nations Development Programme (UNDP). Dieses beansprucht mit dem Bericht „Avoiding the Dependency Trap“ (2003) eine neue Perspektive zu eröffnen, welche durch einen Fokus auf Entwicklung bestimmt ist. Der aktuelle Referenzpunkt des dominanten Entwicklungsdiskurses, die Millennium Development Goals (MDGs), wurden für die Roma-Communities Mittel-, Südost- und Osteuropas adaptiert und eine entsprechende Initiative, welche auf die Erfüllung dieser Vorgaben hinarbeitet, ins Leben gerufen. Die Decade of Roma Inclusion 2005-2015 (DoRI) vereint viele der wesentlichen Akteur\_innen, die sich mit der Verbesserung der Lage von Roma-Communities beschäftigen. Vor diesem Hintergrund erstellte das UNDP eine Reihe weiterer Berichte, deren Absicht es war, ein repräsentatives Bild der Lebensumstände von Roma-Communities in den genannten Regionen wiederzugeben.

In dieser Arbeit wurde die Darstellung der Situation von Roma-Communities, wie sie in den Berichten des UNDP dargelegt wird, untersucht. Den theoretischen Hintergrund dafür bot Edward SAIDS „Orientalism“. In Anlehnung daran verstand ich „Orientalisierung“ als eine Beziehung zwischen zwei Gruppen, welche durch ein asymmetrisches Machtverhältnis gekennzeichnet ist, durch das beide Gruppen wechselseitig in Abgrenzung voneinander konstituiert werden. Die relevanten Parameter werden dabei durch die dominante Perspektive vorgegeben, aus der heraus allgemein akzeptiertes, hegemoniales Wissen generiert wird. Durch kulturelle Produktion und wissenschaftliche Methoden werden Vorstellungen, Ideen und Stereotypen geschaffen, welche von den Wahrnehmungs- und Beschreibungskonventionen der

---

dominanten Gruppe bestimmt sind. Dabei wird immer eine absolute und vereinfachte Differenz zwischen den beiden Gruppen angenommen, die *Anderen* dienen der dominanten Gruppe als Projektionsfläche und negatives Gegenbild. Die Repräsentationen, die so produziert werden, dienen darüber hinaus dazu, Interventionen der dominanten Gruppe zu legitimieren.

Dieser Zugang lenkte den Blick also auf die Konstruktion des Verhältnisses zwischen Roma-Communities und der Mehrheitsgesellschaft. In dieser Arbeit wurde ein Einblick über verschiedene Aspekte gegeben, welche bei der Aushandlung dieser Identitäten und Beziehungen eine Rolle spielen, ebenso wurden Perspektiven einiger wichtiger Akteur\_innengruppen thematisiert. Des Weiteren wurde das Hervorgehen der DoRI aus dem dominanten Entwicklungsdiskurs näher betrachtet. Meine Forschungsfragen bezogen sich auf die Repräsentation und Konstitution von Roma-Communities innerhalb dieses Kontextes sowie auf mögliche Parallelen zu einem Prozess der Orientalisierung. Zur Beantwortung dieser Fragen wurden neun Berichte des UNDP analysiert, wobei ich mich methodisch an der Kritischen Diskursanalyse nach Siegfried JÄGER orientiert habe. Die Ergebnisse dieser Analyse sollen an dieser Stelle noch einmal zusammengefasst wiedergegeben werden.

In allen Berichten werden Armut, soziale Exklusion, Marginalisierung oder *Vulnerability* als Zustände begriffen, von denen Roma-Communities stark betroffen sind. Verursacht werden diese von vielen verschiedenen Faktoren, die miteinander im Zusammenhang stehen und sich gegenseitig verstärken. Teilweise erfolgt die Verknüpfung dieser Faktoren durch drastische Motive wie den Teufelskreis oder die Armutsfalle. Dies erweckt den Anschein einer Eigendynamik, die wirkt, als wäre sie kaum aufzuhalten. Aber auch jene Berichte, die wenig auf solche Vergleiche zurückgreifen, wie z.B. jene zu Albanien, Mazedonien, Montenegro und Serbien, lassen die Situation von Roma-Communities in den jeweiligen Ländern als nahezu aussichtslos erscheinen (vgl. UNDP 2006c: 36, UNDP 2006d: 39, UNDP 2006e: 34).

Mittels Motiven wie der „ghetto culture“, der „culture of poverty“ oder „dependency cultures“ wird in einigen Reporten deutlich versucht, die Lebensweise von Roma-Communities als entscheidende Ursache für die anhaltende Marginalisierung dieser Gruppen hervorzuheben.

Diskriminierung ist in den Berichten von untergeordneter Bedeutung, der Beitrag der Mehrheitsbevölkerung generell wird nur an wenigen Stellen angesprochen. Auch dies hat zur Folge, dass die Situation von Roma-Communities als selbst verschuldet erscheint. Darüber hinaus wird im Report „Avoiding the Dependency Trap“ sogar versucht, Intoleranz im

Zusammenhang mit „asymmetrischer Beteiligung“ am Sozialsystem als nachvollziehbare Reaktion darzustellen. Auch in den Berichten zu Moldawien und Südosteuropa findet sich die Verknüpfung zwischen dieser „asymmetrischen Beteiligung“ und Spannungen oder Intoleranz (vgl. UNDP 2006a: 103, UNDP 2007b: 57).

Der Bericht „Avoiding the Dependency Trap“ ist dahingehend auffällig, als darin Argumentationsstrategien verfolgt werden, die darauf gerichtet zu sein scheinen, die Verantwortung für die Marginalisierung von Roma-Communities von nationalen Regierungen und der Mehrheitsgesellschaft abzulenken. Dies geschieht, indem verschiedenen Problembereichen eine „cyclical nature“ (UNDP 2003: 3, 34, 48) unterstellt wird. Handlungsspielräume werden so massiv eingeengt, Armut erscheint als Schicksal, das nur durch die Überwindung der „ghetto culture“ abgewendet werden kann. Diese Argumentation spiegelt sich zwar in den übrigen Berichten wider, insbesondere in jenen zu Südosteuropa, Moldawien und im Report „Faces of Poverty, Faces of Hope“, allerdings in abgeschwächter Form.

Die restlichen Berichte bieten oft noch weniger Kontext und beschränken sich an vielen Stellen auf die Darstellung der Untersuchungsergebnisse. Das Resultat ist jedoch trotzdem ähnlich. Präsentiert wird eine Aneinanderreihung verschiedener Tabellen und Grafiken, welche die schwierige Situation vieler Roma-Communities darlegt. Die Mehrheitsbevölkerung stellt einen steten Vergleich und Maßstab dar, an dem die Roma-Communities immer scheitern.

In verschiedener Hinsicht konnten durch die Analyse Parallelen zwischen einem Prozess der Orientalisierung und der Konstitution von Roma-Communities und Mehrheitsgesellschaft in den Berichten nachgewiesen werden. Durch die Gegenüberstellung der beiden Gruppen wird im Vorhinein von deren Existenz ausgegangen. Beide werden homogenisiert, die Mehrheitsbevölkerung stellt die Norm dar, aus deren Perspektive Roma-Communities als marginalisiert gelten. Die Definitionsmacht in Bezug auf Identität verbleibt bei Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft, was dazu führt, dass stereotype Sichtweisen auf Roma-Communities reproduziert werden. Hierbei kommt es zu problematischen Vermischungen der Zugänge. Immer wieder wird der Eindruck vermittelt, dass Roma-Communities als Ethnie gesehen und die Ergebnisse der Untersuchungen ein repräsentatives Bild ihrer Lebensumstände vermitteln würden. Wie im Bericht zu Südosteuropa jedoch zu lesen ist, spiegeln die Resultate vielmehr die Lebensbedingungen einer Ethnoklasse wider, zu deren definierenden Merkmalen „socio-economic, behavioural and outsider identification markers“ (UNDP 2006a: 16) gehören.

---

Nachdem die Stichproben der Studien auf Basis solcher Kriterien erstellt wurden, stellen Armut und Marginalisierung auch zwangsläufig ihre Ergebnisse dar. Dieser intransparente Umgang mit den Kategorien Ethnie und Ethnoklasse trägt zur Stigmatisierung von Roma-Communities bei, indem ein stereotyper Zusammenhang zwischen Roma-Identität, Armut und Marginalisierung verfestigt wird.

Eine Differenz zwischen Roma-Communities und Mehrheitsbevölkerung wird vielfach postuliert, teilweise explizit (insbesondere im Bericht „Avoiding the Dependency Trap“), teilweise mittels verschiedenster Statistiken. Während in konzeptioneller Hinsicht offen bleibt, worin die Unterscheidung zwischen „Roma“ und „non-Roma“ besteht, scheint aus dem Datenmaterial hervorzugehen, dass die beiden Gruppen sich zweifellos unterschiedlich verhalten. Indem die dargestellten Verhältnisse nur in geringem Maße kontextualisiert werden, geraten strukturelle Ungleichheiten innerhalb von Gesellschaften aus dem Blickfeld. Die Situation von Roma-Communities wird so dargestellt, als hätte sie nichts mit jener der Mehrheitsbevölkerung zu tun, die Verantwortung einer Gesamtgesellschaft wird verdeckt.

Neben den Stereotypen von Armut und Marginalisierung werden auch verschiedene andere Klischees reproduziert. Insbesondere auf unterschiedliche Aspekte der Lebensweise von Roma-Communities, welche von traditionellen Strukturen geprägt wären, wird häufig Bezug genommen. Diese Aspekte dienen auch als negatives Gegenbild der Mehrheitsgesellschaft, die auf diese Art und Weise wieder als positive Norm definiert wird.

Zu Romantisierungen kommt es, abgesehen von wenigen Ausnahmen in „Avoiding the Dependency Trap“, hingegen kaum. Dies scheint darauf zurückzuführen zu sein, dass die Berichte des UNDP strategische Texte des Entwicklungsdiskurses darstellen und daher auch einem ihrer wesentlichen Muster folgen: Eine Situation, die als Krise wahrgenommen wird, soll durch bestimmte Maßnahmen verbessert werden. Dieses Motiv deckt sich mit einem weiteren Element von Orientalisierung, wonach solche Repräsentationen geschaffen werden, welche Interventionen der dominanten Gruppe legitimieren. Untermuert wird die Wahrnehmung der Notwendigkeit von Veränderungen in den Berichten des UNDP durch Datenmaterial, das mittels durchaus fragwürdiger Methoden gewonnen wurde.

Die Berichte des UNDP gehen von einer Differenz aus, welche durch ihre Methodik bestätigt wird. Gleichzeitig wird diese Differenz als Marginalisierung problematisiert und soll durch Inklusion oder Integration überwunden werden, die jedoch in einer Anpassung an die Norm besteht.

SAIDS „Orientalism“ erwies sich im Zusammenhang dieser Arbeit als fruchtbares Konzept, um Muster im Umgang mit der Darstellung von Roma-Communities zu untersuchen. Der Wert beschränkt sich dabei nicht allein auf die geographische Position des Orients, sondern auf jegliche sozial konstruierte Differenzziehung. Unter Bezug auf das Konzept der Orientalisierung konnte in dieser Arbeit nachgewiesen werden, dass Berichte, die vermeintlich allein die Darstellung von etwas bezwecken, immer auch bestimmte Verhältnisse erst hervorbringen, dass sie Wirklichkeit, Roma-Communities und ihre Situation, (re)produzieren. Die Fragen nach gewaltfreien Möglichkeiten der Wissensproduktion und alternativen Wegen, mit Differenz umzugehen, bleiben in dieser Arbeit unbeantwortet. Ihre Relevanz und Aktualität wurde jedoch bekräftigt.



---

## 8 – Quellenverzeichnis

- ACTON, Thomas (2006): Romani Politics, Scholarship, and The Discourse of Nation-Building. In: MARSH, Adrian/STRAND, Elin (Hg.): Gypsies and the Problem of Identities. Contextual, Constructed and Contested. Istanbul: Swedish Research Institute. S. 27-38.
- AHMAD, Aijaz (1994): *Orientalism* and After: Ambivalence and Metropolitan Location in the Work of Edward Said. In: AHMAD, Aijaz: In Theory. London: Verso. S.159-219.
- AHMED, Patricia et al. (2007): Internal and External Ethnic Assessments in Eastern Europe. In: Social Forces, Volume 86, Number 1, September 2007. S. 231-255.
- ASHCROFT, Bill (2001): On post-colonial futures. London: Continuum.
- ASHCROFT, Bill et al. (1989): The Empire Writes Back. Theory and practice in post-colonial literatures. London: Routledge.
- ASHCROFT, Bill et al. (1998): Key concepts in post-colonial studies. London: Routledge.
- ATANASOSKI, Neda (2009): Roma rights on the world wide web: the role of internet technologies in shaping minority and human rights discourses in post-socialist Central and Eastern Europe. In: European Journal of Cultural Studies 12: 205. S 205-218.
- BARANY, Zoltan (2002): The East European Gypsies. Regime Change, Marginality, and Ethnopolitics. Cambridge: Cambridge University Press.
- BENFORD, Robert D./ SNOW, David A. (2000): Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment. In: Annual Review of Sociology 26. S. 611-639.
- BRAUNMÜHL, Claudia von (1998): Frauenfragen an Entwicklungspolitik. In: RUPPERT, Uta (Hg.): Lokal bewegen – global verhandeln. Internationale Politik und Geschlecht. Frankfurt am Main: Campus-Verlag. S.77-105.
- BRENNAN, Timothy (2008): Postcolonial Studies and Globalization Theory. In: KRISHNASWAMY, Revathi/HAWLEY, John C. (Hg.): The Postcolonial and the Global. Minneapolis: University of Minnesota Press. S. 37-53.
- BROCK, Karen/CORNWALL, Andrea (2005): What do Buzzwords do for Development Policy? A critical look at ‚participation‘, ‚empowerment‘ and ‚poverty reduction‘. In: Third World Quarterly, Vol. 26, No. 7. S.1043-1060.

- 
- BUNDESMINISTERIUM FÜR EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ANGELEGENHEITEN SEKTION VII –  
ÖSTERREICHISCHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (2010): Bericht 2009. Öffentliche  
Entwicklungshilfeleistungen Österreichs.  
Online unter: [http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht\\_2009\\_Web\\_01.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht_2009_Web_01.pdf)  
[Zugriff 07. 09. 2011]
- CASA-NOVA, Maria José (2007): Gypsies, ethnicity, and the labour market. An introduction. In:  
Romani Studies, Volume 17, Number 1/June 2007. S. 103-123.
- CASTRO VARELA, María do Mar/DHAWAN, Nikita (2005): Postkoloniale Theorie. Eine kritische  
Einführung. Bielefeld: transcript Verlag.
- CLIFFORD, James (1988): The Predicament of Culture. Twentieth-Century Ethnography,  
Literature, and Art. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press.
- CONRAD, Sebastian/RANDERIA Shalini (2002): Einleitung. Geteilte Geschichten – Europa in einer  
postkolonialen Welt. In: CONRAD, Sebastian/Randeria, SHALINI (Hg.): Jenseits des  
Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Kultur- und Sozialwissenschaften.  
Frankfurt am Main: Campus-Verlag. S.9-49.
- COTTAAR, Annemarie et al. (1998): Introduction. In: COTTAAR, Annemarie et al.: Gypsies and other  
itinerant groups. A socio-historical approach. London: Macmillan Press Ltd. S. 1-13.
- COWEN, Michael/SHENTON, Robert (1995): The invention of development. In: CRUSH, Jonathan  
(Hg.): Power of development. London: Routledge. S.27-43.
- CRUSH, Jonathan (2005): Introduction. Imagining development. In: CRUSH, Jonathan (Hg.): Power  
of development. London: Routledge. S.1-23.
- DEIRINGER, Sabine A. (2006): Applying Anthropology to the Situation of the Roma. An  
Ethnography of NET, a Project Addressing the Situation of the Roma of Central and Eastern  
Europe. Trier: Fokus Kultur.
- DECADE OF ROMA INCLUSION 2005-2015 (2005): Terms of Reference.  
Online unter: <http://www.romadecade.org/files/downloads/Decade%20Documents/Roma%20Decade%20TOR.pdf>  
[Zugriff 07. 09. 2011]
- DECADE OF ROMA INCLUSION (o.J.a): Official Website.  
Online unter: <http://www.romadecade.org/about>  
[Zugriff 07. 09. 2011]
- DECADE OF ROMA INCLUSION (o.J.b): Decade Action Plans.  
Online unter: [http://www.romadecade.org/decade\\_action\\_plans](http://www.romadecade.org/decade_action_plans)  
[Zugriff 07. 09. 2011]

Decade Watch. Roma Activists Assess the Progress of the Decade of Roma Inclusion 2005–2006 (2007).

Online unter: <http://www.romadecade.org/files/downloads/DecadeWatch/DecadeWatch%20-%20Complete%20%28English;%20Final%29.pdf>

[Zugriff 07. 09. 2011]

Decade Watch. Roma Activists Assess the Progress of the Decade of Roma Inclusion. Update 2007 (2008).

Online unter: <http://www.romadecade.org/files/downloads/DecadeWatch/DecadeWatch%202007%20Update%20-%20Final%20%2830-07-08%29.pdf>

[Zugriff 07. 09. 2011]

Decade Watch. Results of the 2009 Survey (2010).

Online unter: <http://www.romadecade.org/files/downloads/Decade%20Watch%202010/Decade%20Watch%20-%20Results%20of%20the%202009%20Survey%20-%20Revised.pdf>

[Zugriff 07. 09. 2011]

DIRLIK, Arif (1998): The postcolonial aura. Boulder, Colorado: Westview Press.

ESCOBAR, Arturo (1995): Imagining a post-development era. In: CRUSH, Jonathan (Hg.): Power of development. London: Routledge. S.211-227.

EUROPÄISCHE KOMMISSION (1998a): Regelmäßiger Bericht der Kommission über die Fortschritte der Slowakei auf dem Weg zum Beitritt.

Online unter:

[http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key\\_documents/1998/slovakia\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key_documents/1998/slovakia_de.pdf)

[Zugriff 07. 09. 2011]

EUROPÄISCHE KOMMISSION (1998b): Regelmäßiger Bericht der Kommission über die Fortschritte der Tschechischen Republik auf dem Weg zum Beitritt.

Online unter:

[http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key\\_documents/1998/czech\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key_documents/1998/czech_de.pdf)

[Zugriff 07. 09. 2011]

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2001): Regelmäßiger Bericht der Kommission 2001 über die Fortschritte der Tschechischen Republik auf dem Weg zum Beitritt.

Online unter: [http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key\\_documents/2001/cz\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key_documents/2001/cz_de.pdf)

[Zugriff 07. 09. 2011]

EUROPÄISCHE KOMMISSION: Beitrittskriterien.

Online unter:

[http://ec.europa.eu/enlargement/enlargement\\_process/accession\\_process/criteria/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/enlargement/enlargement_process/accession_process/criteria/index_de.htm)

[Zugriff 07. 09. 2011]

- 
- EUROPEAN COMMISSION (2011): Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. An EU Framework for National Roma Integration Strategies up to 2020.  
Online unter: [http://ec.europa.eu/justice/policies/discrimination/docs/com\\_2011\\_173\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/justice/policies/discrimination/docs/com_2011_173_en.pdf)  
[Zugriff 07. 09. 2011]
- EUROPEAN ROMA RIGHTS CENTRE (2011): Systemic segregation in education continues.  
Online unter: <http://www.errc.org/cikk.php?cikk=3838>  
[Zugriff 09. 01. 2012]
- FOUCAULT, Michel (1971 [1969]): Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- FOUCAULT, Michel (1991 [1975]): Überwachen und Strafen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- FOSZTÓ, László (2003): Diaspora and Nationalism: an Anthropological Approach to the International Romani Movement. In: Regio. S. 102-120.
- FOWLER, Jonathan (2003): Newest EU members urged to improve life.  
Online unter: <http://news.scotsman.com/world/Newest-EU-members-urged-to.2394245.jp>  
[Zugriff: 20. 02. 2012]
- GAY Y BLASCO, Paloma (1999): Gypsies in Madrid. Sex, gender and the performance of identity. Oxford: Berg.
- GOEDERLE, Wolfgang: Petty criminals, Gypsies and other vagabonds... Negotiations of gypsiness in administrative discourses of the Habsburg Monarchy in the late 19<sup>th</sup> and early 20<sup>th</sup> centuries. Vortrag gehalten im Rahmen der Jahrestagung der Gypsy Lore Society im September 2011 in Graz.
- GUILHOT, Nicolas (2007): Reforming the World: George Soros, Global Capitalism and the Philanthropic Management of the Social Sciences. In: Critical Sociology 33. S. 447– 477.
- GUY, Will (2001): Introduction. In: GUY, Will (Hg.): Between past and future. The Roma of Central and Eastern Europe. Hatfield: University of Hertfordshire Press.
- HALL, Stuart (1994): Rassismus und kulturelle Identität. Hamburg: Argument Verlag.
- HALL, Stuart (2002): Wann gab es „das Postkoloniale“? Denken an der Grenze. In: CONRAD, Sebastian/RANDERIA, Shalini (Hg.): Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften. Frankfurt am Main: Campus-Verlag. S.219-246.
- HALL, Stuart (2004): Das Spektakel des „Anderen“. In: HALL, Stuart: Ideologie, Identität, Repräsentation. Hamburg: Argument Verlag. S. 108-166.

- HUNGARIAN PRESIDENCY OF THE COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION: Roma Framework Strategy: unanimous support in the Social Council.  
Online unter: <http://www.eu2011.hu/news/romastrategia-egyontetu-tamogatas-szocialis-tanacsban>  
[Zugriff 07. 09. 2011]
- HUSSEIN, Abdirahman A. (2002): Edward Said. Criticism and Society. London: Verso.
- HYDE, Ann (2005): Systemic Exclusion of Roma from Employment.  
Online unter: <http://www.errc.org/cikk.php?cikk=2535> [Zugriff 05. 12. 2011]
- HÜTZ-ADAMS, Friedel (2004): 60 Jahre nach der Bretton Woods-Konferenz: Gründung, Ziele, Macht und Reformbedarf bei IWF und Weltbank.  
Online unter: [http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/1992-2005/2004-9\\_60\\_Jahre\\_nach\\_der\\_Bretton\\_Woods-Konferenz\\_-\\_IWF\\_und\\_Weltbank.pdf](http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/1992-2005/2004-9_60_Jahre_nach_der_Bretton_Woods-Konferenz_-_IWF_und_Weltbank.pdf)  
[Zugriff 07. 09. 2011]
- IWF/OECD/UN/Weltbank (2000): A Better World for All. Progress towards the international development goals.  
Online unter: [http://www.paris21.org/sites/default/files/bwa\\_e.pdf](http://www.paris21.org/sites/default/files/bwa_e.pdf)  
[Zugriff 07. 09. 2011]
- JÄGER, Siegfried (2004): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Münster: UNRAST-Verlag.
- JUTILA, Matti (2009): Taming Eastern Nationalism: Tracing the Ideational Background of Double Standards of Post-Cold War Minority Protection. In: European Journal of International Relations 15 (4). S. 627-651.
- KELLER, Reiner (2007): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- KENNEDY, Valerie (2000): Edward Said. A Critical Introduction. Cambridge: Polity Press.
- KIROVA Iskra (2007): The Decade of Roma Inclusion. Addressing Racial Discrimination Through Development. In: UN Chronicle No. 3, S. 36-38.
- KLÍMOVÁ-ALEXANDER, Ilona (2005): The Romani Voice in World Politics. The United Nations and Non-State Actors. Aldershot: Ashgate Publishing Limited.
- KOTHARI, Uma (2005): A radical history of development studies: individuals, institutions and ideologies. In Kothari, Uma (Hg.): A radical history of development studies: individuals, institutions and ideologies. Capetown: Philip. S. 1-13.
- KOVATS, Martin (2001): The Emergence of European Roma Policy. Paper for presentation at the British Association for Slavonic and East European Studies Annual Conference.

- 
- KÜBLBÖCK, Karin (2005): Schmerztherapie statt Ursachenbekämpfung? Eine strukturelle Kritik an den Millennium-Entwicklungszielen. In: NUSCHELER, Franz/ROTH, Michèle (Hg.): Die Millenniums-Entwicklungsziele. Entwicklungspolitischer Königsweg oder nur ein Irrweg? Bonn: Dietz. S. 138-154.
- LEMON, Alaina (2000): *Between two fires. Gypsy performance and Romani memory from Pushkin to postsocialism.* Durham, NC: Duke University Press.
- LEWY, Guenter (1999): Himmler and the „Racially Pure Gypsies“. In: *Journal of Contemporary History* 34: 201. S. 201-214.
- LEWIS, Reina (1996): *Gendering Orientalism. Race, Femininity and Representation.* London: Tauris.
- LICHNOFSKY, Claudia: Ashkali and Egyptians: two terms – same people? Vortrag gehalten im Rahmen der Jahrestagung der Gypsy Lore Society im September 2011 in Graz.
- LOOMBA, Ania (1998): *Colonialism/Postcolonialism.* London: Routledge.
- LUCASSEN, Leo (1998a): *Eternal Vagrants? State Formation, Migration and Travelling Groups in Western Europe, 1350-1914.* In: COTTAAR, Annemarie et al.: *Gypsies and other itinerant groups. A socio-historical approach.* London: Macmillan Press Ltd. S. 55-73.
- LUCASSEN, Leo (1998b): *A Blind Spot: Migratory and Travelling Groups in Western European Historiography.* In: COTTAAR, Annemarie et al.: *Gypsies and other itinerant groups. A socio-historical approach.* London: Macmillan Press Ltd. S. 135-152.
- LUCASSEN, Leo (1998c): *The Clank of the Hammer was Heard From Daybreak till Dawn: Gypsy Occupations in Western Europe (Nineteenth- Twentieth Centuries).* In: COTTAAR, Annemarie et al.: *Gypsies and other itinerant groups. A socio-historical approach.* London: Macmillan Press Ltd. S. 153-173.
- LUNGESCU, Oana: UN warns of Roma plight.  
Online unter: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/2666585.stm>  
[Zugriff 09. 01. 2012]
- MARGALIT, Gilad (2000): The uniqueness of the Nazi persecution of the Gypsies. In: *Romani Studies* 5, Vol. 10, No. 2. S. 185-210.
- MARTENS, Jens (2005): Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) – Das neue „Mantra“ der Entwicklungspolitik. *INKOTA Brief* 132.  
Online unter: [http://www.woek-web.de/web/cms/upload/pdf/social\\_watch/publikationen/swd\\_report\\_2005\\_044\\_martens.pdf](http://www.woek-web.de/web/cms/upload/pdf/social_watch/publikationen/swd_report_2005_044_martens.pdf)  
[Zugriff 07. 09. 2011]

- MARTENS, Jens /DEBIEL, Tobias (2008): Das MDG-Projekt in der Krise. Halbzeitbilanz und Zukunftsperspektiven (INEF Policy Brief 4/2008).  
Online unter: <http://inef.uni-due.de/page/documents/PolicyBrief04.pdf>  
[Zugriff: 07. 09. 2011]
- MARTENS, Jens/SCHULTHEIS, Antje (2010): Armutszeugnis. Bilanz und Perspektiven der Millenniumsentwicklungsziele.  
Online unter: [http://www.tdh.de/content/meldungen/Armutszeugnis\\_2010.pdf](http://www.tdh.de/content/meldungen/Armutszeugnis_2010.pdf)  
[Zugriff 07. 09. 2011]
- MAYALL, David (2004): Gypsy Identities 1500-2000. From Egipcians and Moon-men to the Ethnic Romany. Abingdon: Routledge.
- MILTON, Sybil (1991): Gypsies and the Holocaust. In: The History Teacher. Vol. 24, No. 4. S. 375-387.
- MOORE-GILBERT, Bart (2000): Postcolonial Theory. Contexts, Practices, Politics. London: Verso.
- NICOLAE, Valeriu (2005): The Decade of Roma Inclusion – Between Hopes, Glitches and Failures.  
Online unter: [http://www.romadecade.org/files/downloads/General  
%20Resources/nicolae\\_2005.pdf](http://www.romadecade.org/files/downloads/General%20Resources/nicolae_2005.pdf)  
[Zugriff 07. 09. 2011]
- NOHLEN, Dieter (Hg.) (2002): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- NOHLEN, Dieter/NUSCHELER, Franz (1993): Was heißt Entwicklung? In: NOHLEN, Dieter/NUSCHELER, Franz (Hg.): Handbuch der Dritten Welt. Band 1. Grundprobleme, Theorien, Strategien. S.55-75. Bonn: Dietz.
- NUSCHELER, Franz (2005): Entwicklungspolitik. Eine grundlegende Einführung in die zentralen entwicklungspolitischen Themenfelder Globalisierung, Staatsversagen, Hunger, Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt. Bonn: Dietz.
- NUSCHELER, Franz/ROTH, Michèle (2005): Die Millennium-Entwicklungsziele: ihr Potenzial und ihre Schwachstellen. Eine kritische Zusammenfassung. In: NUSCHELER, Franz/ROTH, Michèle (Hg.): Die Millenniums-Entwicklungsziele. Entwicklungspolitischer Königsweg oder nur ein Irrweg? Bonn: Dietz. S. 15-42.
- OKELY, Judith (1994a): The Traveller-Gypsies. Cambridge: Cambridge University Press.
- OKELY, Judith (1994b): Constructing Difference: Gypsies as 'Other'. In: Anthropological Journal on European Cultures, 3(2). S. 55-73.
- OKELY, Judith (1999): Writing Anthropology in Europe: an Example from Gypsy Research. In: Folk 41. S.55-75.

- 
- OPEN SOCIETY FOUNDATIONS (2010): Open Society Stories 2009.  
Online unter: [http://www.soros.org/resources/articles\\_publications/publications/open-society-stories-2009-20100331/open-society-stories-2009-20100331.pdf](http://www.soros.org/resources/articles_publications/publications/open-society-stories-2009-20100331/open-society-stories-2009-20100331.pdf)  
[Zugriff 07. 09. 2011]
- OPEN SOCIETY FOUNDATIONS: About the Open Society Foundations.  
Online unter: <http://www.soros.org/about>)  
[Zugriff 07. 09. 2011]
- OPEN SOCIETY INSTITUTE (2010): No Data – No Progress. Data Collection in Countries Participating in the Decade of Roma Inclusion 2005 – 2015.  
Online unter: [http://www.soros.org/initiatives/roma/articles\\_publications/publications/no-data-no-progress-20100628](http://www.soros.org/initiatives/roma/articles_publications/publications/no-data-no-progress-20100628)  
[Zugriff 07. 09. 2011]
- OXFORD DICTIONARIES (o.J.): vicious circle.  
Online unter: <http://oxforddictionaries.com/definition/vicious+circle>  
[Zugriff 09. 01. 2012]
- PALMER, James (2003): Scandal of gypsies mistreated in eastern Europe.  
Online unter: <http://www.independent.co.uk/news/world/europe/scandal-of-gypsies-mistreated-in-eastern-europe-601907.html>  
[Zugriff 09. 01. 2012]
- PARLIAMENTARY ASSEMBLY OF THE COUNCIL OF EUROPE (1993): Recommendation 1203 on Gypsies in Europe.  
Online unter: <http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/AdoptedText/ta93/EREC1203.htm>  
[Zugriff: 07. 09. 2011]
- PETROVA Dimitrina (2003): The Roma: Between a Myth and the Future. In: Social Research, Spring 2003, Vol. 70 Issue 1, S. 111-161.
- RINGOLD, Dena et al. (2005): Roma in an Expanding Europe: Breaking the Poverty Cycle. Washington, D.C.: World Bank.
- ROMA EDUCATION FUND (2007): Advancing Education of Roma in Slovakia. Country Assessment and the Roma Education Fund's Strategic Directions.  
Online unter: [http://academos.ro/sites/default/files/biblio-docs/241/7.slovakia\\_report.pdf](http://academos.ro/sites/default/files/biblio-docs/241/7.slovakia_report.pdf)  
[Zugriff: 05. 12. 2011]
- ROMA SERVICE: Projekt Mri Historija. Lebensgeschichten burgenländischer Roma.  
Online unter: <http://www.roma-service.at/mrihist-ausgaben.shtml>  
[Zugriff 07. 09. 2011]
- RÖVID, Márton: The pro-Roma global civil society: acting out for, with or instead of Roma?  
Vortrag gehalten im Rahmen der Jahrestagung der Gypsy Lore Society im September 2011 in Graz.

- SACHS, Wolfgang (1994): Global Economy and the Shadow of ‚Development‘.  
Online unter: [http://www.laucksfoundation.org/public\\_html/lauckswebpage/reprints/131.pdf](http://www.laucksfoundation.org/public_html/lauckswebpage/reprints/131.pdf)  
[Zugriff 07. 09. 2011]
- SAID, Edward W. 1980 [1979]: The Question of Palestine. London: Routledge & Kegan Paul.
- SAID, Edward W. (1981): Covering Islam. New York: Pantheon Books.
- SAID, Edward W. (1985): Orientalism Reconsidered. In: Cultural Critique, No. 1. (Autumn, 1985), S. 89-107.
- SAID, Edward W. (2003 [1978]): Orientalism. London: Penguin Books.
- SAN JUAN, E. Jr. (1999): Beyond Postcolonial Theory. New York: St. Martin's Press.
- SCHICHO, Walter (2002): Entwicklung als gesellschaftlicher Auftrag. In: Fischer, Karin/Hanak, Irmtraut/Parnreiter, Christof: Internationale Entwicklung. Eine Einführung in Probleme, Mechanismen und Theorien. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel.
- SIMHANDL Katrin (2004): ‚Gypsies and Travellers‘ and ‚Roma‘: The Creation of Political Objects by the Institutions of the European Union. Paper presented at the Fifth Pan-European Conference.
- SOBOTKA, Eva (2007): Human Rights and Roma Policy Formation in the Czech Republic, Slovakia and Poland. In: Stauber, Roni/Vago, Raphael: The Roma. A Minority in Europe. Historical, Political and Social Perspectives. Budapest: Central European University Press. S. 135-161.
- SPIVAK, Gayatri Chakravorty (1985): The Rani of Sirmur. In: BARKER, Francis (Hg.): Europe and its others 1. Colchester: University of Essex.
- SPIVAK, Gayatri Chakravorty (2008): Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation. Wien: Turia + Kant.
- SWISS AGENCY FOR DEVELOPMENT AND COOPERATION/WORLD BANK (2009): Roma Realities. Decade 2005-2015.  
Online unter: <http://www.romadecade.org/files/ftp/Roma%20Realities%20-%20Decade%202005-2015.pdf>  
[Zugriff 07. 09. 2011]
- TAMÁS, Pál (2007): Central European Roma Policy: National Minority Elites, National States and the EU. In: STAUBER, Roni/VAGO, Raphael: The Roma. A Minority in Europe. Historical, Political and Social Perspectives. Budapest: Central European University Press. S. 163-175.

- 
- TEMPLER, Bill (2006): Neoliberal Strategies to Defuse a Powder Keg in Europe: the „Decade of Roma Inclusion“ and its Rationale.  
Online unter: <http://newpol.org/node/240>  
[Zugriff 07. 09. 2011]
- THIESMEYER, Lynn (2009): What's Millennial about the MDGs? Discursive Boundaries of Public Health in Southeast Asia. In: *Journal of Health Management* 11:15. S.15-33.
- TRUMAN, Harry S.: Inaugural Address of Harry S. Truman.  
Online unter: [http://avalon.law.yale.edu/20th\\_century/truman.asp](http://avalon.law.yale.edu/20th_century/truman.asp)  
[Zugriff 07. 09. 2011]
- UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME (2003): Avoiding the Dependency Trap.  
Online unter: <http://www.arab-hdr.org/publications/other/undp/hdr/regional/avoiding-dep-trap-03e.pdf>  
[Zugriff 07. 09. 2011]
- UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME (2005): Faces of Poverty, Faces of Hope. Vulnerability Profiles for *Decade of Roma Inclusion* countries.  
Online unter: <http://europeandcis.undp.org/home/show/67D47F90-F203-1EE9-BB4A88AD1FF2FF8D>  
[Zugriff: 20. 02. 2012]
- UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME (2006a): At Risk: Roma and the Displaced in Southeast Europe.  
Online unter: [http://europeandcis.undp.org/uploads/public/File/rbec\\_web/vgr/vuln\\_rep\\_all.pdf](http://europeandcis.undp.org/uploads/public/File/rbec_web/vgr/vuln_rep_all.pdf)  
[Zugriff: 20. 02. 2012]
- UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME (2006b): National Vulnerability Report for Macedonia. Focus on Roma.  
Online unter: <http://europeandcis.undp.org/uploads/public/file/Report2006-angl-web2.pdf>  
[Zugriff: 20. 02. 2012]
- UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME (2006c): At Risk: The Social Vulnerability of Roma in Albania.  
Online unter:  
[http://europeandcis.undp.org/uploads/public/File/rbec\\_web/vgr/Albanian\\_Roma\\_Report\\_english\\_reduced.pdf](http://europeandcis.undp.org/uploads/public/File/rbec_web/vgr/Albanian_Roma_Report_english_reduced.pdf)  
[Zugriff: 20. 02. 2012]
- UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME (2006d): At Risk: The Social Vulnerability of Roma, Refugees and Internally Displaced Persons in Montenegro.  
Online unter: <http://www.undp.org.me/home/archive/2005-2010/at/At%20Risk.pdf>  
[Zugriff: 20. 02. 2012]

- UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME (2006e): At Risk: The Social Vulnerability of Roma, Refugees and Internally Displaced Persons in Serbia.  
Online unter:  
[http://europeandcis.undp.org/uploads/public/File/rbec\\_web/vgr/vulnerability\\_report\\_eng\\_FIN\\_AL.pdf](http://europeandcis.undp.org/uploads/public/File/rbec_web/vgr/vulnerability_report_eng_FIN_AL.pdf)  
[Zugriff: 20. 02. 2012]
- UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME (2007a): Report on the Living Conditions of Roma in Slovakia.  
Online unter: <http://europeandcis.undp.org/home/show/2A5FACD7-F203-1EE9-B9D24B3ABF4BE773>  
[Zugriff: 20. 02. 2012]
- UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME (2007b): Roma in the Republic of Moldova.  
Online unter: [http://www.undp.md/publications/roma%20\\_report/Roma%20in%20the%20Republic%20of%20Moldova.pdf](http://www.undp.md/publications/roma%20_report/Roma%20in%20the%20Republic%20of%20Moldova.pdf)  
[Zugriff: 20. 02. 2012]
- UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME (o.J. a): MDG Strategies.  
Online unter:  
[http://www.beta.undp.org/undp/en/home/ourwork/povertyreduction/focus\\_areas/focus\\_mdg\\_strategies.html](http://www.beta.undp.org/undp/en/home/ourwork/povertyreduction/focus_areas/focus_mdg_strategies.html)  
[Zugriff 07. 09. 2011]
- UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME (o.J.b): The Millennium Development Goals. Eight Goals for 2015.  
Online unter: <http://www.beta.undp.org/undp/en/home/mdgoverview.html>  
[Zugriff 07.09. 2011]
- UNITED NATIONS NEWS CENTER 2003: Living standards for Europe's Roma comparable to sub-Saharan Africa, UN reports.  
Link: <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=5901&Cr=roma&Cr1=&Kw1=roma&Kw2=&Kw3=>
- VERMEERSCH, Peter (2006): The Romani Movement. Minority Politics & Ethnic Mobilization in Contemporary Central Europe. New York: Berghahn Books.
- WILLEMS, Wim (1998): Ethnicity as a Death-Trap: the History of Gypsy Studies. In: COTTAAR, Annemarie et al.: Gypsies and other itinerant groups. A socio-historical approach. London: Macmillan Press Ltd. S. 17-34.
- YOUNG, Robert (2004): Postcolonialism. An historical introduction. Malden, Massachusetts: Blackwell.
- ZAHOVA, Sofiya: Identity in construction: the RAE (Roma, Ashkali, Egyptians) population issue in Montenegro today. Vortrag gehalten im Rahmen der Jahrestagung der Gypsy Lore Society im September 2011 in Graz.



---

## 9 – Anhang

### Abkürzungsverzeichnis

DAC	Development Assistance Committee
DoRI	Decade of Roma Inclusion
EU	Europäische Union
EU-10	jene 10 Länder, die 2004 der EU beitraten (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern)
IRU	International Romani Union
IWF	Internationaler Währungsfond
MDG	Millennium Development Goal, Millenniumentwicklungsziele
NRO	Nichtregierungsorganisation
OSI	Open Society Institute
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
UNDP	United Nations Development Programme, Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen

---

## Abstract

Seit dem Zusammenbruch des Realsozialismus geriet die zunehmend als Problem wahrgenommene Situation von Roma-Communities in Mittel- und Osteuropa immer stärker ins Blickfeld internationaler Institutionen. Im Zuge dieses Prozesses erstellte das United Nations Development Programme ab 2003 eine Reihe von Berichten, welche beanspruchen, durch einen Fokus auf Entwicklung eine neue Perspektive auf die Problematik zu eröffnen. Die vorliegende Arbeit beleuchtet, auf welche Art und Weise Roma-Communities in den Berichten des United Nations Development Programme repräsentiert und als Kategorie konstituiert werden. Darüber hinaus wird nach Parallelen gefragt, die sich zu einem Prozess der „Orientalisierung“ herstellen lassen. Zu diesem Zweck wird unter Bezugnahme auf Edward SAIDS „Orientalism“ (1978) zunächst ein entsprechendes Konzept fruchtbar gemacht. Auf einen Einblick in die komplexen Aushandlungsprozesse zur Situation von Roma-Communities in Mittel- und Osteuropa und der Vorstellung wichtiger beteiligter Akteur\_innen folgt eine Auseinandersetzung mit den Millennium Development Goals, die den Hintergrund für die Berichte darstellen und als aktuell wichtigster Referenzpunkt des dominanten Entwicklungsdiskurses gelten können. In der Decade of Roma Inclusion, welche ebenfalls behandelt wird, wurden diese Ziele für die Situation der Roma-Communities adaptiert. Anschließend werden die Berichte des United Nations Development Programme analysiert, wobei das methodische Vorgehen an Siegfried JÄGERS Kritischer Diskursanalyse (2004) orientiert ist. Unter Bezug auf das Konzept der Orientalisierung zeigt diese Arbeit, dass Berichte, die vermeintlich allein auf die Darstellung von etwas abzielen, immer auch bestimmte Verhältnisse erst hervorbringen. In Abgrenzung zur Mehrheitsgesellschaft wird so ein stereotyper Zusammenhang zwischen Roma-Identität, Armut und Marginalisierung verfestigt.

Since the breakdown of real socialism international institutions have become increasingly interested in the situation of Roma communities in Central and Eastern Europe, which is considered to be a problem. Due to this interest the *United Nations Development Programme* released a number of reports, which claimed to provide a new perspective by focusing on

development issues. This thesis analyses the representation and categorisations of Roma communities constituted in these reports. Furthermore, potential similarities to the process of ‘Orientalisation’ will be investigated. For this purpose, and in reference to Edward SAID’s ‘Orientalism’ (1978), a corresponding concept is developed. After taking a look at the complex negotiation processes which Roma communities in Central and Eastern Europe are involved in, the relevant actors are described. Subsequently, this thesis will discuss the *Millennium Development Goals*, which the reports are based on and which constitute the most important reference point of the dominant development discourse. Additionally, the initiative of the *Decade of Roma Inclusion* will also be dealt with. In it the *Millennium Development Goals* have been adapted for the situation of the Roma communities. In terms of methodology the following analysis is based on Siegfried JÄGER’s Critical Discourse Analysis (2004). This thesis shows that reports not only describe certain situations, but they actively produce them as they reinforce a stereotypical association made between Roma identity, poverty and marginalisation, thereby maintaining boundaries between Roma and mainstream society.

---

## **Lebenslauf**

Geboren 1983 in Steyr

Besuch der Volksschule Dietach und des Bundesrealgymnasiums Steyr

Matura an der Höheren Bundeslehranstalt für Künstlerische Gestaltung Linz

Studium der Internationalen Entwicklung und der Slawistik (Tschechisch) in Wien und Prag.